NETZWERK
-BILDUNG

Gerechtigkeit fängt bei der Bildung an — Eine sozialdemokratische Erzählung

Hrsg: Burkhard Jungkamp
und Marei John-Ohnesorg

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG

Gerechtigkeit fängt bei der Bildung an — Eine sozialdemokratische Erzählung

Hrsg: Burkhard Jungkamp
und Marei John-Ohnesorg

Schriftenreihe des
Netzwerk Bildung

ISBN: 978-3-95861-472-7

1. Auflage
Copyright by Friedrich-Ebert-Stiftung
Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin
Abt. Studienförderung
Inhaltliche Mitarbeit: Valerie Lange
Redaktion: Marei John-Ohnesorg, Marion Stichler

Satz und Gestaltung: minus Design, Berlin
Titel und Collagen Bildseiten: Johannes Beck
Bildmaterial aus 100 Jahren Sozialdemokratie
mit freundlicher Unterstützung des Archivs der
Friedrich-Ebert-Stiftung
Bild S. 90: picture-alliance/dpa.Gerhard Rauchwetter
Bild S. 108: Die Kontaktdaten konnten nicht ermittelt
werden, wir bitten ggf. um Kontaktaufnahme.
Bild S. 122: www.wernerbachmeier.de

Druck: Brandt GmbH, Bonn
Printed in Germany 2016

Dieses Projekt wird gefördert aus Mitteln der DKLB-Stiftung.

Die Position der Autor_innen gibt nicht in jedem Fall die Position der Friedrich-Ebert-Stiftung wieder.

INHALT

5 **Pia Bungarten:** VORWORT

8 **Marei John-Ohnesorg:** LEISTUNGSSTARK, DURCHLÄSSIG, SOZIAL GERECHT

13 **Matthias Anbuhl:** FÜR EINE GESELLSCHAFTLICHE BILDUNGSSTRATEGIE

18 **Luise B. Berger:** AKADEMIKERIN – UND DANN?

21 **Wolfgang Böttcher:** 8.000 ZEICHEN FÜR EINE SOZIALDEMOKRATISCHE BILDUNGSPOLITIK

27 **Edelgard Bulmahn:** FÜR EINE KULTUR DES BILDUNGSOPTIMISMUS

32 **Lukas Daubner:** CHANCENGLEICHHEIT UND MUT IN DER BILDUNGSPOLITIK

36 **Marianne Demmer:** 60 JAHRE SCHULPOLITIK – UND NICHTS DAZU GELERNT?!

41 **Dieter Dohmen:** ECKPUNKTE EINER UMFASSENDEN BILDUNGS- UND QUALIFIZIERUNGSSTRATEGIE

47 **Benjamin Edelstein, Kerstin Rothe:** WAS IST SOZIALDEMOKRATISCHE SCHULPOLITIK? – EINE EXPERTISE AUS DEM JENSEITS

53 **Ute Erdsiek-Rave:** SIE HABEN DIE WAHL!

60 **Lukas Graf:** DIE GOVERNANCE DUALER STUDIENGÄNGE

64 **Cordula Heckmann:** VOM *RÜTLI-BRANDBRIEF* 2006 ZUM *CAMPUS RÜTLI* 2016

69 **Burkhard Jungkamp:** WENN SIE MICH FRAGEN…

75 **Oliver Kaczmarek:** NEUE CHANCEN SCHAFFEN – IM LEBEN DER MENSCHEN ANKOMMEN

82 **Bernd Käpplinger:** DIE SPRACHLOSIGKEIT ÜBER ERWACHSENENBILDUNG BEENDEN

87 **Valerie Lange:** „WENN MAN WAS LERNEN WILL, DANN LERNT MAN DAS EINFACH."

91 **Rainald Manthe:** BETEILIGUNG SCHAFFT INNOVATIVITÄT

95 **Guido Pollak:** „WER ERZIEHT DIE ERZIEHER" – ODER: LEHRERBILDUNG FÜR WELCHE SCHULE?

100 **Karl-Heinz Reith, Ulla Burchardt:** JEDE ZEIT BRAUCHT IHRE EIGENEN ANTWORTEN

104 **Lisa Rosa:** DIE SCHLÜSSEL DORT FINDEN, WO SIE LIEGEN

109 **Susanne Thurn:** DIE SCHULE DER ZUKUNFT

113 **Katja Urbatsch:** ALS ERSTER IN DER FAMILIE AN DIE HOCHSCHULE

117 **Rolf Wernstedt:** VERSTEHEN IST MACHT

123 **Jürgen Zöller:** SCHWERPUNKTE EINER SOZIALDEMOKRATISCHEN BILDUNGS- UND WISSENSCHAFTSPOLITIK

Pia Bungarten

VORWORT

Alle Menschen, unabhängig von ihrer sozialen oder ethnischen Herkunft, von ihrem Wohnort oder möglichen Beeinträchtigungen sollen Zugang zu guter Bildung erhalten – das ist der Kern sozialdemokratischer Bildungspolitik. Mit dem vorliegenden Lesebuch versammelt das Netzwerk Bildung der Friedrich-Ebert-Stiftung persönliche Geschichten, innovative Ansätze und Visionen zu einer sozialdemokratischen Erzählung über Bildung.

Die Ergebnisse der PISA-Studien zeigten eindrucksvoll und nachdrücklich wie vielleicht noch nie zuvor, dass das Thema gesellschaftliche Ungleichheit und Strategien zu ihrer Überwindung weiter aktuell sind. Als im Dezember 2001 der PISA-Schock Deutschland ereilte, musste nicht nur die Nachricht aufrütteln, dass unsere Schüler_innen in den drei getesteten Bereichen (Lesen, Mathematik, Naturwissenschaften) im Mittel unter den Leistungen des OECD-Durchschnitts lagen.

Die „eigentliche Hiobsbotschaft", so die damalige Bildungsministerin Schleswig-Holsteins, Ute Erdsiek-Rave, war, „dass es trotz gewaltiger Bildungsexpansion in den Jahrzehnten vorher bis heute nicht nachhaltig gelungen ist, junge Menschen aus bildungsfernen Schichten über Bildung zum sozialen Aufstieg und einer motivierenden Perspektive zu verhelfen …" (Erdsiek-Rave 2012: 15). In Deutschland, so der Befund von PISA 2001, herrschte unter den OECD-Ländern der größte Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg. Hier reichte es nicht einmal für einen Platz im Mittelfeld: Deutschland war unangefochten Schlusslicht.

Aller Aufmerksamkeit, allen Diskussionen und allen seither unternommenen Anstrengungen zum Trotz hat sich an dem von PISA grell beleuchteten Zu-

sammenhang zwischen Schulerfolg und familiärem Hintergrund auch anderthalb Jahrzehnte nach dem PISA-Schock viel zu wenig geändert. Bei zentralen Problemen des deutschen Schulwesens – der ungebrochen fortbestehenden sozialen Selektivität und der damit einhergehenden Bildungs*ungerechtigkeit* – sind keine nennenswerten Verbesserungen nachweisbar.

Die Probleme beginnen bereits in Kindertagesstätten. Die lange geforderte Akademisierung des Erzieher_innenberufs ist kaum vorangeschritten. Die jüngsten bundesweiten Streiks in unseren Kindertagesstätten zeugen von der Unzufriedenheit der Erzieher_innen mit ihren Arbeitsbedingungen, und hier geht es längst nicht nur um eine angemessene Vergütung. Dabei wissen wir, wie wichtig die frühkindliche Bildung für die weitere Entwicklung unserer Kinder ist. Ungleiche Startbedingungen zu Schulbeginn lassen sich kaum noch aufholen.

Mangelnde Bildungschancen haben somit weitreichende Folgen. Für jede Person ist es tragisch, wenn ihre Fähigkeiten und Talente nicht zur Entfaltung kommen. Aber tragisch sind die Folgen auch für die ganze Gesellschaft.

Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, sieht die gestiegene Ungleichheit in Deutschland als Folge „geringer sozialer Mobilität", und geringe soziale Mobilität als Folge mangelhafter Bildungschancen. Für Menschen aus sogenannten „sozial schwachen" und nicht-akademischen Familien ist es viel schwieriger, ihre Aussichten über Bildungsabschlüsse zu verbessern – stattdessen verfestigt sich ihre Ausgangslage. Arm bleibt arm und reich bleibt reich, und das mittlerweile über Generationen hinweg. In einem Interview im Deutschlandfunk am 12. März 2016 resümierte Fratzscher, die Marktwirtschaft funktioniere nur noch für ganz wenige:

> „Wenn Ungleichheit zu groß wird und wenn Ungleichheit genau diese fehlende Chancengleichheit widerspiegelt, dann werden viele Menschen im Land abgehängt. Sie haben gar nicht die Möglichkeit, sich einzubringen. Und dadurch entsteht ein Schaden – nicht nur für die Betroffenen, sondern für alle, auch für die, die Arbeit haben und erfolgreich sind." (Fratzscher 2016)

Der Schaden ist nicht nur persönlich, er ist wirtschaftlich und politisch messbar. Im amerikanischen Präsidentschaftsvorwahlkampf 2016 haben die Erfolge

des autoritären Demagogen Donald Trump die Attraktivität von angeblichen Heilsbringern für Personen sichtbar gemacht, die sich infolge von gestiegener Ungleichheit und gesunkener Mobilität abgehängt fühlen.

„Das einzige, was langfristig teurer ist als gute Bildung, ist: keine Bildung", hat John F. Kennedy bemerkt. Es gibt keine wichtigere Investition in die soziale, wirtschaftliche und demokratische Zukunft des Landes als Bildung – höchste Zeit also, sich auf die Kernbotschaft sozialdemokratischer Bildungspolitik zu besinnen.

Pia Bungarten
Leiterin der Abteilung Studienförderung
der Friedrich-Ebert-Stiftung

LITERATUR

Erdsiek-Rave, Ute (2012): Vorwort. In: Erdsiek-Rave, Ute/John-Ohnesorg, Marei (Hrsg.): Pisa – folgenlos? Handlungsmöglichkeiten gegen Bildungsbenachteiligung. Schriftenreihe des Netzwerk Bildung, Berlin.

Fratzscher, Marcel (2016): „Wir haben keine soziale Marktwirtschaft mehr". Marcel Fratzscher im Gespräch mit Jürgen Zurheide am 12. März 2016. Unter: http://www.deutschlandfunk.de/soziale-ungleichheit-wir-haben-keine-soziale.694.de.html?dram:article_id=348183

Marei John-Ohnesorg

LEISTUNGSSTARK, DURCHLÄSSIG, SOZIAL GERECHT

Ein Lesebuch über Bildung in Deutschland

Was sollte Ihrer Meinung nach der Kern sozialdemokratischer Bildungspolitik sein? Welche Grundsätze stehen für Sie im Vordergrund? Was halten Sie für umsetzbar? Wovon hängt die Umsetzung ab? Diese Fragen hat die Planungsgruppe des Netzwerk Bildung Ende 2015 ca. 50 Personen gestellt, die in den vergangenen Jahren an bildungspolitischen Veranstaltungen der Friedrich-Ebert-Stiftung mitgewirkt haben.

Wir wollten wissen, wie aus Sicht der Autor_innen eine Bildungspolitik aussieht, die

- allen individuelle und vielfältige Bildungswege ermöglicht, unabhängig von der sozialen Herkunft;
- gesellschaftlichen Entwicklungen und Trends wie dem demografischen Wandel, der Digitalisierung und der kulturellen Vielfalt positiv begegnet;
- eine Qualifizierung und Lebensgestaltung auf der Grundlage persönlicher Potenziale ermöglicht;
- integrativ wirkt und in der Gesellschaft positiv wahrgenommen wird.

Das Lesebuch in all seinen Facetten fügt sich zusammen zu einer sozialdemokratischen Erzählung über Bildungspolitik. Chancengleichheit ist das zentrale Ziel, das alle Autor_innen bewegt. Zu lange hat soziale Herkunft den Bildungserfolg bestimmt. Unser Schulsystem ist hoch selektiv; Durchlässigkeit findet nur nach unten statt. Es ist Zeit für eine Veränderung.

Das Lesebuch spiegelt in seinen Forderungen auch die Zielsetzungen des Netzwerk Bildung wieder. Im Netzwerk Bildung treffen sich seit über zehn Jahren bildungspolitische Akteure der Landes- und Bundesebene sowie Bildungsexpert_innen aus Wissenschaft, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft. Zentrales Anlie-

gen ist der offene und konstruktive Dialog mit dem Ziel, zu einem gemeinsamen Vorgehen in der Bildungspolitik und zu mehr Chancengleichheit beizutragen.

BILDUNG ALS KERNBEREICH GESELLSCHAFTLICHER VERÄNDERUNG

Das Leitbild, das 2004 bei der Gründung des Netzwerk Bildung formuliert wurde, bleibt aktuell: „Neue zukunftsfähige Konzepte für die Bildungspolitik zu erarbeiten". Die öffentliche Debatte war unter dem Eindruck der PISA-Ergebnisse sehr lebendig. Bildung wurde wieder öffentlich als Kernbereich notwendiger gesellschaftlicher Veränderung wahrgenommen. Schon damals war klar, dass angesichts der föderalen Struktur ohne Dialog zwischen Bund und Ländern bildungspolitische Fortschritte nur punktuelle Ergebnisse bleiben. So wurde als Hauptaufgabe des Netzwerk Bildung formuliert: „Der Balanceakt eines Interessenausgleichs zwischen Bund und Ländern bei der Definition neuer Bildungskonzepte".

Diesem Anspruch ist das Netzwerk Bildung gerecht geworden: Drei bis vier Mal jährlich wird nach Berlin eingeladen. Der runde Tisch im Konferenzsaal symbolisiert den Dialog auf Augenhöhe. Die Publikationsreihe des Netzwerk Bildung umfasst aktuell 37 Bände, die auch digital abrufbar sind. Die Themen bilden – wie das Lesebuch – die ganze Bandbreite von der frühkindlichen Bildung über Schule, Ausbildung und Hochschule bis zur Weiterbildung ab.

Im Juli 2008 wurde eine Zwischenbilanz gezogen: „Wir wissen mehr als wir tun". Im Einladungstext steht: „Wir möchten den Blick auf die Lehr- und Lernkultur richten. Wir möchten Empfehlungen für ein verändertes Bildungssystem unterbreiten, das längeres gemeinsames Lernen, ganztägige Bildungseinrichtungen und frühe individuelle Förderung propagiert. Wichtig ist dabei der erforderliche Mentalitätswechsel, der die einzelnen Kinder und Jugendlichen und ihre Lernerfolge in den Vordergrund stellt. Dazu gehört auch die Überwindung des engen Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg, um die Voraussetzungen für Bildungsgerechtigkeit zu schaffen".

BETEILIGUNG! DIE EINBINDUNG VON SCHÜLER_INNEN

Das Netzwerk Bildung hat immer wieder junge Menschen eingeladen, ihre Position selbst darzustellen. Auftakt war 2007 „Der Bildungsbegriff im Wandel". Die Schüler_innen kommentierten die Vorträge zu mehreren Themen und scheuten nicht vor klaren Aussagen zurück. Sie hielten die Veränderung der Lernbe-

dingungen durch neue Medien für zentral. Die Schule trage kaum etwas zum kritischen Umgang mit dem Internet bei. „Wir lernen zwar, wie wir recherchieren, aber nicht, wie man das gründlich tut. Wir lernen auch nicht, wie wir uns komplexere Zusammenhänge selbst im Internet erschließen können".

Die Jugendlichen haben auch klare Vorstellungen von der Rolle ihrer Lehrkräfte: „Wie wollen einen Lehrer, der uns feste Strukturen vorgibt und trotzdem noch auf den Schüler einzugehen weiß; der dem Schüler mit demselben Respekt begegnet, den er selber von den Schülern erwartet." Eine Kultur der Anerkennung hilft nach Ansicht der Schüler_innen beim Lernen und schafft dauerhafte Motivation. Sie bezweifeln jedoch trotz des Wunsches nach flexibler individueller Beurteilung, dass die Abschaffung der Noten mehr Gerechtigkeit und Transparenz bringen würde.

Vier Jahre später, bei „Hätte Kant gesurft?" ist das Bild zu neuen Medien differenzierter. Die Verwendung von Whiteboards oder Lernplattformen bleibt davon abhängig, ob es Lehrkräften gelingt, die neuen Medien auch für Lernzwecke einzubinden. Unbestritten sind die Möglichkeiten zur Differenzierung des Unterrichts, um so verschiedenen Lernfortschritten entgegenzukommen. Die Erwartungshaltung der Schüler_innen hat sich nicht verändert: „Lehrer_innen müssten es schaffen, ihre Schüler_innen für Wissen zu begeistern und sie motivieren, etwas selbst herauszufinden." Unter anderem das ist gemeint, wenn heute von individueller Förderung gesprochen wird.

UND WER FRAGT UNS?

Der Wunsch nach Wertschätzung zieht sich durch alle Veranstaltungen. Überforderung, Zukunftsangst, Leistungsdruck und Orientierungslosigkeit sind prägende Empfindungen von Schüler_innen kurz vor ihrem Abitur. Bei der Lebenswelten-Konferenz 2013 schildern die Jugendlichen ihre Wahrnehmung, dass der Wert eines Menschen in erster Linie an seiner Leistungsfähigkeit und Bildungsbiografie gemessen werde. Schüler_innen wissen, was sie von ihrer Schule erwarten. Sie wünschen sich, dass ihre Bedürfnisse anerkannt werden. Gleichzeitig ist allen bewusst, dass es nicht *die* Jugendlichen gibt. Ihre soziale Lage ist so unterschiedlich wie ihre Lebenswelten und Wertvorstellungen.

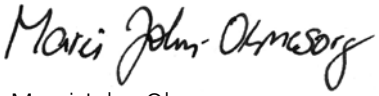
Auch bei der Konferenz zu Inklusion in der beruflichen Ausbildung im Jahr 2014 fordert eine Auszubildende: „Ich würde mir wünschen, dass man uns ‚junge'

Menschen ernster nimmt. Dieses Gefühl hat man mir zum Beispiel bei der Arbeitsagentur nie vermittelt. ... Sie sollten auch jeden Menschen gleich behandeln. Ob mit oder ohne Behinderung, wir sind alle verschieden." Dazu gehören aus ihrer Sicht auch mehr Informationen und schon in der Schule eine bessere Vorbereitung auf die Suche nach einem Ausbildungsplatz.

Natürlich müssen auch die Schüler_innen selbst aktiv werden, wenn ihre Stimme gehört werden soll. Demokratie wird erlebbar, wenn politische Themen im Unterricht behandelt werden, aber auch durch demokratische Strukturen im Schulalltag: Die Etablierung einer Schüler_innenvertretung, eines Klassenrates oder Mitbestimmung bei der Gestaltung der Schule. Schüler_innen müssen die Erfahrung machen, dass ihre Stimme und ihre Meinung zählt, so ein Schülervertreter bei der Konferenz „Demokratie lernen" 2015. „Deshalb sollten Schüler_innen die Gestalter_innen ihrer Schule sein, die heute nicht nur Lehrraum, sondern auch Lebensraum ist". Dass sie dieser Aufgabe gewachsen sind, konnte man regelmäßig bei den Treffen des Netzwerk Bildung erleben.

WAS LERNT MAN DARAUS?

In der Bildungspolitik braucht es einen langen Atem: Kita-Plätze und Ganztagsschulen nehmen zu; individuelle Förderung ist in fast allen Schulgesetzen verankert; in den meisten Ländern wurde das mehrgliedrige Schulsystem durch eine Struktur mit zwei Schulformen ersetzt; die Zahl der Studierenden steigt. Ein leistungsstarkes, durchlässiges und sozial gerechtes Bildungssystem ist damit noch lange nicht erreicht. Wir brauchen nationale Konzepte und Finanzierung für den Ganztag, für Inklusion und Integration. Wir brauchen längeres gemeinsames Lernen sowie individuelle Förderung für leistungsstärkere und –schwächere Schüler_innen. Dazu gehören gut ausgebildete Erzieher_innen und Lehrer_innen an allen Orten. Welche weiteren Anforderungen im Sinne der Chancengleichheit aktuell an sozialdemokratische Bildungspolitik gerichtet werden, zeigen die vorliegenden 23 Beiträge.



Marei John-Ohnesorg
Bildungs- und Hochschulpolitik
Friedrich-Ebert-Stiftung

Matthias Anbuhl

FÜR EINE GESELLSCHAFTLICHE BILDUNGSSTRATEGIE

Ein Überblick

Angela Merkel hätte kaum einen größeren Anspruch wählen können, als sie vor gut sieben Jahren, zum 60. Jahrestag der Sozialen Marktwirtschaft, kurzerhand die Bildungsrepublik Deutschland ausrief. „Wohlstand für alle heißt heute Bildung für alle", verkündete die Bundeskanzlerin – und lud die Ministerpräsident_innen der Länder im Frühjahr 2008 nach Dresden zu einem Bildungsgipfel ein.

Nimmt man dieses Ziel ernst, hätten Bund und Länder alle Hände voll zu tun. Noch immer leben in Deutschland 7,5 Millionen Menschen im Alter von 18 bis 64 Jahren, die nicht richtig lesen und schreiben können. Fast 1,4 Millionen Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren haben keinen Berufsabschluss. Selbst bei gleicher Leistung hat das Kind eines Akademikers gegenüber einem Arbeiterkind eine drei Mal so große Chance, das Gymnasium zu besuchen.

Die Bilanz seit dem Dresdner Bildungsgipfel fällt gemischt aus. Die Zahl der Krippenplätze ist gestiegen, mehr Menschen beginnen ein Studium und bilden sich weiter. Doch ein genauer Blick auf die Zahlen zeigt: Die soziale Schieflage bleibt die Achillesferse unseres Bildungssystems. Die Zahl der jungen Menschen ohne Schul- und Berufsabschluss ist bedrückend hoch. Auch bei der Weiterbildung und im Studium öffnet sich die Schere zwischen Gewinner_innen und Verlierer_innen.

Mehr noch: Unser Bildungssystem steht derzeit vor einem weiteren Kraftakt. Unter den mehr als eine Million Geflüchteten, die im Jahr 2015 nach Deutschland kamen, sind hunderttausende Kinder und Jugendliche – viele von ihnen schwer traumatisiert. Auch für diese Kinder gilt das Menschenrecht auf Bildung. Sie müssen in Bildung und Ausbildung integriert werden.

Die Willkommensklassen an den Schulen sind gut, reichen aber nicht aus. Wir brauchen mehr Lehrkräfte, die Deutsch als Fremd- oder Zweitsprache unterrichten können. Wir brauchen mehr Schulpsycholog_innen und Sozialarbeiter_innen, die für alle Kinder zur Verfügung stehen – egal, ob sie Geflüchtete sind oder nicht. Auf einen Schulpsychologen, eine Schulpsychologin kommen in Deutschland heute 8.600 Kinder. Es ist offensichtlich, dass dies nicht reicht.

Auf unser Ausbildungssystem warten ebenfalls große Herausforderungen: Kurzfristig müssen tausende Geflüchtete Deutschkurse besuchen, um die nötigen Sprachkenntnisse für eine Ausbildung zu erlangen. Mittelfristig brauchen wir mehr Hilfen für junge Geflüchtete und Betriebe, um ihnen eine Ausbildung zu ermöglichen. Wir sollten dabei auf die bewährten Instrumente setzen, die wir in der Allianz für Aus- und Weiterbildung vereinbart haben: Ausbildungsbegleitende Hilfen und Assistierte Ausbildung. Sie müssen ausgebaut werden.

Trotz dieser Maßnahmen wird sich spätestens in ein, zwei Jahren der Ausbildungsplatzmangel weiter verschärfen. Wir brauchen mehr betriebliche Ausbildungsplätze. Und wir müssen in Regionen, die heute schon einen sehr angespannten Ausbildungsmarkt haben, ein Bund-Länder-Programm für außerbetriebliche Ausbildung schaffen. Dabei müssen die Sozialpartner vor Ort eng eingebunden werden. Zudem müssen die Länder vollzeitschulische vollwertige Ausbildungen ausbauen, die zu anerkannten Abschlüssen führen.

Das alles kostet Geld. Wir brauchen den Bund als Finanzierer in unserem Bildungssystem. Auf dem Weg vom Bildungsflickenteppich zur Bildungsrepublik wird unsere Gesellschaft nur vorankommen, wenn wir den gröbsten Fehler der Föderalismusreform korrigieren: Das unsinnige Kooperationsverbot muss aus dem Grundgesetz gestrichen werden.

Wie man es dreht und wendet: Sieben Jahre nach dem Dresdner Bildungsgipfel fehlt noch immer eine gesellschaftliche Bildungsstrategie. Bund, Länder und Kommunen sollten gemeinsam mit den Sozialpartnern eine solche Bildungsstrategie entwickeln, um die soziale Spaltung im Bildungssystem zu überwinden.

Für den DGB gehören zu den Eckpunkten einer solchen Bildungsstrategie:

Ein Kita-Qualitätsgesetz: Zwar ist in Deutschland in den jüngsten Jahren das Angebot an Krippenplätzen deutlich ausgebaut worden. Notwendig sind nun bundesweite Standards für die Rahmenbedingungen der frühkindlichen Bildung. Berücksichtigung finden müssen Aus- und Weiterbildung der Erzieher_innen, Gruppengrößen, Personalschlüssel sowie Zeit für Vor- und Nachbereitung.

Der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsschulplatz und ein Bund-Länder-Programm für Inklusion: Bund und Länder sollten den Ausbau von guten Ganztagsschulen konsequent voranbringen und gemeinsam einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsschulplatz ab dem Jahr 2020 einführen. Der Ausbau der Ganztagsschulen ist mit einem Bund-Länder-Programm für Inklusion zu verknüpfen, mit dem unter anderem der Einsatz multiprofessioneller Teams gefördert werden sollte.

Eine Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen: Fast 260.000 Jugendliche stecken in zahllosen Maßnahmen im Übergang von der Schule in die Ausbildung – oftmals ohne Aussicht auf einen anerkannten Berufsabschluss. Ein Paradigmenwechsel in Deutschland ist notwendig: Weg von der hohen Zahl der Maßnahmen im Parallelsystem hin zu qualifizierter dualer betrieblicher Ausbildung – bei Bedarf mit professioneller Ausbildungsbegleitung. Jeder Jugendliche soll eine Ausbildungsgarantie bekommen. Sie soll spätestens zum 30. September des Jahres greifen. Einer betrieblichen Ausbildung muss Vorrang vor einer außerbetrieblichen eingeräumt werden.

Wir müssen die Vielzahl der Studiengänge lichten: Zurzeit gibt es in Deutschland rund 18.000 Studiengänge. Zum Vergleich: In der dualen Ausbildung existieren rund 330 Ausbildungsberufe. Das Angebot der Studiengänge ist für die jungen Menschen und für die Betriebe kaum noch transparent. Brauchen wir wirklich etwa den Bachelor in Coffeemanagement in Hamburg? Solche Studiengänge bieten selten nachhaltige Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Wir brauchen deshalb für Studienangebote fachbezogene Standards, die ausgefallene Spezialangebote verhindern.

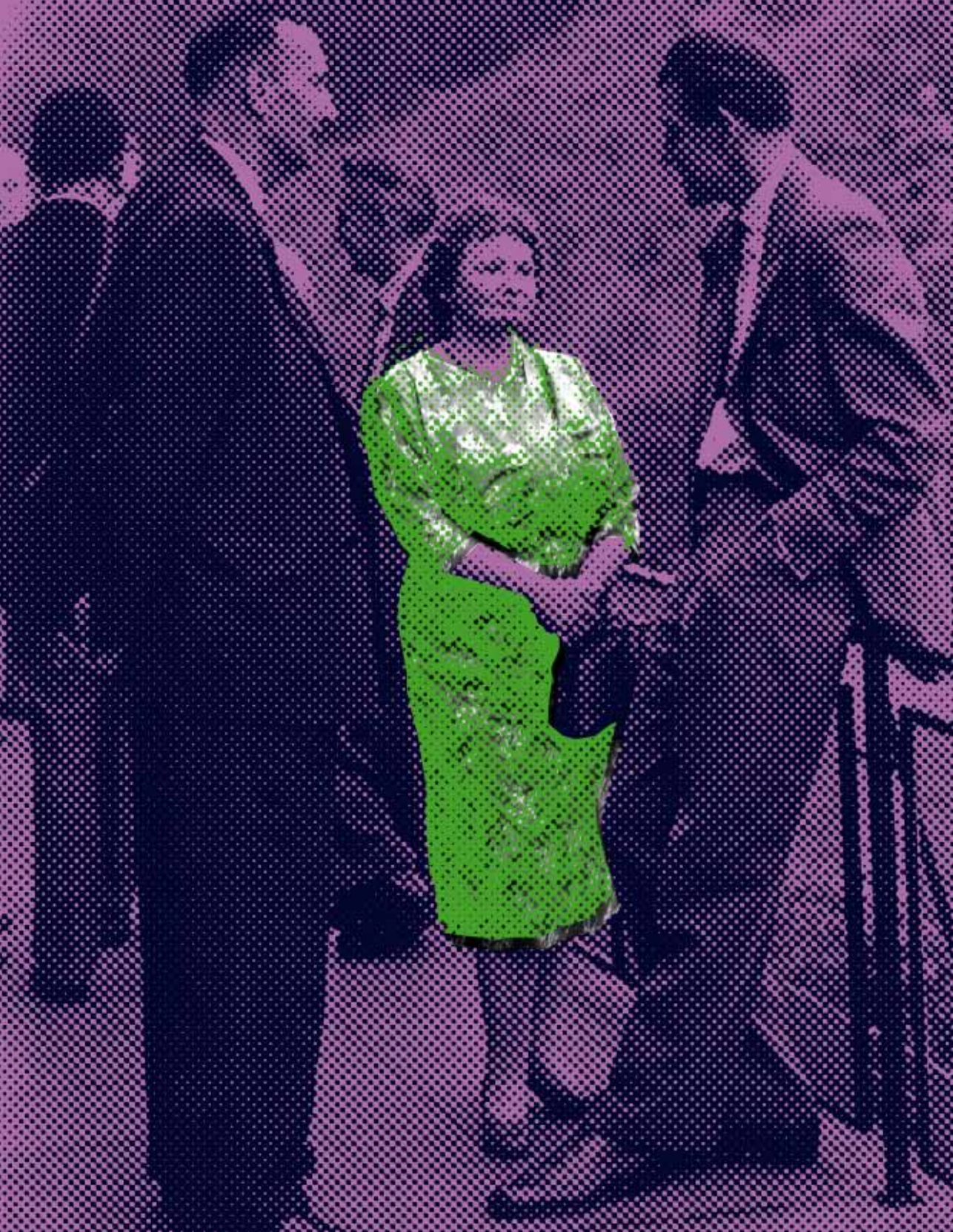
Verbesserung des lebenslangen Lernens durch ein Erwachsenen-BAföG: Wir benötigen eine echte Finanzarchitektur lebenslangen Lernens. Bisher stehen

zahlreiche Elemente – zum Beispiel das BAföG, das Meister-BAföG, Bildungsprämien und Aufstiegsstipendien – unverbunden nebeneinander. Die Studienfinanzierung, das Nachholen schulischer und beruflicher Abschlüsse sowie die berufliche Aufstiegsfortbildung sollten in einem Erwachsenen-BAföG zusammengeführt werden.

Anspruch auf eine Bildungsteilzeit: Damit sich Arbeitnehmer eine Auszeit nehmen können, um sich weiterzubilden, sollten sie bis zu drei Jahre pausieren können, etwa um einen Bachelorabschluss zu machen. Der Gesetzgeber sollte solche Bildungszeitmodelle absichern.

Wir brauchen bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im Bildungswesen: Sie sind letztlich der Schlüssel zum Gelingen von Bildungsreformen. So muss der Bund endlich die prekäre Beschäftigung bei den Integrationskursen beenden.

Bisher wird unser Bildungssystem den Anforderungen einer modernen Gesellschaft noch nicht gerecht. Gute Bildung ist unabdingbar, um für alle Menschen gute Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Eine gemeinsame Bildungsstrategie ist deshalb ein zentraler Schlüssel für die Zukunft unserer Gesellschaft.



Luise B. Berger

AKADEMIKERIN – UND DANN?

Ein Gedicht

Gratulation!
Sie gehen raus in die Sonne.
Sehen die Wonne
auf ihrem Papier:
„Bestanden“ steht hier.

Ob BWL, ob Pharmazie,
was studierten sie alles mit Akribie.
Das hat sich jetzt rentiert:
Sie sind zertifiziert.

Nach einiger Zeit
haben sie dann Arbeit.
Engagiert hier und da,
dem Erfolg stets nah.

„Weiterbilden“ als Devise.
Ist das die Karriereprise?
Wenn nur kein Kind,
dann bestimmt.
Für qualifizierte Frauen,
die sich trauen,
ist Elternschaft „schlimmer“,
Väter gehen immer.

Akademikerinnen sollen
die gleichen Chancen haben
an betrieblicher Weiterbildung
teilzunehmen wie Akademiker.

Wie ist das schön,
Potenziale gedeihen zu sehen.
Ob mit Kind und Kegel –
gleiche Chancen sind die Regel.

Engagiert im Unternehmen,
Weiterbildung wird GROSS geschrieben.
Beim Chef und Betriebsrat –
vom Gedanken in die Tat.

Bedarfe werden eruiert,
qualifizierte Frauen identifiziert.
Transparente Wege erleichtern
und bereichern.
Fachkräfte intern gefunden –
unabhängig von den Arbeitsstunden.

Übernommen die Weiterbildungskosten
für den neuen Posten.
Freistellung und Geld –
der Rahmen dieser Lernwelt.

Wolfgang Böttcher

8.000 ZEICHEN FÜR EINE SOZIALDEMOKRATISCHE BILDUNGSPOLITIK

Ein Interview

Glückwunsch an unsere neue Ministerin. Was können wir von einer sozialdemokratischen Schulministerin jetzt erwarten? Was gibt es zu tun?

Wahnsinnig viel. Es gibt so viele Baustellen. Allein die Aufzählung dauert. Wie viel Zeit haben wir?

Darum geht es nicht. Sie müssten danach fragen, wie viel Platz wir haben. Und da muss ich leider sagen: Mein Chefredakteur hat uns nur 6.000 Zeichen gegeben. Also versuche ich mal, Sie zu zwingen: Was steht ganz oben auf Ihrer Liste?

Man sieht mal wieder, dass Bildungspolitik den Medien nicht so wichtig ist, obwohl alle ständig Kinder und Zukunft in einem Satz sagen. Nun gut, da gibt es in der Tat ein erstes Thema. Und wenn man ein wenig historisch denkt, und ich tue das, obwohl ich relativ jung bin, dann liegt für eine Sozialdemokratin doch auf der Hand: Seitdem es empirische Schulforschung gibt, sind die Befunde robust, wonach das Schulsystem herkunftsbedingte Ungleichheiten nicht auszugleichen vermag, sondern sogar verstärkt und legitimiert.

Sie sprechen von Gerechtigkeit, oder? Ist doch ein Thema, das in aller Munde ist.

Was heißt denn Gerechtigkeit? Da hat doch jede und jeder eigene Vorstellungen darüber, was gerecht ist. Die passende Überschrift zu meiner Agenda heißt: Chancengleichheit.

Chancengleichheit? Mal konkret bitte. Geht das?

Beispiel: Ein dauerhafter Befund ist der, dass die Kinder aus sozio-ökonomisch unterprivilegierten Klassen nicht ihrem Anteil an der Bevölkerung entsprechend im Schulwesen erfolgreich sind. Oder andersherum: Sie sind vor allem bei den Verlierer_innen zu finden.

Aber halt. Das ist doch alles eine Frage von Talent und Begabung, wer wo landet.

Ach ja? Talent und Begabung halten Sie – und leider wohl auch die breite Öffentlichkeit – für eine natürliche, also biologische Ausstattung von Menschen?

Was denn sonst?

In den 1950er Jahren des letzten Jahrhunderts hat der berühmte und keinesfalls linker Ideologie verdächtige US-Soziologe Talcott Parsons – frei übersetzt – gesagt: „Persönlichkeit ist genauso ein soziales Phänomen wie die Gesellschaft."

Da muss ich aber nachfragen.

Wie war es denn mit den Mädchen und jungen Frauen, die so lange im Schulsystem unterrepräsentiert waren? Wer heute sieht, dass Mädchen und junge Frauen im Schulwesen sogar erfolgreicher sind als Jungen und junge Männer, wird erstaunt fragen, warum das anders sein sollte. Ganz einfach: Vor ein paar Dekaden war es das Wissen des „gesunden Menschenverstandes", dass Mädchen nicht so klug wie Jungen sind, oder nicht so ambitioniert; oder dass, sowieso, die Natur ihnen den Platz bei den Kindern zuweist. Nun sind Differenzen zwischen den Geschlechtern unbestreitbar …

… und die meisten wissen das zu schätzen …

… bin bei Ihnen. Aber das Muster der Exklusion und Benachteiligung der Frauen war schlicht so, dass soziale Mechanismen und Barrieren, die Benachteiligung erzeugten, in natürliche und damit nicht veränderliche Unterschiede umgedeutet wurden. Aber diese Diskriminierung und ihre biologische Rechtfertigung wurde zunehmend nicht mehr toleriert – und in der folgenden Zeit

erfolgreich abgebaut. Das hat gedauert, ist aber erfolgreich. Und wir arbeiten weiter am Chancenausgleich.

Ich glaube, ich verstehe. Aber wie hat denn das funktioniert?

Es gab große Anstrengungen, den geschlechtsspezifischen Ausschluss zu verhindern: Gendergerechte Curricula wurden entwickelt, es ging um die Aufhebung von Segregation durch Koedukation, spezifische Förderprogramme wurden etabliert, immer mehr Frauen wurden Lehrerinnen …

Das Schulsystem allein kann das bewirken?

Nein, nein, nicht allein. Hunderte Maßnahmen außerhalb des Bildungswesens und ein starker Lobbyismus, die Quotierungen durchsetzten, bewirkten große Erfolge. Wieso ist das bei den Frauen anders als bei den Kindern, die in armen Verhältnissen aufwachsen? Wieso wurden nicht genau solche Maßnahmen zur Stärkung dieser Kinder ergriffen? Die Benachteiligung der Frauen wurde zu einem großen gesellschaftlichen Thema. Als Schulministerin kann ich in meiner Aufgabe nicht erfolgreich sein, wenn ich mich nur um Schule kümmere. Gesellschaftliche Ungleichheit muss unser Thema sein.

W*er wären denn dafür Verbündete?*

Zuerst wären es doch mal die empirischen Bildungsforscher_innen, von denen ich weiß, was ich gerade über Chancengleichheit gesagt habe. Ich frage mich, wo die Schulforscher_innen sind, die sich mal richtig ins Zeug dafür legen, diesen Kindern zu helfen, von denen man mit statistisch gesichert hoher Wahrscheinlichkeit sagen kann, dass sie die Schule ohne ausreichende Kenntnisse und Fähigkeiten verlassen, dass viele von ihnen von vornherein von Lebenschancen abgeschnitten sind.

Was muss denn getan werden, damit Sie sich Erfolgschancen ausrechnen?

Wir waren schon mal ganz nah dran. Nach PISA 2000 haben wir über nationale Bildungsstandards diskutiert und viele Forscher_innen haben gesagt, man müsse Mindeststandards definieren, die konkret aussagen, was junge Menschen am Ende der aus Steuergeldern finanzierten Pflichtschulzeit wissen und können müssen. Was sie benötigen, um in der modernen Gesellschaft mündig

handeln zu können. Und dass sie motiviert sind, mehr zu lernen. Mindeststandards würden uns zwingen, genau festzulegen, was das heißt. Gerne in öffentlichem Streit. Und man hätte verlässliche Ziele der schulischen Arbeit formuliert, auf die man die schulischen Akteur_innen verpflichten würde – und die Politik dazu, die Zielerreichung zu unterstützen. Das können wir Allgemeinbildung oder Grundbildung nennen. Diese innovative Idee wurde umgestoßen und durch die Alternative Regelstandards ersetzt, die alles weitgehend im Unverbindlichen belassen.

Mindeststandards? Sie reden von Streit. Wie kann denn der entschieden werden?

In wesentlichen Fragen entscheiden bei uns Parlamente, oder? Und ist es nicht wesentlich, was Kinder und Jugendliche lernen sollen?

Mindeststandards? Ist es nicht eine Illusion, dass das alle erreichen können?

Sie sind aber negativ! Der frühere Präsident der Amerikanischen Lehrergewerkschaft AFT, Albert Shanker, sagte: „Alle können lernen." Das ist ein wunderbares pädagogisches Credo. Fast wäre ich geneigt zu sagen: Wer diese Idee nicht verinnerlicht hat, ist nicht zum Lehrerberuf geeignet.

Nochmal: Mindeststandards? Wer will denn sowas?

Doch Sie zum Beispiel, wenn Sie Obst oder Autos kaufen oder Verträge abschließen …

… aber Bildung ist doch nicht zu vergleichen mit …

… nein, nicht wirklich, aber ist es denn nicht sinnvoll, ohne Vorbehalte zu überlegen, ob solche Bilder nicht helfen können, zu verstehen, was besser gemacht werden kann? Aber wenn Sie es handfester haben wollen, bitte: Wir müssen besonders dort pädagogisch arbeiten und dafür Geld in die Hand nehmen, wo den jungen Menschen geholfen werden muss, die in Gefahr stehen, an der Schule zu scheitern. Dafür werde ich sorgen.

Ach ja, Geld! Immer das Gleiche. Und woher soll das kommen?

Ich gebe Ihnen eine Antwort, vor der mich viele meiner Parteigenoss_innen schon gewarnt haben: „Damit überlebst du nicht lange!" Aber es ist meine Überzeugung. Ich werde zum Beispiel mit der Wissenschaftsministerin darüber verhandeln, dass die Reduktion von herkunftsbedingter Ungleichheit nicht dadurch gelingt, dass das Studium – und zwar egal welches Fach, und ob Bachelor oder Master – kostenfrei ist, während frühkindliche Bildung und Betreuung (und viele berufliche Qualifikationen) teilweise privat finanziert werden müssen. Vielleicht kann ich die Kollegin damit überzeugen, dass die Unterfinanzierung der Hochschulen durch – moderate und durch ein Stipendienprogramme unterlegte – Studiengebühren kompensiert werden kann.

Oh, oh, liebe Frau Ministerin, ich danke Ihnen für dieses Interview: Ihr erstes und ihr letztes. Aber einen Schlusssatz noch, bitte. Was wäre ihr Wunsch für, sagen wir, das Jahr 2026?

Ich glaube schon, dass ich noch ein paar Tage Ministerin sein darf. Und mein Wunsch: Die letzten Zeilen in Ausschreibungen von Professuren oder anderen schönen Berufen heißen: „Bewerber_innen, die in schwierigen sozio-ökonomischen Bedingungen aufgewachsen sind, werden bei gleicher Eignung entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen besonders berücksichtigt." Wie viele Zeichen haben wir denn jetzt?

Über 8.000.

Dann müssen Sie kürzen.

Edelgard Bulmahn

FÜR EINE KULTUR DES BILDUNGSOPTIMISMUS

Ein Appell

Bildung ist ein Menschenrecht. Aber welche Bildung? Was ist Bildung? Ein Ideal, ein Prozess, eine Summe von vielen Kenntnissen und Fähigkeiten? Oder nicht doch vielleicht Teil unseres Menschseins, unserer Persönlichkeitsentwicklung? Oder reicht es aus, Bildung als die Vertrautheit mit den Grundzügen der Geschichte unserer Zivilisation, den großen Entwürfen der Philosophie und Wissenschaft sowie der Formensprache der Hauptwerke der Kunst, Musik und Literatur zu definieren, wie es in der jüngeren Vergangenheit Dietrich Schwanitz getan hat?

Chancengleichheit in der Bildung ist die Grundlage einer demokratischen Gesellschaft. Bildung entscheidet in einem besonderen Maße über Teilhabe und Lebenschancen. Sie ermöglicht die selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen, am kulturellen Leben und am Arbeitsleben. Sie eröffnet die Möglichkeit, persönliche Interessen und Bedürfnisse zu erkennen, zu formulieren und sich an der Entwicklung und Gestaltung der Gesellschaft aktiv zu beteiligen.

Jedes Kind hat das gleiche Recht auf eine gute Bildung. Ob die Eltern reich oder arm sind, ob sie aus Deutschland stammen oder eingewandert sind, jedes Kind ist uns wichtig, kein Kind darf zurückgelassen werden. Schüler_innen sollten länger gemeinsam lernen, Lehrprinzip ist dabei die individuelle Förderung jedes Kindes.

Aber was ist gute Bildung? Bildung vermittelt grundlegende Kulturtechniken, einschließlich des Umgangs mit den digitalen Medien, um sich die Welt zu erschließen. Kognitive Bildung ist die Voraussetzung, um gesellschaftliche, historische, naturwissenschaftliche Zusammenhänge und Entwicklungen, die unsere Gegenwart und Zukunft beeinflussen und prägen, zu verstehen, darauf

einzuwirken und ggf. umzugestalten. Kognitive Bildung ist daher der Schlüssel zur Welt, aber auch die Voraussetzung für Kommunikations- und Interaktionsfähigkeit.

Menschen können über eine hohe formale Bildung verfügen, moralisch aber ohne Orientierung, ja in höchstem Maße unmenschlich sein. Ein Beispiel unserer eigenen Geschichte ist sicherlich Joseph Goebbels. Sittlich-moralische Bildung, ethische und demokratische Wertevermittlung sowie Empathie und Handlungsorientierung sind daher unverzichtbare Teile erfolgreicher Bildungsprozesse.

Erfolgreiche Bildungsprozesse fördern Orientierungssinn und Urteilsfähigkeit. Sie setzen junge Menschen in die Lage, sich selbstständig Wissen anzueignen, Kritikfähigkeit zu entwickeln, sich mit anderen produktiv auszutauschen und Kreativität zu entfalten. In der heutigen Welt benötigen Jugendliche mehr denn je die Fähigkeit, sich mit der medialen Welt kritisch auseinanderzusetzen, mit Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenzuleben. Sie müssen fähig und bereit sein, andere Kulturen in ihrer Eigenheit wahrzunehmen und zu respektieren. Sie müssen Unterschiede aushalten, Konflikte lösen und Verantwortung übernehmen.

Wenn uns dies gelingen soll, so müssen wir alles daran setzen, unseren Kindern und Enkeln die bestmögliche Bildung und Ausbildung zukommen zu lassen. Dies erfordert, mehr und entschlossener als bisher in Bildung zu investieren. Dies erfordert entschlossene Reformen im Bildungswesen selbst und ein verändertes Bildungsverständnis.

Wenn Bildung als umfassende Persönlichkeitsentwicklung verstanden wird, ist sie nicht nur menschlicher, sondern auch erfolgreicher. Eine moderne Schule unterrichtet disziplinübergreifend und praxisnah, sie überwindet starre Fachabgrenzungen. Sie schafft Geborgenheit, indem sie als Ganztagsschule ihren Schüler_innen offensteht und Lehrer_innen die Zeit haben, Schüler_innen gut kennenzulernen und für sie sorgen zu können. Sie fördert als Gemeinschaftsschule individuell, statt frühzeitig zu selektieren. Vor allem nimmt sie die Schüler_innen als mündige Menschen ernst. Eine Erziehung zu mündigen Bürger_innen statt anonymer, passiver Konsumenten, die Vermittlung von Selbstvertrauen und Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten sind wichtige Ziele.

Unsere Kinder und die Jugendlichen brauchen Anregungen, sie brauchen aber auch die nötigen Freiräume, sich Neues anzueignen und Neues zu entdecken. Und dies gelingt am besten, wenn sie selbst ausprobieren und gestalten können, wenn sie selbst Probleme lösen und wenn sie sich selbst die Zusammenhänge zwischen Gestaltung und ökonomischen, sozialen und ökologischen Auswirkungen erarbeiten können.

Wir sollten mehr Mut haben, unseren Schüler_innen diese Freiräume zuzugestehen, und ihnen die Möglichkeit geben, ihre Persönlichkeit zu entfalten, Fähigkeiten zu entwickeln, ihre Kreativität zu entdecken. Wir sollten den Lehrer_innen in unseren Schulen mehr zutrauen und ihnen mehr Freiräume für die Unterrichtsgestaltung einräumen. Vor allem sollten sie in einem multiprofessionellen Team, z. B. unterstützt durch Erzieher_innen, Sozialpädagog_innen, künstlerisch-musisches Personal, arbeiten.

Ein weiteres wichtiges Ziel ist das längere gemeinsame Lernen. In keinem anderen Land erfolgt die Verteilung der Kinder auf die unterschiedlichen Schulzweige so früh wie in Deutschland. Ist ein Bildungsweg einmal eingeschlagen, ist er schwer zu verändern. Im gegliederten Schulsystem findet Durchlässigkeit vorwiegend nach unten statt. Insbesondere Kinder aus bildungsarmen Familien und Migrantenkinder sind in diesem starr gegliederten Schulsystem stark benachteiligt. Um Chancengleichheit herzustellen, gilt es, dass System der frühen sozialen Auslese zu überwinden und stattdessen ein leistungsstarkes, durchlässiges und sozial gerechtes Schulsystem zu schaffen.

Die „Gemeinsame Schule“ soll in enger Abstimmung mit lokalen außerschulischen Partnern einen binnendifferenzierten Unterricht anbieten und wird als Ganztagsschule geführt. Für eine „Gemeinsame Schule“ spricht auch die demografische Entwicklung. Das dreigliedrige Schulsystem in seiner jetzigen Ausprägung wird sich auf Dauer im ländlichen Raum nicht finanzieren lassen.

In Ganztagsschulen haben Kinder und Jugendliche mehr Zeit, um sich selbst neues Wissen zu erschließen und das Erlernte aktiv-handelnd anzuwenden. Genau das ist ein wesentlicher Unterschied zu anderen Schulen. Dort herrscht oft Zeitnot und mit ihren starren Stundenplänen verfügen sie nicht über erforderliche Flexibilität.

So können Kinder lernen, Fragen zu stellen und selbstständig nach Antworten zu suchen. Und sie erfahren, wie Theorie und Praxis zusammenhängen. Wer im Physikunterricht Definitionen und Regeln auswendig lernt, wird diese schnell wieder vergessen. Wer hingegen diese Regeln durch Experimente erlernt, wer sich also Wissen erschließt, indem er selbst handelt, gewinnt Verständnis. Wer selbst einmal ein Propagandakonzept erarbeitet hat, durchschaut die Manipulationen anderer besser.

Schüler_innen erhalten neben einer guten Basis an grundlegenden Kompetenzen weitere Fähigkeiten wie selbstständiges Lernen, vernetztes Denken, Ausdrucksfähigkeit und soziale Kompetenzen. Sie lernen, Verantwortung zu übernehmen, für sich selbst, für den eigenen Lernprozess, für ihre Mitschüler_innen.

Für ein solch verändertes Bildungsverständnis braucht unser Bildungswesen einen grundlegenden Perspektivwechsel. Wir brauchen eine Kultur des Bildungsoptimismus, eine Kultur, in der Kindern etwas zugetraut wird, in der sie gefordert, aber auch stärker unterstützt werden.

Lukas Daubner

CHANCENGLEICHHEIT UND MUT IN DER BILDUNGSPOLITIK

Rede von Bundesministerin Gülbahar Yilmaz bei der Amtsübergabe im Bundesministerium für Bildung und Forschung am 17. Dezember 2029

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich möchte das Ziel meiner Amtszeit mit den Worten Willy Brandts benennen: Bildungspolitik muss wieder an die Spitze der Reformen gestellt werden. Das bedeutet Mut zu Veränderungen. Seit sechzig Jahren sagt uns die Pädagogik, wie Schule besser und gerechter sein könnte. Seit dreißig Jahren kommt die Neurowissenschaft hinzu. Wir hängen diesen Erkenntnissen hinterher! Die politischen Antworten auf die drängende Frage der Ungleichheit und Innovationslosigkeit des Bildungssystems sind bisher unbefriedigend.

Ein erster Schritt meiner Amtszeit wird das ‚Gemeinschaftsschulen-Gesetz' sein, das in Kürze zur Abstimmung kommen wird. Damit wird endlich umgesetzt, was wir Sozialdemokraten seit jeher einfordern: Das Recht aller Kinder auf gute Bildung. Ich erzähle nichts Neues, wenn ich sage, dass Bildungsungleichheit und hohe Selektivität im Bildungssystem stark miteinander zusammenhängen. Deshalb müssen wir endlich die Selektivität des Schulsystems verringern – und das wird nur gelingen, wenn es neben der Gemeinschaftsschule keine weitere Schulform mehr gibt. Die Einführung einer Schule für alle rüttelt, darüber bin ich mir im Klaren, an einer fast heiligen Bastion: dem Gymnasium.

Und dennoch: In vielen Bundesländern hat sich schon vor Jahren die Gemeinschaftsschule als zweite Säule etabliert. Das Gymnasium hat vielerorts bereits an Bedeutung verloren. Eltern erkennen, dass die Gemeinschaftsschulen die besseren Konzepte nicht nur für individuelle Förderung bieten. Sie hat auch innovativere Antworten auf gesellschaftliche sowie didaktische Herausforderungen. Unser Ziel der nächsten Jahre wird es sein, das Erfolgsmodell Gemeinschaftsschule flächendeckend einzuführen. Dass das keine verrückte Utopie

ist, machen uns die skandinavischen Länder oder die USA schon lange vor.

Ich möchte hier betonen, dass es bei der Gemeinschaftsschule nicht darum geht – wie einige Kritiker_innen konstruieren –, den Familien die Kinder wegzunehmen und alle nach einem Schema F zu beschulen. Ganz im Gegenteil soll jeder und jede nach seinen und ihren Fähigkeiten individuell unterrichtet werden – diese Art des zieldifferenten Lernens hat sich an Gymnasien bislang nicht durchsetzen können. Starke Schüler_innen lösen schwierigere Aufgaben, und solche, die mehr Zeit brauchen, können sich diese auch nehmen. Außerdem können sie auf die Unterstützung ihrer Lehrer_innen und Mitschüler_innen zählen.

Die Verlängerung der Grundschulzeit auf sechs Jahre hat gezeigt, dass das gemeinsame Lernen von Kindern mit unterschiedlichen Stärken und Schwächen gut funktioniert. Ich bin meinem Vorgänger dankbar, dass er diesen klugen und wichtigen Schritt bereits gegangen ist. Denn es zeigt sich: Trotz anfänglicher Kritik sind viele Eltern nunmehr sehr zufrieden. Und auch die Rückmeldungen aus Forschung und Praxis geben uns recht: Kinder profitieren in ihrer gesamten Entwicklung davon, mit Altersgenossen unterschiedlicher Hintergründe und Fähigkeiten zusammen zu lernen. Mit der Gemeinschaftsschule wird dieses Prinzip auf die ganze Schullaufbahn erweitert.

Ein anderer wichtiger Baustein hin zu dieser großen Reform ist die bereits abgeschlossene Neuverteilung der Bund-Länderkompetenzen. Erst dadurch ist die Harmonisierung und Modernisierung der Bildungslandschaft endlich möglich geworden. Die Zentralisierung einiger bildungspolitischer Bereiche war notwendig – ich denke, da werden Sie mir alle zustimmen –, denn das Klein-Klein föderalistischer Bildungspolitik hat sich nicht bewährt.

Die Grundlage ist also geschaffen, um Schulpolitik in Deutschland endlich gerecht zu gestalten. Mit den didaktischen Konzepten der Gemeinschaftsschule kommen große Teile des hiesigen Schulwesens endlich im 21. Jahrhundert an. Mir ist klar, dass ich vielen Eltern und, das dürfen wir nicht vergessen, vielen Lehrkräften einiges abverlange. Reformen sind nie einfach. Das allerdings kann kein Argument dafür sein, es beim Status quo zu belassen.

Bei allem Reformeifer und der Überzeugung, das Richtige zu tun, gilt es dabei, alle Menschen mitzunehmen. Wir müssen bereit sein, dieses Risiko einzugehen: Gelingt uns die Reform, wird sie hinterher als selbstverständlich wahrge-

nommen. Niemand wundert sich heute darüber, dass Mädchen Abitur machen, dass Kinder von Arbeiter_innen oder mit Migrationsgeschichte studieren oder dass Schüler_innen mit Beeinträchtigungen gemeinsam mit allen anderen in der allgemeinen Schule lernen. Scheitern wir, müssen wir die Schelte ertragen.

Aber, und das möchte ich unmissverständlich klarstellen, hören wir bei unseren politischen Entscheidungen immer nur auf die Zweifler und die Bedenkenträger, dann ist es um Innovation und Fortschritt in der Welt schlecht bestellt. Für die Bildungspolitik hätte ein Einknicken vor den Protestierern, das sollten wir uns immer wieder vor Augen führen, bedeutet, dass die größten bildungspolitischen Erfolgsgeschichten der jüngsten Zeit nicht realisiert worden wären: Neben der Gemeinschaftsschule sind die Inklusion und der Kitaausbau zu nennen. Diese Erfolge sollten uns immer daran erinnern, dass es nur mit politischem Mut bessere und gerechtere Bildung geben kann.

Ich habe vor einigen Jahren erkannt, dass die Klagen und Widerstände insbesondere von Besitzstandswahrung getrieben sind. Menschen wollen Privilegien nicht aufgeben. Aber warum sollten wir es uns weiterhin leisten, einen Teil unseres Nachwuchses zurückzulassen und im schlimmsten Fall ein Leben lang wohlfahrtsstaatlich zu betreuen? Hier hilft der bürgerlich-konservative Zynismus wenig. Der fordert immer mehr Einsatz und Leistung der Benachteiligten, tut aber strukturell nichts daran, dass die Betroffenen tatsächlich erfolgreich sein können. Bieten wir allen Kindern die gleiche Chance, stärken wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt und nicht zuletzt die Wirtschaft!

Mit den jetzt einsetzbaren Bundesmitteln werden wir in Absprache mit dem Finanzminister Ressourcen bereitstellen, um endlich ausreichend Lehrkräfte einstellen zu können. Denn es schadet nicht, selbstkritisch einzugestehen, dass wir lange über tolle Konzepte geredet haben, ohne den Mut aufzubringen, sie auch wirklich mit genügend Mitteln zur Umsetzung zu bringen!

Meine Amtszeit, meine Damen und Herren, stelle ich unter das Motto ‚Mut zu gerechter Bildung'. Die Föderalismusreform und die Verlängerung der Grundschulzeit auf sechs Jahre waren mutige Schritte in diese Richtung. Ich werde diesen Weg weiter gehen.

Marianne Demmer

60 JAHRE SCHULPOLITIK – UND NICHTS DAZU GELERNT?!

Eine sehr persönliche und gemischte Bilanz

Als „Begabungsreserve" und Kind der ersten Bildungsreform in der Nachkriegszeit bin ich mir seit nunmehr fast 60 Jahren sicher: Der Kern sozialdemokratischer Bildungspolitik muss Bildungsgerechtigkeit, Bildungsgleichheit und Bildungsqualität vor allem im Schulbereich sein – was sonst?

Zuerst – in den 1950er Jahren – war das ein Gefühl. Damals diskutierte meine Familie über meinen weiteren Bildungsgang. Für mich als Mädchen vom Lande aus „einfachen Verhältnissen" waren schwerwiegende Entscheidungen zu treffen. Die ersten vier Jahre Volksschule hatte ich gemeinsam mit einigen Spielkameradinnen als Klassenbeste absolviert, und es galt zu entscheiden, ob ich „als Mädchen" überhaupt eine „höhere" Schulbildung brauchte, wo ich doch heiraten würde. Zur Auswahl standen die örtliche Realschule – anfangs noch mit einer Art „freiwilligem", aber dennoch belastendem Schulgeld belegt – und das in der Kreisstadt gelegene Gymnasium.

Letzteres kam aus mehreren Gründen überhaupt nicht in Frage. Es bedeutete eine mehr als halbstündige risikoreiche Bahnfahrt. Die Fahrtkosten waren zusätzlich zum Schulgeld selbst zu tragen. Außerdem war das Gymnasium altsprachlich ausgerichtet. Das konnten sich meine Eltern – beide hatten einen Volksschulabschluss – überhaupt nicht vorstellen. Wie sollten sie das Kind bei Schwierigkeiten in Griechisch und Latein unterstützen? Nachhilfeunterricht kam aus finanziellen Gründen und prinzipiellen Überzeugungen nicht in Frage. Wenn ein Kind die höhere Schule nicht aus eigenen Kräften schaffte, hatte es dort eben nichts zu suchen. Solche „Fehlentscheidungen" trafen nach Volkes Meinung nur die „Eingebildeten", die Akademiker und Vermögenden. Das Ausleseprinzip war auch in den unteren sozialen Schichten fest verankert. Und obwohl mein Volksschullehrer alles tat, um meine Eltern da-

von zu überzeugen, mich zum Gymnasium zu schicken – die Entscheidung fiel für die örtliche Realschule.

Damals erlebte ich zum ersten Mal hautnah, wie sich soziale Spaltung aufgrund einer Bildungsgangentscheidung anfühlt. Zwei meiner Spielkameradinnen, Töchter von Akademikern und Vermögenden, fuhren zum altsprachlichen Gymnasium in die Kreisstadt, drei weitere besuchten wie ich die örtliche Realschule, und eine Freundin blieb auf der Volksschule. Noch heute erinnere ich mich schmerzlich an die folgende Geburtstagsfeier: Es kamen nur die Freundinnen aus der Realschule. Die beiden Gymnasiastinnen hatten angeblich keine Zeit – wir unterstellten ihnen sofort Dünkelhaftigkeit – und zu meinem großen Leidwesen kam auch die Freundin aus der Volksschule nicht. Ihre Mutter gab als Grund an, wir seien ja jetzt „etwas Besseres". Und ihre Tochter dürfe nicht zur Realschule gehen, weil die noch im Krieg geborene Schwester das auch nicht gekonnt habe. Die Schwestern sollten gleich behandelt werden. Um den familiären Zusammenhalt nicht zu gefährden, fand Selbstselektion „nach unten" statt.

In meinem dörflichen Biotop hatte ich also bereits im Alter von zehn Jahren genug erlebt, um das früh selektierende deutsche Schulsystem für kinderfeindlich und ungerecht zu halten. Denn wie gesagt, die schulischen Leistungen rechtfertigten keinerlei Unterscheidung, aber ich verlor die Hälfte meiner Freundinnen und Spielkameradinnen. Und es kam noch schlimmer. Nach drei Jahren Realschule befand mein Vater, ich sei jetzt alt und die Zeugnisnoten gut genug, um zum Aufbaugymnasium in einem Kurort an der Kreisgrenze zu wechseln.

In den vergangenen drei Jahren hatte sich schulpolitisch und in meiner persönlichen Entwicklung Entscheidendes getan, was meinem Vater genug Argumente lieferte, um sich gegenüber den weiblichen Mitgliedern der Familie durchzusetzen. Mein Vater wollte, dass ich Lehrerin würde – dazu brauchte ich das Abitur. Mutter und Großmutter hatten Angst, dass ihnen die Tochter und Enkelin entfremdet würde, wenn sie auch „etwas Besseres" wäre. Aus der Bildungsforschung ist das Phänomen bekannt, dass Eltern mit niedrigem Bildungsabschluss für ihre Kinder in der Regel den gleichen oder bei entsprechender Beratung den nächst höheren Abschluss in Aussicht nehmen, nicht jedoch eine akademische Laufbahn.

Welche Veränderungen unterstützten meinen Vater, diese Systematik zu verlassen und Konflikte in der Familie zu riskieren? Es waren zwei schulpolitische und eine persönliche: Die Bildungswerbung hatte mit dem Slogan „Schick dein Kind länger auf bessere Schulen" die ländlichen Regionen erreicht. Das Schulgeld für Gymnasien wurde ebenfalls abgeschafft und zu den Fahrtkosten gab es zumindest einen Zuschuss. Aber ausschlaggebend dürfte wohl gewesen sein, dass ich in der Pubertät erheblich „in die Höhe geschossen" war, so dass sich die Frauen in der Familie nicht mehr sicher waren, dass ich einen passenden Mann fände.

Nach bestandener Aufnahmeprüfung besuchte ich also gemeinsam mit einer Freundin nun ein Gymnasium, gehörte fortan zu den „Bessergestellten", verlor den Rest meiner dörflichen Freundinnen, entfremdete mich von der Familie und politisierte mich noch während der Schulzeit (Stichwort Vietnamkrieg). Der Wunsch meines Vaters, dass ich Lehrerin würde, erfüllte sich. Die Sorge meiner Mutter, ich könnte keinen Mann abkriegen, erwies sich hingegen als unbegründet.

Während meines Pädagogikstudiums fand ich die Begriffe und Konzepte, die zu meinen Erfahrungen aus Kinder- und Jugendzeit passten. Ich wurde Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und focht engagiert für integrierte Gesamtschulen. Ich entdeckte, dass meine freudvolle Volksschulzeit durch zahlreiche engagierte Lehrer_innen reformpädagogisch geprägt worden war und dass der teilweise grottenschlechte Unterricht im Gymnasium mein rebellisches Wesen genährt hatte.

Es gab auch im Gymnasium gute Lehrkräfte, aber der größere Teil war permanent damit beschäftigt, uns Schüler_innen klar zu machen, wer alles „falsch" sei, nicht ins Gymnasium gehöre. Wohlgemerkt – es war ein Aufbaugymnasium, eine Schulart, die eigens dafür ersonnen worden war, die ländlichen Begabungsreserven zu erschließen, in der den meisten Lehrkräften die Interessen und Bedürfnisse der Schüler_innen jedoch völlig gleichgültig waren, von individueller Förderung ganz zu schweigen. Wie gut die Selektion funktionierte, war daran zu sehen, dass von anfangs 35 Schüler_innen in meiner Klasse nur zwölf das Abitur bestanden.

Mit meinem Vater geriet ich in schulpolitischen Fragen ständig aneinander. Er konnte mein Engagement für Gesamtschulen nicht nachvollziehen.

Schließlich hätte ich doch das Abitur an einem Gymnasium gut geschafft! Gesamtschulen waren aus seiner Sicht etwas für Kinder mit schulischen Problemen. Wie so vielen Sozialdemokraten genügte es ihm, dass der „Aufstieg durch Bildung" in der eigenen Familie klappte, nach dem Motto: Je weniger Konkurrenz um lukrative Berufe, umso besser. Schule als Sozialisationsinstanz, in der die Grundlagen für demokratisches Verhalten und gesellschaftlichen Zusammenhalt gelegt werden, spielte keine nennenswerte Rolle.

Und die Bildungsaufsteiger meiner Generation? Voller Stolz, Abitur und Studium geschafft zu haben, verteidigen sie für ihre Kinder das Bildungsprivileg und beklagen mehrheitlich, dass ja heute „jeder" Abitur machen könne.

Hat sich in den letzten 60 Jahren viel verändert? Bei den Zahlen: Ja. Weil die gebildete Mittelschicht gewachsen ist, erwirbt heute die Hälfte eines Jahrgangs das Abitur, die Zahl integrierter Gesamtschulen und Gemeinschaftsschulen nimmt stetig zu. Aber hat sich an der sozialen Selektivität etwas geändert? Nein! Kinder aus Arbeiter- und Migrantenhaushalten benötigen nach wie vor bedeutend bessere Noten für eine Gymnasialempfehlung als Kinder mit Akademikereltern. Müssen die Rechte und Bedürfnisse der Kinder bei Bildungsgangentscheidungen beachtet werden? Nein, Schule und Eltern können die Bedürfnisse der Kinder ignorieren, ohne sich dafür rechtfertigen zu müssen.

Das Festhalten an früher Sortierung, Begabungsillusion und Ausleseprinzip hat die Schulpolitik in den letzten Jahren vor die eigentlich unlösbare Aufgabe gestellt, ein inklusives Schulwesen in einem selektiven System zu verwirklichen. Die Konsequenzen sind nicht zu übersehen: Gymnasien beteiligen sich an der Inklusion von jungen Menschen mit Behinderungen und/oder ausländischen Wurzeln nur marginal. Die übrigen Schulen befinden sich demzufolge personell, finanziell und konzeptionell in einer permanenten Mangel- und Stresssituation, unter der die Qualität des Lehrens und Lernens trotz größter Anstrengungen notgedrungen leidet. Das Schulwesen bleibt gespalten.

Mein Fazit: Auch für die nächsten 60 (?) Jahre muss sich sozialdemokratische Schulpolitik daran messen lassen, ob es gelingt, ein gut ausgestattetes, an den Rechten und Bedürfnissen der Kinder, an Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit orientiertes, vollständig inklusives öffentliches Schulwesen zu entwickeln. Ich könnte damit leben, wenn die EINE SCHULE FÜR ALLE dann „Gesamtgymnasium" genannt würde.

Dieter Dohmen

ECKPUNKTE EINER UMFASSENDEN BILDUNGS- UND QUALIFIZIERUNGSSTRATEGIE

Ein Beitrag aus der Wissenschaft

Trotz erheblicher Anstrengungen und Erfolge in der Bildungspolitik steht die „Bildungsrepublik Deutschland" weiterhin vor erheblichen Herausforderungen. Nach wie vor besteht die Gefahr, dass unzureichende Bildung und Qualifikation in Teilen der Bevölkerung zum Fallstrick der zukünftigen Entwicklung werden, gleichzeitig erfordern Spitzenleistungen und Innovationen in Wirtschaft und Gesellschaft im demografischen Wandel einen steigenden Anteil an Hoch- und Höchstqualifizierten. Dieser – nur scheinbare – Gegensatz erfordert somit einen Spagat zwischen Grundbildung und Basisqualifizierung auf der einen Seite und der Herausbildung und Unterstützung von Hochqualifizierten und Leistungsträgern auf der anderen Seite. Die anstehenden Herausforderungen erfordern eine übergreifende Strategie, in der die konkreten Zielsetzungen für die einzelnen Bildungsbereiche vor dem Hintergrund der übergreifenden Zielsetzungen spezifiziert sind.

ZUKÜNFTIGE HERAUSFORDERUNGEN

Die kommenden Jahre und Jahrzehnte werden durch einige hochdynamische und parallel ablaufende Entwicklungsprozesse geprägt sein: Internationalisierung und Globalisierung; steigender Kosten- und Wettbewerbsdruck; technologischer Wandel, Industrie 4.0 bzw. zweites Maschinenzeitalter; demografische Entwicklung, Fachkräftemangel sowie soziale Aspekte, zu denen z. B. die zunehmende Diversität zählt, nicht zuletzt aufgrund der aktuell und vermutlich dauerhaft erhöhten Zuwanderung. Jeder einzelne dieser Aspekte, erst recht aber deren Kombination wird zu weiter steigenden Qualifikations- und Kompetenzanforderungen führen, nicht nur im Hinblick auf eine formale Höherqualifizierung.

Alle derzeit vorliegenden Prognosen, seien sie auf Deutschland oder Europa bezogen, gehen davon aus, dass der Bedarf an Geringqualifizierten ab- und der an Hochqualifizierten zunehmen wird, während es im mittleren Qualifikationssegment eine vergleichsweise begrenzte Dynamik gibt (Economix 2013; BMAS 2015; Prognos 2015; BIBB/IAB 2014, 2015; Cedefop 2015). In der Folge der auf Deutschland bezogenen Fachkräfteprognosen zeigt Dohmen (2015a), dass zur Deckung des prognostizierten Bedarfs an qualifizierten Fachkräften sowohl das Hochschul- als auch das berufliche Ausbildungssystem deutlich und gleichzeitig ausgebaut werden müssen. Allein um den voraussichtlichen Fachkräftebedarf ab dem Jahr 2020 decken zu können, muss die Zahl der Studienanfänger_innen kurzfristig auf 575.000 (2014: knapp 500.000) und die Zahl der Ausbildungsneuverträge in den kommenden Jahren sukzessive auf bis zu 675.000 pro Jahr (2014: ca. 520.000) erhöht werden.

Diesen Anforderungen und Herausforderungen stehen einige fundamentale Ausgangspunkte gegenüber: Erstens sinkt die Zahl der nachwachsenden Kinder und Jugendlichen ebenso seit Jahrzehnten wie die Zahl der Erwachsenen im erwerbsfähigen Alter. Zweitens verändert sich das Qualifikationsniveau am unteren Rand vergleichsweise wenig. Seit Jahrzehnten sind rund 15 Prozent der 25- bis 64-Jährigen ohne abgeschlossene Berufsausbildung; d.h. derzeit haben 6,5 Mio. erwachsene Erwerbstätige keine berufsqualifizierende Ausbildung, darunter insbesondere diejenigen, die zu den bis zu 40 Prozent funktionalen Analphabet_innen unter den Erwachsenen zu zählen sind. Selbst unter den 15-Jährigen in Deutschland sind nach der letzten Pisa-Studie 18 Prozent funktionale Analphabet_innen, in früheren PISA-Untersuchungen waren es gar fast 25 Prozent. Zur Erläuterung: Funktionale Analphabet_innen sind Personen die zwar (theoretisch) lesen, schreiben und rechnen können, jedoch das, was sie lesen, inhaltlich nicht oder kaum verstehen.

Mit Blick auf die beschriebenen steigenden Qualifikationsanforderungen, die vertikal wie horizontal – d.h. auf formal gleicher Stufe, z. B. der beruflich Qualifizierten – zu beobachten sind, ist eine derart hohe Quote für ein Land wie Deutschland nicht akzeptabel. Wann, wenn nicht jetzt in Zeiten des demografischen Wandels mit einem absehbaren zukünftigen Fachkräftemangel, sind die Voraussetzungen besser in die Qualifizierung von jungen und älteren Menschen zu investieren. Nie war der Satz „Bildung lohnt sich“ so zutref-

fend wie heute, wo ein Ende der Arbeitslosigkeit mehr als nur theoretisch denkbar werden könnte – vorausgesetzt, es gelingt, funktionalen Analphabetismus ebenso zu verringern wie die Zahl der Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung.

ECKPUNKTE EINER UMFASSENDEN BILDUNGS- UND QUALIFIZIERUNGSSTRATEGIE

Ausgehend von den genannten Punkten lässt sich ein umfassendes Bildungs- und Qualifizierungsprogramm skizzieren, das von den folgenden Maximen ausgeht: Der Anteil an Jugendlichen, der nicht richtig rechnen, schreiben und lesen kann, muss schnellstmöglich minimiert werden. Gleiches gilt für die Erwachsenenbevölkerung, wobei hier – zumindest unter ökonomischen Überlegungen – eine Differenzierung vertretbar ist, d.h. es sollten vor allem die Jüngeren und/oder Arbeitswilligen qualifiziert werden. Zuwandernde, seien sie Geflüchtete oder aus anderen Gründen Zuwandernde, müssen schnellstmöglich eine Chance zum Spracherwerb und zur schulischen oder beruflichen Qualifizierung bekommen, bevorzugt unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus.

Die nachfolgenden Ausführungen fassen die Eckpunkte einer umfassenden Bildungs- und Qualifizierungsstrategie überschriftenartig zusammen:

1. Erhöhung des Anteils an unter dreijährigen Kindern, die eine Kindertageseinrichtung besuchen
2. Erhöhung des Anteils an drei- bis fünfjährigen Kindern in Kindertageseinrichtungen auf 100 Prozent
3. Qualitätssteigerungen im frühkindlichen Bildungsbereich
4. Inklusion in Kindergarten, Schule und Berufsbildung
5. Ausbau des Anteils an gebundenen Ganztagsschulen
6. Berufsorientierung und zusätzliche Ausbildungsplätze (einschl. eines Unterstützungssystems für die Betriebe, die sich leistungsschwächerer Jugendlicher annehmen)
7. Nachhaltiger Ausbau des Hochschulsystems
8. Ausbau eines geeigneten Angebots sowie der (finanziellen) Fördermaßnahmen für Umqualifizierungen und Weiterbildung (einschl. berufliche Nachqualifizierung von Erwachsenen)
9. Integration und Qualifizierung von Geflüchteten

Eine solche Bildungsoffensive kostet nach den überschlägigen Berechnungen von Dohmen (2015a) in den kommenden zehn Jahren über 500 Mrd. Euro – oder im Schnitt 50 Mrd. Euro pro Jahr. Angesichts der großen Herausforderungen, vor denen die öffentlichen Haushalte stehen – z. B. Bekämpfung der allgemeinen Investitionsschwäche, Kosten für Unterbringung und Lebenshaltung der Geflüchteten, bevorstehende Schuldenbremse etc. – ist nicht davon auszugehen, dass dieser Betrag auch nur annähernd aus öffentlichen Mitteln wird finanziert werden können. Es sind daher private Mittel erforderlich.

EIN EDUCATION INVESTMENT FUND ALS LÖSUNG?

Als Lösungsansatz wird hierzu ein Bildungsinvestitionsfonds (Education Investment Fund) vorgeschlagen und konzipiert, der privates Kapital – z. B. von (Lebens-)Versicherungen, Stiftungen, Kapitalgesellschaften, Privatpersonen – einsammelt und insbesondere den öffentlichen Institutionen (Bund, Ländern, Kommunen und ggf. der Bundesagentur für Arbeit) zur Finanzierung von Bildungsmaßnahmen zur Verfügung stellt. Im Gegenzug wird der Fonds an den mittel- bis langfristig aus diesen Maßnahmen resultierenden fiskalischen Erträgen beteiligt. Vereinfacht: Finanziert der Fonds z. B. 100.000 Studienplätze, dann erhält er einen Anteil von z. B. 35 oder 50 Prozent an den Steuermehreinnahmen, die durch diese zusätzlichen Akademiker_innen generiert werden. Bei 10 Millionen Erwerbstätigen mit Hochschulabschluss entspräche dies – wiederum vereinfacht – rund einem Prozent der insgesamt von Akademiker_innen gezahlten Einkommensteuer. Idealerweise partizipiert der Fonds zudem an den zusätzlichen Sozialversicherungsbeiträgen sowie den eingesparten Sozialleistungen (Hilfen zur Erziehung, Hartz IV, Wohngeld etc.), letzteres vor allem bei ansonsten Gering- und Unqualifizierten.

Auf der Grundlage der von uns in einer früheren Studie (Dohmen 2011, Dohmen/Henke 2011) geschätzten fiskalischen Erträge von bis zu 27 Prozent im Hochschulbereich und von über 20 Prozent für Investitionen im frühkindlichen Bereich etc. ergäbe sich bei einem Anteil des Fonds von einem Drittel der zukünftigen fiskalischen Erträge eine Rendite von bis zu 9 Prozent per annum, bei einem – angesichts des demografischen Wandels und Fachkräftemangels – relativ geringen Risiko. Je nach Bildungsbereich beginnt die Rückzahlung der Investitionen nach drei bis fünf Jahren, im frühkindlichen Bereich dauert es aber fast 20 Jahre. Dafür ist der Rückzahlungszeitraum mit 40 bis 50 Jahren, bzw. darüber hinaus, vergleichsweise lang.

LITERATUR

Dohmen, Dieter (2011): Bildungsfinanzierung und ökonomische Aspekte des Bildungsföderalismus, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Bildungsföderalismus und Bildungsfinanzierung, Berlin.

Dohmen, Dieter (2015a): Education Investment Fund – ein innovativer Ansatz zur Finanzierung zusätzlicher Bildungsausgaben, FiBS-Forum Nr. 56, Berlin. Unter: http://www.fibs.eu/de/sites/_wgData/Forum_056_Education Prozent20Investment Prozent20Fund_final.pdf.

Dohmen, Dieter (2015b): Demografie und Fachkräftesicherung erfordern Ausbau von Hochschulen und Berufsbildung und eine bessere Schulbildung, FiBS-Forum Nr. 55, Berlin. Unter: http://www.fibs.eu/de/sites/_wgData/FiBS-Forum_055_Studien- Prozent20und Prozent20Ausbildungsplatzbedarfsprognose.pdf.

Dieter Dohmen, Justus Henke (2011): Fiskalische Rendite präventiver Bildungsreformen, FiBS-Forum Nr. 49, Berlin. Unter: http://www.fibs.eu/de/sites/_wgData/Forum_049_Fiskali Prozent20Rendite.pdf.

Economix Research & Consulting (2013): Arbeitsmarktprognose 2030. Eine strategische Vorausschau auf die Entwicklung von Angebot und Nachfrage in Deutschland: Prognose nach Bundesländern, München.

Prognos AG (2015): Arbeitslandschaft 2040. Eine vbw-Studie, erstellt von der Prognos AG. Unter: http://www.vbw-bayern.de/Redaktion/Frei-zugaengliche-Medien/Abteilungen-GS/Sozialpolitik/2015/Downloads/20150521-Studie-AL-2040-final.pdf.

MARTIN – CANADA
MAUSEN – DÄNEMARK
MOLKENBUHR – DEUTSCHLAND
MACDONALD – GROSSBRITANIEN
MITGLIED DER EXEKUTIVE
HUYSMANS – SEKRETÄR
NISSEN – NORWEGEN
VIDNES – NOR
– NORWEGEN
LAAN

Benjamin Edelstein, Kerstin Rothe

WAS IST SOZIALDEMOKRATISCHE SCHULPOLITIK? – EINE PODIUMSDISKUSSION

Eine Expertise aus dem Jenseits

Es diskutieren: Ludwig von Friedeburg, Wilhelm von Humboldt, Ralf Dahrendorf, John Dewey und Maria Montessori

Moderation: Benjamin Edelstein und Kerstin Rothe

Edelroth: Herzlich willkommen zur Podiumsdiskussion des Netzwerk Bildung der Friedrich-Ebert-Stiftung. Wir möchten heute gemeinsam die Leitlinien einer sozialdemokratischen Schulpolitik entwerfen. Nun könnte man etwas provokant sagen, dass uns der Geist für ein solches Projekt momentan ein wenig zu fehlen scheint. Was liegt also näher als einige bedeutende Geister in unsere Runde zu holen und mit ihnen zu diskutieren. Ich schlage vor, wir beginnen mit Ihnen, Herr von Friedeburg. Geben Sie uns doch mal eine kurze Analyse der aktuellen Situation. Worin besteht aus Ihrer Sicht die derzeit dringendste Herausforderung für sozialdemokratische Schulpolitik?

Friedeburg: Wie Sie sich sicher vorstellen können, beobachte ich die sozialdemokratische Schulpolitik schon etwas länger. Und ich denke, dass es in der Tat einen ganz zentralen Aspekt gibt, der uns bei allen unseren Bemühungen der letzten Jahre immer wieder im Wege steht. Man könnte sagen, das ist unser „Elefant in the Room"…

Edelroth: Elefant in the Room?

Friedeburg: Naja, Sie wissen schon … etwas, das dick und fett im Raum herumsteht, bei allem im Weg ist und doch von niemandem als das zentrale Hindernis benannt wird. Unser Elefant ist die ungelöste Schulstrukturfrage. Ob

es um das Thema individuelle Förderung geht, um Inklusion, um die Entkoppelung von Schulerfolg und sozialer Herkunft – stets wird die Wirksamkeit unserer Ansätze durch die Schulstruktur behindert; insbesondere weil wir den aus ihr resultierenden Widersprüchen nicht konsequent genug Rechnung tragen. Hier müssen wir endlich länderübergreifend zu einer gemeinsamen Position gelangen, die wir zum Kompass unseres Handelns machen können.

Edelroth: Herr von Humboldt, Sie rutschen unruhig auf dem Stuhl herum. Sie wollen etwas sagen?

Humboldt: Ich sehe das genauso wie von Friedeburg. Ich habe mich schon zu meiner Zeit mit diesem Problem herumgeschlagen, und ich muss schon sagen, dass es mich enttäuscht, dass es trotz der beachtlichen Demokratisierung dieses Landes nicht gelungen ist, zu der einen Schule für alle zu gelangen, für die ich mich eingesetzt habe. Ich halte dieses Ziel noch immer für erstrebenswert. Und verzeihen Sie einem alten Mann drastische Worte, aber wenn ich so in die Bundesländer blicke, sehe ich vielfach Kraut und Rüben. Eine Schullandschaft, die fast so zerklüftet ist, wie zu meinen Zeiten. Ich meine, es ist Zeit für einen neuen Schulplan!

Edelroth: Wie könnte ein solcher Schulplan heute aussehen?

Humboldt: Die Zweigliedrigkeit, wie wir sie mittlerweile etwa in den Stadtstaaten haben, scheint mir ein vielversprechender Ausgangspunkt. Das Gymnasium ist fest etabliert, aber es ist zu stark in der preußischen Tradition verhaftet, um die Schule einer modernen Gesellschaft zu sein. Hier sehe ich das Potenzial viel stärker in der zweiten Säule – ich nenne sie mal die Gemeinschaftsschule. Sie bietet den Raum, in dem sich zukunftsweisende bildungspolitische und pädagogische Konzepte verwirklichen lassen. Die Sozialdemokratie wäre daher gut beraten, ihre Energie darauf zu richten, diese Schule zum Erfolgsmodell zu machen. Unser Anspruch muss nach wie vor sein, dass die Schule allen – unabhängig von ihrer Herkunft – dazu verhilft, die eigenen Talente zur vollen Entfaltung zu bringen.

Dahrendorf: Dazu möchte ich was sagen. Als Sozialliberaler gehe ich da mit Humboldt: Bildung ist Bürgerrecht! Wir sollten aber nicht vergessen, dass die gesellschaftlichen Anforderungen, insbesondere auch die Anforderungen der Berufswelt gestiegen sind. Unabhängig davon, ob man ein Studium anstrebt

oder eine berufliche Ausbildung: Eine breite allgemeine Bildung ist heute für jeden Voraussetzung der vollwertigen gesellschaftlichen Teilhabe. Deshalb muss die zweite Säule dem Gymnasium ebenbürtig sein.

Humboldt: Genau! Denn auch wenn wir uns vorerst wahrscheinlich mit dem Zwei-Säulen-Modell anfreunden müssen, kann es doch nur die eine, die allgemeine Menschenbildung geben!

Dahrendorf: Herr von Humboldt betont die Qualifikationsfunktion der Schule – zu Recht. Aber wenn ich als Soziologe die aktuelle gesellschaftliche Situation betrachte, meine ich, dass wir uns mehr über die Integrationsfunktion von Schule Gedanken machen müssen. Gerade für die zweite Säule scheint mir diese von enormer Bedeutung zu sein.

Edelroth: Aha, Sie denken an die vielen Geflüchteten?

Dahrendorf: Nun gut, das ist sicherlich ein Aspekt. Aber man darf das nicht so verkürzt betrachten. Ich meine ganz generell die Integration der nachwachsenden Generation in die Gesellschaft. Bei allen Vorteilen einer pluralistischen Demokratie, in der Individualität großgeschrieben wird, braucht es doch gemeinsame Bezugspunkte. Vielen jungen Menschen fehlen diese, sie fühlen sich im schlimmsten Falle nicht als Teil der Gesellschaft – und damit logischerweise auch nicht für sie verantwortlich. Die Schule ist der einzige Ort, der von allen jungen Menschen gemeinsam besucht wird. Daher muss sie Gelegenheitsstrukturen schaffen, in denen sich solche gemeinsamen Bezugspunkte entwickeln können.

Dewey: Wenn ich hier kurz einhaken darf. Was das angeht, sehe ich wirklich eine große Stärke der zweiten Säule. Denn mit ihrer heterogenen Schülerschaft ist die Gemeinschaftsschule ja viel mehr Abbild der Gesellschaft als das Gymnasium. Vielfalt ist eine wertvolle Ressource! Ihre kreative Energie ermöglicht es der Gesellschaft, sich immer wieder neu zu erfinden und Herausforderungen aktiv zu gestalten. Diese Vielfalt gibt es nur in der Demokratie, sie führt zusammen ohne zu beschränken. Insofern würde ich sagen, der gemeinsame Bezugspunkt, den Ralf einfordert, ist Demokratie.

Edelroth: Was genau heißt denn das für die Schule?

Dewey: Zuerst, dass die Schule nicht abgespalten ist von ihrer Umwelt. Sie

sollte Teil ihrer Außenwelt werden und diese zugleich in sich aufnehmen: Beziehungen knüpfen zu Eltern, zu Betrieben, zu kulturellen Einrichtungen. Was spricht denn dagegen, wenn die Stadtbücherei gleichzeitig die Schulbücherei ist oder im Schulgebäude ein Hausarzt und eine Sozialberatung zu finden sind? Natürlich heißt das auch, dass die Schule selbst demokratisch sein muss. Mitbestimmung und Verantwortungsübernahme sollten in der Schule selbstverständlich werden. Damit meine ich nicht Pseudo-Partizipation, sondern ein demokratisches Miteinander in allen Angelegenheiten der Schulgestaltung. So entsteht Gemeinschaft. Ich finde es schon bemerkenswert, dass die Sozialdemokratie gerade diesen Aspekt der Schulentwicklung bisher nicht offensiv vorantreibt. Ideen und Konzepte sind ja reichlich vorhanden.

Montessori: Wo du schon von Ideen und Konzepten sprichst … Ich denke, es ist höchste Zeit, dass wir über *pädagogische* Konzepte sprechen. Ich stimme vollkommen zu, dass Heterogenität für die Schule ein Gewinn ist. Aber nach allem, was ich so über die deutsche Schule weiß, ist der Umgang mit Heterogenität nicht gerade ihre Stärke. Zwar fordern inzwischen alle Inklusion und individuelle Förderung, aber um diese zu verwirklichen, müssen pädagogische Konzepte und Strukturen Hand in Hand gehen. Die Gemeinschaftsschule bietet hierfür aus meiner Sicht hervorragende Voraussetzungen.

Edelroth: Sie meinen, mit ihr kann man den Elefanten beim Rüssel packen und ihn vor die Tür setzen?

Montessori: Genau. Die Gemeinschaftsschule hat das Zeug dazu die Defizitorientierung des deutschen Schulsystems zu überwinden. Klassenwiederholung, Abschulung – all das muss es in dieser Schule nicht mehr geben. Damit entfällt die Notwendigkeit, Kinder in Schubladen zu stecken und jede Lernsituation mit dem Damoklesschwert einer Prüfungssituation zu belasten. Die Gemeinschaftsschule kann einer grundsätzlich anderen Logik folgen. Sie ist nichtselektiv und eröffnet damit Spielräume für vielfältige reformpädagogische Formate: Projektorientiertes und fächerübergreifendes Lernen und vor allem eine viel stärkere Individualisierung der Lerninhalte und Methoden. Sie kann sich zeitlich und didaktisch an den Bedürfnissen der Lernenden orientieren und bietet so nicht nur denen, die aus welchen Gründen auch immer benachteiligt sind, bessere Chancen, sich zu entfalten. Von einer solchen Schule können *alle* profitieren und ich kann mir daher vorstellen, dass sie über kurz oder lang für die gymnasiale Klientel eine echte Alternative werden könnte.

Edelroth: Meine Damen und Herren, jetzt muss ich aber mal einhaken: Das klingt alles noch sehr nach bildungspolitischen Visionen – unser Motto für den heutigen Abend lautet aber: innovative Impulse und realitätsnahe Ansätze!

Friedeburg: Sie wollten eine sozialdemokratische Erzählung. Das heißt für mich ein programmatisches Ziel zu formulieren, mit dem die Sozialdemokratie die Menschen überzeugen kann. Insofern handelt es sich zuallererst – das gebe ich gerne zu – um eine Vision, aber eben im Sinne eines konkreten Ideals. Ich sagte ja bereits: Wir brauchen einen sozialdemokratischen Kompass, und ich bin überzeugt, dass das hier von uns Skizzierte in die richtige Richtung weist.

Edelroth: Okay, aber vieles von dem, was sie vorschlagen, kostet sicher eine Menge Geld. Außerdem klingt es, als wollten Sie die Gemeinschaftsschule finanziell besser stellen als das Gymnasium. Wie ist das zu rechtfertigen?

Dahrendorf: Ja, natürlich müssen wir mehr Geld in die Bildung stecken. Aber hören Sie sich mal um, das bestreitet nun wirklich niemand! Und zu ihrer zweiten Frage: Ich denke, es ist sehr wohl zu begründen, dass die Gemeinschaftsschule eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung braucht als das Gymnasium. Zunächst mal hat sie in vielerlei Hinsicht die anspruchsvollere Aufgabe, wie bereits deutlich geworden ist. Dort mehr Lernzeit zu geben als am Gymnasium, scheint mir daher absolut sinnvoll. Außerdem sind viele ihrer Aufgaben sozialpolitischer Natur, weshalb ich es für naheliegend halte, einige davon aus dem Sozialbudget zu finanzieren. Das wäre eine konsequente Umsetzung von Bildungspolitik als präventiver Sozialpolitik. Wenn ein Gymnasium derartige Aufgaben in vergleichbarem Umfang wahrnimmt, hätte es natürlich ebenfalls Anspruch auf diese Mittel.

Edelroth: Das würde ich jetzt gerne vertiefen … Aber leider sind wir schon am Ende angelangt. Wir haben gerade noch Zeit für ein kurzes Schlusswort.

Dewey: Eine letzte Bemerkung: Ich finde, wir dürfen Bildung nicht auf den Aspekt der individuellen Qualifizierung verkürzen. Schule muss mehr leisten als dem Einzelnen gute Bildungschancen zu gewähren. Diese Erkenntnis trägt die Gemeinschaftsschule ja bereits in ihrem Namen: Schule muss Gemeinschaft stiften! „Aufstieg durch Bildung", das reicht als sozialdemokratisches Mantra nicht aus. Es sollte vielmehr heißen: „Gemeinschaft durch Bildung"!

Ute Erdsiek-Rave

SIE HABEN DIE WAHL!

Ein Multiple Choice-Fragebogen

Kreuzen Sie bitte die Aussagen an, denen Sie am ehesten zustimmen können!

1. AKADEMISIERUNG

(a) Die steigende Zahl der Studienanfänger_innen ist vor allem demografiebedingt und im Übrigen eine der Erfolgsgeschichten unserer Bildungspolitik. Ein höheres Bildungsniveau ist sowohl für den Einzelnen als auch für die Volkswirtschaft ein Gewinn. Wer Aufstieg durch Bildung versprochen hat, darf die Entwicklung jetzt nicht bremsen wollen.

(b) Der zunehmende Trend zum Studium ruiniert eine der größten Errungenschaften des deutschen Bildungssystems, nämlich die Berufliche Bildung. Viele Studierende wären im Dualen System besser aufgehoben, das zeigt allein schon die hohe Zahl der Studienabbrecher_innen. Eine Ausbildung im dualen System ist in vielen Bereichen einem Studium gleichwertig.

(c) Die Praxisorientierung in vielen Bachelorstudiengängen und das steigende Niveau vieler dualer Ausbildungen werden zu einer Angleichung der Wege führen. Die dualen Studiengänge sollten ausgebaut werden. Die klassische akademische Ausbildung wird nur noch in wenigen Bereichen überleben. Von dieser Vielfalt werden vor allem diejenigen profitieren, denen das Abitur nicht in die Wiege gelegt wurde.

2. BILDUNGSFÖDERALISMUS

a Der deutsche Bildungsföderalismus hat gute historische Gründe. Wer daran rütteln will, vergeudet seine politische Kraft. Im Übrigen sorgt die zu Unrecht gescholtene KMK für die notwendige Gemeinsamkeit etwa bei Bildungsstandards und Bildungsmonitoring.

b Der Bildungsföderalismus hat eine produktive Vielfalt der Wege hervorgebracht. Die Konkurrenz der Bundesländer ist heilsam (#PISA).

c Von Gleichheit der Lebensverhältnisse kann im Bildungsbereich keine Rede sein. Für Eltern ist das eine Zumutung. Mehr Gemeinsamkeit zwischen Bund und Ländern und nationale Konzepte und Finanzierung für Ganztag, Inklusion und Integration sind dringend notwendig.

3. CHANCENGLEICHHEIT

a Chancengleichheit bedeutet die Entkoppelung von Herkunft und Bildungserfolg. Dies kann nur gelingen durch frühkindliche Bildung, individuelle Förderung und die Verknüpfung von Bildungs- und Sozialpolitik. Unser selektives Bildungssystem behindert nachweislich die Chancengleichheit, insbesondere beim Übergang in die Sekundarstufe I.

b Chancengleichheit ist ein Begriff aus der ideologischen Mottenkiste. Für unterschiedliche Begabungen brauchen wir unterschiedliche Angebote und Schulformen und Durchlässigkeit nach oben.

c Wir wissen, dass von Beginn des Lebens an kulturelles und soziales Kapital ungleich verteilt sind. Deshalb bleibt Chancengleichheit ein leeres Versprechen, solange man nicht an die Wurzeln der Ungleichheit herangeht.

4. DIGITALE BILDUNG

(a) Digitale Bildung ist die Voraussetzung für Teilhabe und Weltverständnis. Sie bedeutet mehr als digitales Lernen, sie umfasst die kritische Nutzung und Auseinandersetzung mit den Grundlagen der digitalen Entwicklung. Darauf müssen unsere Schulen dringend vorbereitet werden.

(b) Digitale Bildung ist ein weiterer Schritt in die schöne neue Welt der Daten und Algorithmen. Schule sollte ein Bollwerk gegen diese Entwicklung sein und Lernen als Interaktion zwischen Menschen gestalten statt die Abhängigkeit vom Internet noch zu verstärken.

(c) Die zunehmende Heterogenität in unseren Bildungseinrichtungen erfordert individuelle Wege. Die Nutzung von offen zugänglichen, qualitätvollen Lernangeboten erleichtert die individuelle Förderung.

5. FRÜHKINDLICHE BILDUNG

(a) Kinder sollten möglichst früh an die Anforderungen der Schule herangeführt werden. Sprache, mathematische und naturwissenschaftliche Grundlagen müssen früh entwickelt und gefördert werden. Dafür eignen sich am besten Vorschuleinrichtungen nach französischem Vorbild.

(b) Frühkindliche Bildung kann herkunftsbedingte Ungleichheit ausgleichen und Integration fördern. Alle Krippen und Kitas müssen inklusiv arbeiten. Eine Qualitätsoffensive und bessere Arbeitsbedingungen sind überfällig.

(c) Die Aufwertung der Frühkindlichen Bildung hat zu anspruchsvollen Rahmenplänen geführt, die Erwartungen von Eltern sind hoch und teilweise überzogen. Es besteht die Gefahr, dass Kitas verschult werden und spielerische und kreative Elemente zu kurz kommen.

6. GANZTAGSSCHULE

a Die Ganztagsschule ermöglicht in erster Linie die Berufstätigkeit beider Elternteile. Die Kinder werden betreut, ein pädagogischer Mehrwert ist jedoch nicht nachweisbar. Ein verpflichtender Ganztag wäre familienfeindlich und in Deutschland nicht durchsetzbar.

b Ganztagsschulen sollten schrittweise flächendeckend und verpflichtend ausgebaut werden. Unterricht und Freizeit sollten verzahnt und die Schule zum Lebensort werden. Die Ganztagsschule ist ein wichtiger Beitrag zum Gelingen von Inklusion.

c Auf die Ganztagsschule werden Erwartungen projiziert, die sie nicht erfüllen kann. Auf soziale Ungleichheit und Bildungsbenachteiligung hat sie nachweislich keinen Einfluss. Die offene, freiwillige Form hat sich gerade in dieser Hinsicht nicht bewährt.

7. INKLUSION

a Inklusive Bildung überfordert die Schwachen und benachteiligt die Starken. Jedes behinderte oder benachteiligte Kind braucht eine intensive und fachkundige Förderung. Das gelingt am besten in den Förderschulen. Die Vorstellung von totaler Inklusion ist reine Ideologie.

b Inklusive Bildung muss mit Augenmaß und langem Atem umgesetzt werden. Unsere Schulen sind darauf noch längst nicht vorbereitet. Das bewährte Förderschulsystem werden wir noch lange brauchen.

c Inklusion sollte zum Leitprinzip der Bildung werden. Mit Vielfalt und Differenz umzugehen ist eine Schlüsselqualifikation der Zukunft. Exklusion dagegen ist teuer und diskriminierend. Für eine gelingende Inklusion brauchen wir eine gemeinsame Strategie von Bund und Ländern.

8. NOTEN

a In einer Leistungsgesellschaft sind Noten unabdingbar. Sie spornen an und geben Eltern Rückmeldungen. Der Verzicht auf Noten verschleiert die natürliche Ungleichheit der Begabungen und befördert falsche Erwartungen.

b Unser Notensystem ist willkürlich, undifferenziert und steht im Widerspruch zu Inklusion und individuellem Lernen. Rückmeldungen über Lernverhalten sollten individuell sein und nicht in ein Ziffernschema gepresst werden. Ziffernnoten sollten nur bei Schulabschlüssen vergeben werden.

c Mindestens bis zur Sekundarstufe I sollten statt Ziffernnoten Berichte zur Kompetenzentwicklung den Leistungsstand der Kinder wiedergeben. Vergleichbarkeit, insbesondere bei Abschlüssen, kann aber nur durch Noten hergestellt werden.

9. PISA

a PISA ist ein ökonomisch motiviertes Projekt, das der Globalisierung des Bildungswesens Vorschub leistet. Wichtige Zukunftskompetenzen wie Kreativität und Innovatives Denken werden nicht berücksichtigt. Die Sozialdemokratie hat diese Entwicklung zu einem dauerhaften Monitoring mit befördert.

b PISA hat uns den Spiegel vorgehalten und die Finger in die Wunden unseres Bildungssystems gelegt. Die eklatante Bildungsungerechtigkeit in Deutschland stünde ohne PISA kaum im Fokus. Die Konsequenzen aus PISA bedürfen allerdings immer wieder der Überprüfung. Bildungsforschung und Bildungspolitik müssen enger zusammenwirken.

c Die zentralen Herausforderungen der Bildungspolitik sind heute verknüpft mit sozialen, integrationspolitischen und technologischen Zukunftsfragen. Auch die Bildungsforschung sollte sich stärker auf diese Fragen konzentrieren. Das Bildungsmonitoring sollte beschränkt werden und seinen hohen Stellenwert verlieren.

10. SCHULSTRUKTUREN

a Das gegliederte Schulwesen entspricht der natürlichen Verteilung von Begabung. Es ist zugleich so durchlässig, dass es jedem jungen Menschen eine zweite Chance ermöglicht. Die Einheitsschule ist leistungsfeindlich und nivelliert das Bildungsniveau.

b Ein zweigliedriges System aus Gemeinschafts-/Sekundarschulen und Gymnasien kann auf längere Sicht zu einer Angleichung und Verzahnung der Schulformen führen, wenn Ausstattung, Lehrerbildung und Qualität gleich sind. Beide Schulformen müssen inklusiv arbeiten.

c Auf Lernergebnisse und Schulerfolg haben Schulstrukturen nachweislich keinen Einfluss. Es kommt in erster Linie auf Unterrichtsqualität und Lehrerpersönlichkeit an. Die ideologischen Grabenkämpfe um das gegliederte Schulwesen sollten der Vergangenheit angehören.

Auflösung:
Meine Position finden Sie in den Antworten 1a, 2c, 3a, 4a, 5b, 6b, 7c, 8b, 9c, 10b.
Falls Sie damit nicht übereinstimmen, sollten wir diskutieren.

Lukas Graf

DIE GOVERNANCE DUALER STUDIENGÄNGE

Ein Vorschlag

Das rasante Wachstum der dualen Studiengänge in Deutschland bedeutet eine neue Herausforderung für sozialdemokratische Bildungspolitik. Duale Studiengänge verknüpfen zentrale Regeln, Normen und Leitbilder aus den beiden ansonsten meist getrennten Welten der Berufs- und der Hochschulbildung, zum Beispiel bezüglich Curricula, Lehrpersonal oder Finanzierung. Sie sind also hybride Organisationsformen. Dieser hybride Charakter stellt gleichzeitig eine neue Form der institutionellen Durchlässigkeit zwischen Berufs- und Hochschulbildung dar. Während Reformversuche in den beiden etablierten Feldern der Berufs- und Hochschulbildung meist auf den Widerstand einer oder mehrerer Interessengruppen stoßen, bieten duale Studiengänge derzeit ein Experimentierfeld für organisatorische und bildungspolitische Innovationen.

Die langfristigen Implikationen der derzeitigen rasanten Expansion dualer Studiengänge für traditionelle Bildungsgänge sowie den Grad der sozialen Mobilität im deutschen Bildungssystem bleiben abzuwarten. Zwar haben duale Studiengänge die institutionelle Durchlässigkeit zwischen Berufs- und Hochschulbildung erhöht. Mit ihrem hybriden Aufbau belegen sie, dass die Unterschiede zwischen diesen beiden Feldern überwindbar sind. Zudem fördern duale Studiengänge das gegenseitige Kennenlernen der Akteure in der Berufs- und Hochschulbildung. Aber der Beitrag dualer Studiengänge zur Erhöhung der sozialen Durchlässigkeit des Bildungssystems insgesamt ist bisher weniger deutlich ausgeprägt. Die ausbildungs- und praxisintegrierenden dualen Studiengänge – und damit die mit Abstand am häufigsten frequentierten Formate – richten sich üblicherweise an besonders leistungsstarke Schulabgänger_innen mit Hochschulzugangsberechtigung.

Die Expansion der dualen Studiengänge hat in Zukunft wahrscheinlich signi-

fikante Auswirkungen auf die klassische Berufsbildung, die in Deutschland traditionell stark korporatistisch geprägt ist. In der dualen Lehre sind der Einfluss der Arbeitgeber und der der Arbeitnehmer institutionell fest verankert. In den Aufbau und die Entwicklung dualer Studiengänge sind die Gewerkschaften hingegen kaum mit einbezogen; gewerkschaftliche Organisation spielt im deutschen Hochschulsystem historisch eine deutlich geringere Rolle. Die Arbeitgeberseite hat also in Bezug auf die Governance dualer Studiengänge strukturell stärkeren Einfluss.

Im Rahmen der für die Akkreditierung von Bachelorabschlüssen allgemein vorgegebenen Kriterien wird die spezifische Ausprägung eines dualen Studiengangs hauptsächlich vom jeweiligen Aushandlungsprozess zwischen der tertiären Bildungseinrichtung und den assoziierten Betrieben bestimmt. Dies spiegelt sich unter anderem in einer viel geringeren Standardisierung der Lernprozesse in den dualen Studienprogrammen im Vergleich zur klassischen Lehre wider. So variiert beispielsweise die Organisation des Lernens im Betrieb wie auch die Bezahlung der Studierenden von Fall zu Fall. Lediglich in den ausbildungsintegrierenden dualen Studiengängen bestehen für den zusätzlich in einem anerkannten Ausbildungsberuf angestrebten Abschluss durchgängigere inner- und außerbetriebliche Standards.

Die Auswirkungen der geringeren Standardisierung dualer Studiengänge sind noch nicht umfassend erforscht. Im Hinblick auf den sich rasch wandelnden Arbeitsmarkt ist es wahrscheinlich, dass die mit den dualen Studiengängen einhergehende erhöhte Flexibilität den Übergang der Absolvent_innen in die Berufstätigkeit zu einem gewissen Grad erleichtert. Andererseits kann der starke Einfluss der beteiligten Firmen auf die individuelle Gestaltung dualer Studiengänge die Ganzheitlichkeit der akademischen und beruflichen Ausbildung zugunsten betriebsspezifischer Inhalte gefährden.

Auch auf die Entlohnung sowie das Arbeits- und Lernumfeld der Studierenden wirkt sich die unterschiedliche lokale Praxis mehr oder weniger stark aus. Gleiches gilt für die Einbindung der Studierenden in die Strukturen der betrieblichen Interessensvertretung. Zudem stellen duale Studiengänge die ohnehin schon fragile bildungspolitische Tradition der Zusammenarbeit großer, mittlerer und kleiner Betriebe in der Organisation beruflicher Ausbildung infrage. Gerade für kleinere Firmen ist die Entwicklung und Durchführung eines solchen Programms oft zu aufwendig.

Duale Studiengänge bedeuten also in mehrfacher Hinsicht eine beachtenswerte Entwicklung im deutschen Bildungsmodell: Sie zeigen den zunehmenden Bedarf an stärkerer institutioneller Durchlässigkeit an der Schnittstelle von Berufs- und Hochschulbildung auf – wobei ihr Potenzial zur Erhöhung sozialer Durchlässigkeit derzeit noch nicht ausgeschöpft wird. Gleichzeitig ist die politische Regulierung der dualen Studiengänge hinsichtlich der Herstellung transparenter Bildungsstandards noch weitgehend unterentwickelt.

Das rasante Wachstum der dualen Studiengänge und der große Einfluss der Unternehmen auf deren Ausgestaltung erfordern eine breitere gesellschaftliche Debatte des sozialen Bildungsauftrags dieser neuartigen Ausbildungsform. Sozialdemokratische Bildungspolitik und die Gewerkschaften sollten das aktuell (noch) offene Zeitfenster zur aktiven Gestaltung der dualen Studiengänge nutzen, um so in diesem wachsenden Teilbereich des deutschen Bildungssystems eine bessere Transparenz und größere Chancengleichheit zu erreichen.

Cordula Heckmann

VOM *RÜTLI-BRANDBRIEF* 2006 ZUM *CAMPUS RÜTLI* 2016

Eine Erfolgsgeschichte

Vor zehn Jahren legte der Rütli-Brandbrief lautstark den Fokus auf ein Problem, das bundesweit und international von großer Bedeutung ist – bedingt durch die aktuellen Entwicklungen zunehmend drängender. Die Frage nämlich, wie die Integration von Kindern und Jugendlichen ganz verschiedener sozialer und kultureller Herkunft durch Bildung gelingen kann.

Nach der großen, auch medialen Aufregung haben zunächst die lokale Politik, also der Bezirk Neukölln, die Senatsverwaltungen für Bildung und Stadtentwicklung, Stiftungen und nicht zuletzt die Akteur_innen vor Ort gemeinsam Visionen entwickelt. Dabei ging es um nicht weniger als die Frage: Wie können wir den Bildungserfolg von der Herkunft abkoppeln und so mehr Chancen und Perspektiven für junge Menschen realisieren, die aus vielen Gründen zu den sogenannten Bildungsverlierer_innen zählen. Schnell wurde klar, dass dieses Ziel nur zu erreichen ist, wenn Entscheidungsträger auf den verschiedenen Ebenen und die Akteur_innen vor Ort gemeinsam Verantwortung für das einzelne Kind übernehmen, oder wie es unsere Schirmherrin Christina Rau formuliert hat:

„Wir auf dem Campus Rütli handeln nicht in Zuständigkeiten, sondern in Verantwortung."

Die wesentlichen Momente der Veränderung am Campus Rütli waren:
- Teilnahme am Pilotprojekt Gemeinschaftsschule
- Öffnung in den Sozialraum
- Das Unterstützungsprogramm *Ein Quadratkilometer Bildung*

GEMEINSCHAFTSSCHULE

2007 bewarben sich die Rütli-, die Heinrich-Heine- und die Franz-Schubert-Schule als Schulverbund um die Aufnahme in das Berliner Pilotprogramm Gemeinschaftsschule. Heute umfasst die Gemeinschaftsschule auf dem Campus Rütli die Jahrgänge 1 bis 13 und vergibt alle in Berlin möglichen allgemeinbildenden Schulabschlüsse. Kinder und Jugendliche aller Begabungslagen lernen ganztägig von Jahrgang 1 bis 10 gemeinsam.

Die Schüler_innen fühlen sich heute einer Schule zugehörig, die sie verlässlich und ohne Brüche begleitet, auch dann wenn sie durch schwierige Lebensphasen gehen. Damit dürfen sie stets das Gefühl haben, dass wir an ihre Potenziale glauben und dass Perspektiven für sie bereit stehen.

Der Ganztag bietet vielfältige Möglichkeiten, an den Stärken und Interessen der Schüler_innen anzuknüpfen. So begreifen wir die Familiensprache als einen Schatz, den es zu nutzen gilt. Deshalb sind wir stolz auf unsere zertifizierten muttersprachlichen Türkisch- und Arabisch-Kurse, die den Schüler_innen helfen, ihrer doppelten Halbsprachigkeit zu entkommen. Unsere Musikbetonung, unser großes Angebot im Bereich Duales Lernen und das Soziale Lernen können wir im Rahmen des Ganztags realisieren. Dabei geht es immer auch um ein gelingendes Miteinander in einer Schule, die eine äußerst diverse Schüler_innenschaft umfasst.

SOZIALRAUM

Ein afrikanisches Sprichwort sagt: „Um ein Kind zu erziehen, braucht es ein ganzes Dorf."

Von Anfang an wurde der Campus Rütli von den Verantwortlichen auf allen Ebenen, aber auch von den Akteur_innen vor Ort als ein sozialraum-orientiertes Projekt gesehen, an und von dem die Anwohner_innen beteiligt werden und profitieren können. Auf dem Campus selbst befinden sich zwei Kitas, eine Jugendfreizeiteinrichtung und Soziale Dienste des Jugendamtes. Damit Begegnung untereinander, aber auch mit den Anwohner_innen gelingt, braucht es Räume und Gelegenheiten.

Dazu gehört unsere Quartiershalle. Sie dient nicht nur dem Sport, sie ist zu-

gleich ein kultureller Ort. So finden im Foyer regelmäßig Lesungen und unsere Temporären Galerien statt. Eingeladen sind Kinder und Jugendliche, Pädagog_innen des Campus Rütli und ausdrücklich die Menschen aus der Nachbarschaft. Unsere muttersprachlichen Türkisch- und Arabisch-Kurse haben wir zusammen mit der Volkshochschule Neukölln entwickelt und führen sie bis heute erfolgreich gemeinsam durch.

Das Lernentwicklungsportfolio, das in einfacher Form schon in den Kitas beginnt und die Lernreise der Kinder dokumentiert, wird in der Grundstufe fortgesetzt und in der Sekundarstufe als Logbuch wiedererkennbar weitergeführt. So ist das Portfolio ein Mittel, die durchgängige Bildungsbiografie von Kindern und Jugendlichen sichtbar und als Konzept nachvollziehbar zu machen.

Die Lernwerkstattarbeit ist ein wichtiger gemeinsamer Pfeiler unserer Arbeit. In allen Modulen des Campus – also seinen Bildungseinrichtungen und -initiativen – möchten wir die kindliche Neugier nutzen und setzen deshalb auf forschendes und entdeckendes Lernen. Dafür gibt es Lernwerkstätten in der Schule und in den Kitas. Besonders stolz sind wir auf die Stadtteillernwerkstatt, die offen für Eltern aus der Nachbarschaft ist und in gemeinsamen Fortbildungen einen Lernwerkstattführerschein anbietet.

UNTERSTÜTZUNG

„Wer übers Wasser gehen will, braucht ein Wunder oder etwas Unterstützung."
Brigitte Fuchs, Schweizer Autorin

Neben dem politischen und medialen Rückenwind, den das Bildungsprojekt Campus Rütli mit seiner prominenten Schirmherrin, Frau Christina Rau, genießt, und dem Angebot der Senatsbildungsverwaltung, Gemeinschaftsschule zu werden, ist das Unterstützungssystem *Ein Quadratkilometer Bildung* von zentraler Bedeutung für das Gelingen des Projekts.

Für die Pädagog_innen am Campus Rütli waren die letzten Jahre geprägt durch eine Vielzahl von großen Veränderungen. Die Plattform *Ein Quadratkilometer Bildung* begleitet uns durch sie alle und unterstützt uns auch in schwierigen Zeiten seit 2007 verlässlich. Das Besondere an diesem Modell ist, dass es nicht mit vorgefertigten Projektideen zu uns gekommmen ist, sondern sich

an uns, den Akteur_innen, und unseren Stärken ausgerichtet hat – mit einer institutionalisierten lokalen Pädagogischen Werkstatt und einem Entwicklungsfonds für durchaus experimentelle Praxislösungen wie dem Portfolio und der Lernwerkstatt.

Im letzten Schuljahr haben wir zum zweiten Mal das Abitur vergeben – einer der vielen sichtbaren Beweise, dass die Kinder und Jugendlichen des Campus Rütli Potenziale haben, für die es lohnt, hart zu arbeiten.

SEXUALKUNDE-ATLAS

Burkhard Jungkamp

WENN SIE MICH FRAGEN …

Eine Vision

Wenn Sie mich fragen, wie ich mir ein modernes Bildungssystem vorstelle, dann denke ich an ein Bildungssystem, das alle Kinder und Jugendlichen in ihrer Unterschiedlichkeit und Vielfalt wertschätzt und allen unabhängig von der Herkunft einen bestmöglichen Lern- und Bildungserfolg ermöglicht. Das ist ein Bildungssystem, das nach den Prinzipien von Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit gestaltet ist, ein Bildungssystem, das Bildung als grundlegendes Menschenrecht anerkennt und Ausgrenzung vermeidet. Der Zugang nicht nur zur Schule und Hochschule, sondern auch zur Kita ist beitragsfrei – zumindest für Kinder unter drei Jahren.

Ein wichtiges Anliegen von Bildung ist es, die Menschen zu stärken in einer Welt, wie sie ist, sie vorzubereiten auf eine Welt, wie sie voraussichtlich sein wird, und sie mitarbeiten zu lassen an einer Welt, wie sie einmal werden soll. Wenn Sie mich also fragen, wie ich mir ein modernes Bildungssystem vorstelle, dann denke ich daran, dass Bildung auf den ganzen Menschen zielt. Ihn beim Aufbau nicht nur kognitiver, sondern auch sozial-emotionaler, künstlerisch-kreativer und sportlicher Kompetenzen bestmöglich zu unterstützen, darum geht es. Der pädagogischen Arbeit auf allen Stufen dieses Bildungssystems liegt somit ein umfassendes Bildungsverständnis zugrunde, das sowohl auf die Entfaltung der Gesamtpersönlichkeit als auch auf die Gestaltung unserer Gesellschaft zielt. Schließlich dürfen wir nicht vergessen: Bildung ist mehr ist als das, was PISA misst, und wohl auch mehr als das, was messbar ist.

Wenn Sie mich fragen, wie ich mir ein modernes Bildungssystem vorstelle, dann denke ich an ein Bildungssystem, in dem schon die Kleinen groß rauskommen. Wer gleiche Lebenschancen schaffen, wer Benachteiligung abbauen

will, der muss wissen, dass Sprache und Bildung Schlüssel zu Integration und Teilhabe sind, und der muss früh fördern. Alle Kinder unter drei Jahren, deren Eltern dies wünschen, erhalten einen Platz in einer Kindertagesstätte oder einem Kindergarten. Ein bedarfsdeckendes Platzangebot bei Einhaltung hoher Qualitätsstandards ist Kennzeichen eines solchen Bildungssystems. Die Erzieher_innen sind hervorragend qualifiziert und die Gruppen so klein, dass alle Kinder, die einer gezielten Förderung – beispielsweise ihrer sprachlichen Entwicklung – bedürfen, diese erhalten.

Wenn Sie mich fragen, wie ich mir ein modernes Bildungssystem vorstelle, dann denke ich an ein Schulsystem, in dem alle Schüler_innen möglichst lange gemeinsam lernen – unabhängig von ihrer sozialen oder ethnischen Herkunft, unabhängig davon, ob sie beeinträchtigt sind oder nicht. „Gemeinsam lernen – miteinander und voneinander", das könnte das Motto eines solchen Schulsystems sein.

Allen stehen die Türen zu hochwertigen Abschlüssen lange offen. Es gibt maximal zwei Sekundarschulformen, wobei die eine das Abitur nach zwölf, die andere das Abitur nach dreizehn Jahren ermöglicht. Schulen, an denen junge Menschen keinen anerkannten Abschluss erwerben können, sind Bildungssackgassen. Für sie ist in einem solchen System ebenso wenig Platz wie für Maßnahmen der Ausgrenzung, der Etikettierung und Stigmatisierung. Auch darum ist der Rückbau des Förderschulwesens und die sukzessive Entwicklung einer inklusiven allgemeinen Schule so dringlich: Um die Selektivität unseres Schulwesens zu verringern, um mehr Bildungsgerechtigkeit zu schaffen, und weil gemeinsames Lernen Akzeptanz und Empathie fördert, ohne die eine solidarische Gesellschaft ja gar nicht entstehen kann.

Wenn Sie mich fragen, wie ich mir ein modernes Bildungssystem vorstelle, dann denke ich an eine Schule, in der unsere Kinder und Jugendlichen im Mittelpunkt stehen. Sie alle werden nach ihren individuellen Fähigkeiten gefördert. Sie alle erhalten von ihren Lehrer_innen kontinuierlich eine Rückmeldung zu ihrem Lernstand. Sie werden durch zusätzliche Lernangebote dort herausgefordert, wo ihre Stärken liegen, und ihnen wird dort geholfen, wo es Schwierigkeiten gibt. Ihrerseits geben sie den Lehrer_innen in regelmäßigen Abständen ein Feedback.

Diese Schule ist ein Ort, an dem Leistungsbereitschaft und Leistungsfähig-

keit, Selbstständigkeit und Kreativität gedeihen. Sie ist nicht nur Lehranstalt, sondern auch Lernwerkstatt. Sie fördert nicht nur fachgebundenes, sondern auch fachübergreifendes, kooperatives und entdeckendes Lernen. Sie orientiert sich ebenso an anspruchsvollen Standards wie an den Themen und Interessen der Schüler_innen. Und diese lernen nicht allein für Klassenarbeiten und Prüfungen. Vor allem lernen sie zu lernen und zu denken, sich gegenseitig zu helfen und zu unterstützen.

Ich denke an eine Schule, die dauerhaft Verantwortung für alle Schüler_innen übernimmt, von der niemand gegen seinen Willen vorzeitig verwiesen wird, an eine Schule, die mit der Lebenszeit unserer Kinder und Jugendlichen sorgsam umgeht, in der Versetzungen die Regel und Nichtversetzungen allenfalls ganz seltene Ausnahmen sind.

Die Schüler_innen erfahren, dass jede Beurteilung einer Leistung – sei sie noch so gut, sei sie noch so schlecht – niemals ein Urteil über eine Person ist, dass jeder wertvoll ist durch das, was er ist, und nicht durch das, was er kann. Und sie lernen, dass die Grundwerte unserer Demokratie – Freiheit und Gleichheit, Solidarität und Gerechtigkeit – niemals zur Disposition stehen dürfen. Die moderne Schule versteht sich als Lernort für humanes, aufgeklärtes Denken, als Erfahrungsraum gelebter Demokratie. Sie gewährt ihren Schüler_innen Möglichkeiten echter Partizipation – sei es bei der direkten Wahl der Schülervertretung, sei es bei Fragen der Schulorganisation oder der Unterrichtsgestaltung.

Ich denke an eine Schule, die Theorie und Praxis verbindet, die Berufsorientierung großschreibt, in der schulisches Lernen und berufspraktische Erfahrungen miteinander verzahnt werden – und das in einem System, in dem Bildung und Ausbildung zusammen gedacht werden, in dem Schule und Wirtschaft eng miteinander kooperieren. Keine Schülerin, kein Schüler wird als ausbildungsunfähig angesehen, im Gegenteil, jedem jungen Menschen wird ein grundsätzlicher Anspruch auf einen Ausbildungsplatz eingeräumt.

Ich stelle mir die moderne Schule als ein Haus des Lernens und Lebens vor, das es den Müttern und den Vätern erleichtert, Kinder zu haben, zu erziehen, ihnen bestmögliche Bildungschancen zu geben und zugleich erfolgreich am Berufsleben teilzuhaben. Darum ist die moderne Schule eine – im besten Fall: gebundene – Ganztagsschule. Sie ist mehr als eine um Nachmittagsbe-

treuung verlängerte Halbtagsschule. Sie nutzt die Chancen einer anderen Rhythmisierung und Organisation des Schulalltags, um den Bedürfnissen junger Menschen noch besser gerecht zu werden, um durch kompensatorische Förderung Benachteiligungen abzubauen und individuelle Begabungen gezielt zu fördern.

Wenn Sie mich fragen, wie ich mir ein modernes Bildungssystem vorstelle, dann denke ich an eine Schule, in der Kooperation groß geschrieben wird, in der Pädagog_innen und Sonderpädagog_innen, Schulsozialarbeiter_innen und Schulpsycholog_innen als multiprofessionelle Teams gemeinsam Verantwortung tragen für jeden Schüler, jede Schülerin. Mit den Eltern und Erziehungsberechtigten arbeiten sie eng zusammen – auf der Grundlage gegenseitiger Wertschätzung für die Person, die Interessen und die Anliegen des jeweils anderen.

Wenn Sie mich fragen, wie ich mir ein modernes Bildungssystem vorstelle, dann frage ich Sie: Wäre es nicht ein Ziel, Schulen noch stärker darüber entscheiden zu lassen, wie sie ihre pädagogische Arbeit gestalten, wofür sie Geld ausgeben und wer bei ihnen mitarbeitet? Sollte der Staat nicht prüfen, ob er schulrechtliche Vorgaben verringern kann, damit Schulen, die neue Wege gehen wollen, nicht durch wohlmeinende Vorschriften daran gehindert werden? Sollten wir unseren Schulen nicht größere Gestaltungsspielräume geben in der Überzeugung, dass sie die erweiterten Freiräume für eine bega bungsförderliche Schulentwicklung nutzen werden, von der alle Schüler_innen profitieren, von den leistungsschwächeren bis zu den besonders begabten? Wie wäre es mit mehr Selbstständigkeit für unsere Schulen, die ihrerseits regelmäßig die Ergebnisse ihrer Arbeit evaluieren, um noch besser zu werden?

Wenn Sie mich das nächste Mal fragen, wie ich mir ein modernes Bildungssystem vorstelle, werde ich die beruflichen Schulen, die Hochschulen und die Weiterbildung in meine Überlegungen einbeziehen. Denn wir müssen uns auch fragen: Wie können wir es erreichen, dass junge Menschen mit Migrationshintergrund die gleichen Chancen beim Übergang in die Berufsausbildung haben wie junge Menschen ohne Migrationshintergrund? Was sollten wir tun, damit mehr als nur 13 Prozent der Studienberechtigten, deren Eltern einen Hauptschulabschluss haben, ein Studium aufnehmen, wohl aber 80 Prozent der Akademikerkinder? Und: Wie können wir jene Menschen, für deren

Zukunft Weiterbildung so wichtig wäre, überzeugen, entsprechende Angebote zu nutzen?

Wenn Sie mich schließlich fragen, welche Rahmenbedingungen notwendig sind, um ein modernes Bildungssystem zu realisieren, weiß ich Wunsch und Wirklichkeit sehr wohl zu unterscheiden. Ich weiß: Ressourcen, seien es finanzielle oder personelle, sind endlich, sind stets begrenzt. Beitragsfreie Kitas, Sprachförderung für Kinder, die mit ihren Eltern ihre Heimat verlassen mussten, eine angemessene Personal- und Finanzausstattung inklusiver Schulen, Schulsozialarbeit, der weitere Ausbau der Ganztagsschule, eine Stellenausstattung von Kitas und Schulen auf der Basis von Sozialindizes, eine bessere Bezahlung der Erzieher_innen, eine Angleichung der Gehälter von Primarstufen- und Sekundarstufenlehrer_innen, eine angemessene Ausstattung der Schulen, um digitales Lernen verstärkt voranzutreiben – gleichzeitig lässt sich das alles nicht realisieren, Prioritäten zu setzen ist unumgänglich.

Und dennoch: Wenn ich an ein modernes Bildungssystem denke, dann denke ich an ein Bildungssystem, in dem unnötige Finanzierungshindernisse aus dem Weg geräumt sind, in dem Bund und Länder im Schulbereich wieder stärker kooperieren können. Eine Lockerung des grundgesetzlich verankerten Kooperationsverbots, und zwar ohne Eingriff in die Zuständigkeiten der Länder, das ist angesichts der anstehenden Herausforderungen ein Gebot der Stunde. Und die Sicherung der Qualität des Schulsystems im internationalen Vergleich kann nicht die einzige Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern bleiben: Integration als neue Gemeinschaftsaufgabe ist das Mindeste, was mit einer Neuregelung des Grundgesetzes verbunden sein muss.

Vergessen wir nicht: Visionen sind wichtig, weil sie Orientierung geben und weil sie helfen, zentrale Zielsetzungen im Blick zu behalten.

Und vergessen wir auch das nicht: Innovation ist eine Daueraufgabe. Innovation fängt im Kopf an, bei unserer Bereitschaft zur Veränderung schlechthin, bei unserem Mut, eingefahrene Denkmuster zu verlassen und bei unserem Zutrauen in das eigene Können. Innovation setzt ein Klima der Zuversicht voraus. Vieles ist ja längst auf einem guten Weg. Nicht schlecht reden, sondern besser machen. Darum geht es.

Oliver Kaczmarek

NEUE CHANCEN SCHAFFEN – IM LEBEN DER MENSCHEN ANKOMMEN

Eine sozialdemokratische Bildungspolitik für das 21. Jahrhundert

Sozialdemokratische Bildungspolitik hat mein Leben verändert. Weitsichtige Kommunalpolitiker_innen meiner Heimatstadt gründeten eine Gesamtschule. Kluge Landespolitiker_innen und vor allem Johannes Rau bauten das Netz der Hochschulen im Ruhrgebiet für uns aus. Und die Einführung des BAföG durch den sozialliberalen Aufbruch im Bund unterstützte uns beim Studium. So haben Sozialdemokrat_innen Leitern aufgestellt, die uns Arbeiterkindern aus dem Ruhrgebiet die Chance auf einen sozialen Aufstieg durch Bildung ermöglichten. Tatsächlich war es ein Versprechen der Sozialdemokratie, dass Menschen, die sich anstrengen, eine faire Chance und Unterstützung auf sozialen Aufstieg durch Bildung bekommen. Und viele haben die Chance ergriffen.

Um die Erneuerung dieses sozialdemokratischen Versprechens geht es auch heute wieder. In einer Zeit, in der Chancen immer noch ungleich verteilt sind: Von 100 Kindern aus Akademikerfamilien erwerben 77 eine Hochschulzugangsberechtigung, während es von 100 Kindern aus Nicht-Akademikerfamilien gerade einmal 23 sind. Während es der sozialdemokratischen Bildungspolitik also gelungen ist, seit den 1970er Jahren in der Bundesrepublik insbesondere die Kinder aus dem aufstiegsorientierten Facharbeitermilieu zu erreichen, so müssen wir uns heute eingestehen: Es gibt neue Formen sozialer Benachteiligung, die oft mit Geschlecht und Migrationsstatus einhergehen. Bislang haben wir auf diese noch keine ausreichenden Antworten gefunden. Uns geht es nicht darum, alle gleich zu machen. Wir wollen für alle die gleichen Chancen auf Entfaltung ihrer Talente und eine Qualifizierung, die ihren individuellen Begabungen und Fähigkeiten und ihren eigenen Vorstellungen am besten gerecht wird.

Die sozialdemokratische Bildungspolitik für das 21. Jahrhundert orientiert sich also nach wie vor am Prinzip der Chancengleichheit – gleiche Chancen für alle. Und zwar ein Leben lang. Denn Bildungsbiografien verlaufen nicht mehr linear und schon gar nicht mehr risikofrei. Die Bildungswege haben sich stetig ausdifferenziert. Immer wieder stellen sich neue Herausforderungen: der richtige Einstieg, der Übergang von der einen in die nächste Bildungsinstitution, die Wiederaufnahme von Arbeit und Qualifizierung nach einer Pause, nach Arbeitslosigkeit oder nach Erziehungszeiten, lebensbegleitendes Lernen, die Notwendigkeit von Umqualifizierung, Höherqualifizierung oder Spezialisierung uvm.

Bildungsbiografien sind gekennzeichnet von Veränderungen, von Übergängen und der Möglichkeit des Scheiterns. Deshalb muss eine sozialdemokratische Bildungspolitik genau an diesen Übergängen in den Bildungsbiografien ansetzen. Wir wollen Menschen helfen, in unterschiedlichen Lebensphasen die richtige Entscheidung für ihren weiteren Weg zu finden und sie unterstützen, damit aus Übergängen in einer Bildungsbiografie keine Brüche werden. Wir wollen, dass kein Weg zur Sackgasse wird. Dazu brauchen wir eine Politik, die sich am Ziel orientiert, immer wieder neue Chancen zu schaffen. Eine Politik, die Sicherheit bietet, um jedem Einzelnen eine selbstbestimmte Entfaltung der eigenen Potenziale zu ermöglichen.

Aufstieg durch Bildung heißt deshalb auch, neue Einstiegschancen schaffen. In der frühkindlichen Bildung hat sich ein hoch dynamischer und innovationsfreudiger Zweig des Bildungssystems entwickelt. Der Ausbau des Platzangebots ist überall mit einer Professionalisierung und Weiterentwicklung des Bildungsangebots einhergegangen. In der frühkindlichen Bildung können herkunftsbedingte Unterschiede frühzeitig und mit nachhaltiger Wirkung angegangen werden. Wir brauchen im nächsten Jahrzehnt ein großes Aufbauprogramm für flexible Betreuungszeiten einerseits, bundesweit vergleichbare Standards und pädagogische Qualität andererseits. Das bedeutet, dass auf die frühkindliche Bildung, auf den guten Einstieg in die Bildungsbiografie, ein politischer und finanzieller Schwerpunkt gelegt werden muss, in dem Bund und Länder eng kooperieren.

Aufstieg durch Bildung heißt aber auch, verschiedene Wege in der Bildung zuzulassen, sie wertzuschätzen und sinnvoll miteinander zu verbinden. Insbesondere gilt das für die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer

Bildung. Das duale System der Berufsausbildung wird zu Recht gelobt als innovationsfreudig und international herausragend. Aber auch dieses System muss sich weiterentwickeln und bewähren. Da geht es zunächst um bessere Einstiegschancen in die Berufslaufbahn für die jungen Menschen, die z. B. mit einem Hauptschulabschluss zwar eine Ausbildung machen wollen, aber zunehmend ausgeschlossen werden, weil sie vom dualen System nicht aufgenommen werden.

Auf der anderen Seite wird es eine große Herausforderung, die Systeme der beruflichen und akademischen Bildung sinnvoll miteinander zu verbinden. Und zwar in zweierlei Hinsicht: für diejenigen, die zum Einstieg in ihr Berufsleben aus guten Gründen eine Kombination aus beruflicher und akademischer Ausbildung wünschen, und für diejenigen, die sich ein Leben lang in ihrem Tätigkeitsfeld sowohl beruflich wie akademisch spezialisieren wollen. Etwa 50.000 Menschen studieren derzeit an unseren Hochschulen, zumeist an den Fachhochschulen, ohne Hochschulzugangsberechtigung mit beruflicher Erfahrung. Diese Zahl muss höher werden.

Und Aufstieg durch Bildung heißt weiter, lebensbegleitendes Lernen und berufliche Umstiege zu ermöglichen und zu unterstützen. Wir brauchen ein sinnvolles System zur Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung in Deutschland. Dazu brauchen die Menschen, die Phasen der Weiterbildung in ihrer Bildungsbiografie einlegen wollen oder müssen, eine Absicherung, damit sie Zeit und Geld für Weiterbildung haben. Auch ist es notwendig, nicht nur über die Möglichkeiten der Weiterbildungsangebote Transparenz zu schaffen, sondern die Menschen dabei zu beraten, das für sie passende Angebot auszuwählen. Somit ist es Aufgabe einer neuen Arbeitsversicherung, die Arbeitslosigkeit vermeiden helfen soll, Weiterbildung sinnvoll zu organisieren und abzusichern.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat diese drei Schnittstellen in der Bildungsbiografie als Schlüsselstellen identifiziert. Wichtig ist, die Bedingungen von Aus- und Weiterbildung, die Arbeitsbedingungen und die beruflichen Perspektiven für das pädagogische Personal in den Blick zu nehmen. Es braucht Frauen und Männer in Kitas, Schulen, Betrieben, Hochschulen und in der Weiterbildung, die jungen Menschen Freude am Lernen geben und ihnen neue Perspektiven für ihr Leben ermöglichen. Und dabei denken wir nicht nur an Lehrer_innen, sondern auch an die Erzieher_innen, die Schulsozialarbeiter_innen und die Sprachlehrer_innen, die heute noch nicht die ungeteilte Aufmerksamkeit in

der Diskussion ihres Berufsfeldes erhalten. Es stimmt tatsächlich, dass wir es uns nicht leisten können, dass die, die Maschinen bewegen, so viel mehr Aufmerksamkeit und nicht selten auch Geld bekommen als diejenigen, die Menschen bewegen.

Wir wollen neue Chancen schaffen, um das alte sozialdemokratische Versprechen vom Aufstieg durch Bildung neu zu beleben und erfahrbar zu machen. Deshalb bemisst sich sozialdemokratische Bildungspolitik nicht allein an der Zahl der Milliarden, die in das System investiert werden. Vielmehr muss sich sozialdemokratische Bildungspolitik im Alltag der Menschen bewähren und ihre Chancen verbessern, damit auch zukünftig das Leben von Menschen dank dieser Politik besser wird.

Gedanken ohne Inhalt sind leer, Anschauungen ohne Begriffe sind blind. Immanuel Kant

Die Schule der Nation ist die Schule. Willy Brandt

Man muss viel gelernt haben, um über das, was man nicht weiß, fragen zu können. Jean-Jacques Rousseau

Ohne Gleichheit der Bildungschancen ist die soziale Rolle des Staatsbürgers nicht durchgesetzt. Ralf Dahrendorf

Wir Sozialdemokraten verkörpern die Perspektive, dass diese Bürger kein unabänderliches Schicksal haben. Viele von uns kommen aus kleinen sozialen Verhältnissen und haben sich durchgeboxt. Olaf Scholz

So ein bisschen Bildung ziert den ganzen Menschen. Heinrich Heine

Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten. Willy Brandt

Genies fallen nicht vom Himmel. Sie müssen Gelegenheit zur Ausbildung und Entwicklung haben.
August Bebel

Eine starke Strömung ist der Ansicht, allzuviel Bildung schadet nur. Die Leute könnten ja wirklich kritisch werden. Hildegard Hamm-Brücher

Bildung soll allen zugänglich sein. Man darf keine Standesunterschiede machen. Konfuzius

Die Bildung muss auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und auf die Stärkung der Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten gerichtet sein. Sie muss zu Verständnis, Toleranz und Freundschaft zwischen allen Nationen und allen rassischen oder religiösen Gruppen beitragen und der Tätigkeit der Vereinten Nationen für die Wahrung des Friedens förderlich sein.
Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen

Bernd Käpplinger

DIE SPRACHLOSIGKEIT ÜBER ERWACHSENENBILDUNG BEENDEN

Eine Aufforderung

Vor ein paar Jahren las ich eine eigentlich schöne Broschüre über Bildungsbiografien in dem Berliner „Problemkiez", in dem ich lebe. Eine engagierte Person von einem Freien Träger hatte verschiedene Migrant_innen zu ihren (zumeist schlechten) Bildungserfahrungen interviewt und dies in einer Broschüre und Ausstellung sehr schön aufbereitet. Ich kam mit der Person ins Gespräch und am Ende wurde ich zu einem Podiumsgespräch bei der Ausstellungseröffnung eingeladen.

Ich lobte viel, aber kritisierte auch – u.a. bei den anderen Podiumsbeiträgen –, dass Bildung hier implizit bei ca. 30 Jahren ende und diese Biografien vor allem mit Blick auf die Frage diskutiert werden, was man für die Bildung heutiger Kinder und Jugendlicher mit Migrationshintergrund lernen könne. Die Perspektive, dass man vielleicht auch diesen befragten erwachsenen, älteren Menschen zwischen Anfang 20 und dem sechsten Lebensjahrzehnt Bildungsangebote macht, die über Zielgruppenmaßnahmen für Geringqualifizierte oder Integrationskurse hinausgehen könnten, fehlte weitestgehend. Eine Teilnehmerin auf dem Podium sprach mich danach ganz verwundert an. So habe sie das noch nie gesehen. Und es würden ja dann auch die Kinder profitieren, wenn die Eltern bildungsnäher würden.

Warum erzähle ich das? Mir fällt im letzten Jahrzehnt eine relative Sprachlosigkeit der Sozialdemokratie hinsichtlich der Bildung Erwachsener auf. Frühförderung wird protegiert. Wie mal ein Sozialdemokrat mir in einem der unzähligen Gremien der Beiräterepublik Deutschland sagte: „Ich stecke lieber einen symbolischen Euro in die Frühförderung als in die Weiterbildung." Bildungsökonomische Befunde banalisierend rezipiert für Prioritätensetzungen

– und muss das eine tun denn bedeuten, das andere zu lassen? Politische Programme reduzieren Erwachsenenbildung auf Qualifizierung.

Akademische Weiterbildung ist ein schickes Modethema. Es wird gerne mal damit kokettiert, dass man doch als Akademiker_in selbst gar keine formalen Weiterbildungen besuche. Wie privilegiert man als Akademiker_in ist, Konferenzen zu neuen Themen zu besuchen und oft während der Arbeitszeit unkontrolliert lernen zu dürfen, wird dabei vergessen. Hochschullehrer_innen meinen, ihr Prestige und ihre vermeintliche Exzellenz daraus ziehen zu müssen, dass man an der Hochschule nicht auf „Volkshochschulniveau" unterrichte. Der Bildungsdünkel, Bildung als Selektions- und Distinktionsmerkmal, nimmt aktuell eher zu als ab.

Auch in dem Aufruf zu dieser sehr schönen Idee eines Lesebuchs habe ich eine explizite Erwähnung der Erwachsenen- und Weiterbildung vermisst. Lebenslanges Lernen ist ein viel breiteres Konzept und sollte eigentlich den Fokus dahingehend schärfen, wie man die Durchlässigkeit unseres immer noch versäulten Bildungssystems insgesamt erhöhen kann. Der Aufstieg von AfD und Pegida zeigt auch auf, wie wenig manche Bürgerinnen und Bürger – trotz ökonomischer Integration - politisch integriert sind. Aber was wird denn für die politische Erwachsenenbildung getan? Jaich (2015, S. 6) hat berechnet, dass die Bundesländer für allgemeine Erwachsenenbildung im Mittel nur armselige 4,65 Euro pro Jahr pro Erwachsenen ausgeben. Erwachsenenlernen wird allzu oft auf Qualifizierung reduziert. Administrative und controllinginspirierte Steuerungsillusionen blühen in den Administrationen – auch in sozialdemokratisch geführten. Die Welt wandelt sich immer schneller und wir reagieren mit einem Mehr an detaillierter Planung, um in einer Welt mit endlichen Ressourcen unsere Wirtschaftsziele zu erreichen.

Was würde ich also anregen als Impuls? Ich würde mir wünschen, dass die Sozialdemokratie ihre Stimme zu einer Erwachsenenbildungspolitik wieder lauter hören lässt und Erwachsenenbildungsangebote in der Breite und nicht nur für kurzatmig administrativ definierte „Problemgruppen" oder vermeintlich „Bildungsferne" anregt. In ihrer Geschichte hat die Sozialdemokratie die flächendeckende Gründung von Volkshochschulen und ihre Verankerung in der Verfassung 1919 verantwortet. In den 1970er und 1980er Jahren wurden allgemeine Erwachsenenbildungsgesetze und Bildungsurlaube auf Länderebene gegen oft vehementen konservativen Widerstand durchgesetzt.

Aktuell gibt es durchaus positive Beispiele wie die Einführung der Bildungszeit in Baden-Württemberg, wo die Sozialdemokratie offene Lernzeit für die Individuen eröffnet. Insgesamt stagnieren jedoch die finanziellen Mittel für Erwachsenen- und Weiterbildung. Die Bildungsforscher Walter und Münk (Noack u.a. 2015, S. 3) schätzen, dass zwischen 1995 und 2012 für die öffentlichen Weiterbildungsausgaben ein Minus von 41% zu verzeichnen ist. In allen anderen Bereichen wurden dahingegen die Ausgaben deutlich gesteigert (berufliche Ausbildung + 74%, Hochschule + 66%, Frühkindliche Bildung + 60%, Schulbildung + 36%)

Ich würde mir wünschen, dass Bildungspolitik Weiterbildung selbstverständlich mit einschließt. Dass Angebote der kulturellen Bildung, der politischen Bildung – gerade der politischen Erwachsenenbildung –, der Umweltbildung, der Genderbildung in den nächsten Jahren einen ungeahnten Boom erfahren werden. Wir stehen vor so vielen gesellschaftlichen und sozialen Problemen, die nicht allein ökonomisch zu lösen sind. Wir wollen nicht nur Menschen integrieren, sondern ein Klima schaffen, in dem gemeinsam gelernt und diskutiert wird. Was hält die Gesellschaft zusammen? Wie wollen wir leben?

Eine nachhaltige Weiterbildungsoffensive in diesem Sinne würde ich mir wünschen. Die Merkel-CDU hat mit den Townhall-Gesprächen nach amerikanischem Vorbild ein Forum etabliert, das in vielen Teilen wohl eher eine geschickte Marketingveranstaltung ist. Kann die Sozialdemokratie vielleicht eine ehrlicher gemeinte Initiative starten, mit der die oben genannten Weiterbildungsinhalte breit in der Bevölkerung diskutiert werden können? Einen allgemeinen, längerfristigen Fonds für Studienzirkel an Volkshochschulen nach schwedischem Vorbild zum Beispiel, der sich an jede Bürgerin und jeden Bürger jenseits des Erwerbsstatus richtet? Kann die heutige Sozialdemokratie mehr als Qualifizierung?

Vielleicht kann man eine Praxis der sozialdemokratischen Erwachsenenbildungsförderung schaffen, welche diese Kritik endlich entkräftet:

> „Die normative Forderung des lebenslangen Lernens scheint nun nicht von der bildungspolitischen Absicht begleitet, das hoch flexible, moderne, allseitig einsetzbare Weiterbildungssystem aufzuwerten, allenfalls seine weitere Differenzierung und Optimierung neu zu bündeln und zu bestätigen, aber sie neu unsichtbar zu machen.

Dies lässt sich nur mit einer Metapher verstehen, die selbst Ausdruck von Ungerechtigkeit ist: Weiterbildung/Erwachsenenbildung ist gleichsam die Frau im Bildungssystem, sie ist so postmodern, aber sie begreift sich selbst nicht, sie hat ihre sich selbst stärkende Performance nicht abgeliefert. Sie war in ihrer Vielgliedrigkeit zu wenig selbstreferentiell. Man macht sie unsichtbar und nutzt ihre Leistungen." (Gieseke 2001)

LITERATUR

Jaich, R. (2015): Finanzierung der gesetzlich geregelten Erwachsenenbildung durch die Bundesländer. DIE Aktuell, Bonn.

Gieseke, W. (2001): Professionalität und Lernkulturen. In: Heuer, U. u.a. (Hrsg.): Neue Lehr- und Lernkulturen in der Weiterbildung. Bielefeld, S. 77-88.

Noack, M. & Hesse, B. & Frick, F. & Walter, M. & Münk, D. (2015): Wenn Weiterbildung so wichtig ist… …warum ist dann die öffentliche Förderung um 41 Prozent gesunken? Policy Brief der Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh.

Valerie Lange

„WENN MAN WAS LERNEN WILL, DANN LERNT MAN DAS EINFACH."

Gespräch mit Kindern der Kita Allerstraße, Winsen/Aller

Es ist ein Mittwoch im März, kurz vor Ostern. Ich stehe vor einem großen, einstöckigen Klinkerbau mit auffälligem weil neuem Anbau. Vor der Türe eine Sandkiste. Ringsum ist es grün – gegenüber ist die Friedhofsmauer zu sehen. So sieht sie aus, eine von Deutschlands Bildungseinrichtungen, in der niedersächsischen Fläche.

Ich besuche einige Kinder meiner Mutter – derzeit hat sie 90 –, über die Jahre sicher an die tausend, alle im Alter zwischen einem und sechs Jahren. Von Fynn, Jonas, Jolina, Mia-Sophie, Anna, Lilly, Till, Ben, Lucy, Mathilda, Martin, Oskar, Anton, Maximilian, Lissy, Hanna, Jule, Mariam und Peter will ich heute erfahren, was eigentlich die Adressaten aller Bildungspolitik so vom Lernen halten, von Gemeinschaft und Gerechtigkeit, und was sie später mal anstellen wollen, mit dem, was sie da lernen.

Das ist dann auch meine erste Frage.

Jonas: „Ich will ein Feuerwehrmann werden."
Anna: „Ärztin."
Fynn: „Ich werde ein Polizeiauto."
Jonas: „Fynn hat schon ein Polizeiauto."
Jolina: „Ich will Friseurin werden."
Mia-Sophie: „Ich will ein Luchs werden."
Jonas: „Ich weiß, was die Feuerwehr macht: retten, löschen, bergen, schützen."

Peter hingegen will ein Clown sein, Oskar und Maximilian Fußballer, Till und Ben Polizisten, Anton ein Ninja oder ein Ritter. Martin will eine Katze wer-

den, denn „die Katze ist lieb und die Katze kann futtern".

Mariam, Jule, Hanna und Lucy Elsa-Prinzessin – das ist, wie mir Google sagen kann, die Prinzessin aus dem Disney-Hit *Frozen,* und ich fürchte schon um das Frauenbild zukünftiger Generationen, da kommen Lilly und Matilda: „Malkünstlerin" und „Reitlehrerin". Und Lissy? „Ich möchte Walzen verkaufen", sagt die Fünfjährige.

Wissen die Kinder denn schon, was sie machen müssen, um ihren Berufswunsch zu erfüllen?

Till: „Man muss dafür Geld verdienen."
Matilda: „Um Reitlehrerin zu werden, muss man alles können, was man dazu muss. Reiten können, das Pferd putzen können und dazu muss man auch alles richtig machen, wenn man in der Mitte steht und den Kindern beim Reiten zuguckt, ob alles gut ist, dazu muss man auch die Regeln können."
Ben: „Man muss erst alles lernen, was man bei der Polizei machen muss: Böse einfangen."
Jonas: „Als Feuerwehrmann muss man sich anziehen und dann schnell in die Fahrzeuge. Ich hab' das von Papa gelernt."

„Aha", denke ich, „gutes Stichwort – lernen." Was ist denn lernen, was kann man denn so lernen – und was wollt ihr lernen?

Mariam: „Lesen und Schreiben."
Oskar: „Zählen."
Maximilian: „Mathe."
Lucy: „Ich will Mathe lernen."
Ben: „Das ist Matten Matten Meeren, die Äpfel und die Beeren. Lasst uns nicht so lange steh'n, wir wollen noch nach Bremen geh'n – Bremen ist ‚ne große Stadt, da geben alle Leute was."
Jule: „Zuhause kann man ja auch lernen. Da lerne ich Aufgaben von meiner Mutter. Nummern schreiben."
Mia-Sophie: „Musik."
Lilly: „Tanzen."
Ben: „Ich möchte Schatzsuche lernen."
Jolina: „Ich möchte einen Purzelbaum lernen."

Anna: „Wenn man was lernen möchte, dann lernt man das einfach. Ich möchte einen Handstand und einen Kopfstand lernen."
Till: „Deutsch lernen."
Ben: „Meine Oma kann schon Deutsch."

„Toll", denke ich. „Migrationshintergrund, klasse Stichprobe." „Nee", sagt Mama später, „wüsste ich nicht." So sieht's aus, in der niedersächsischen Fläche.

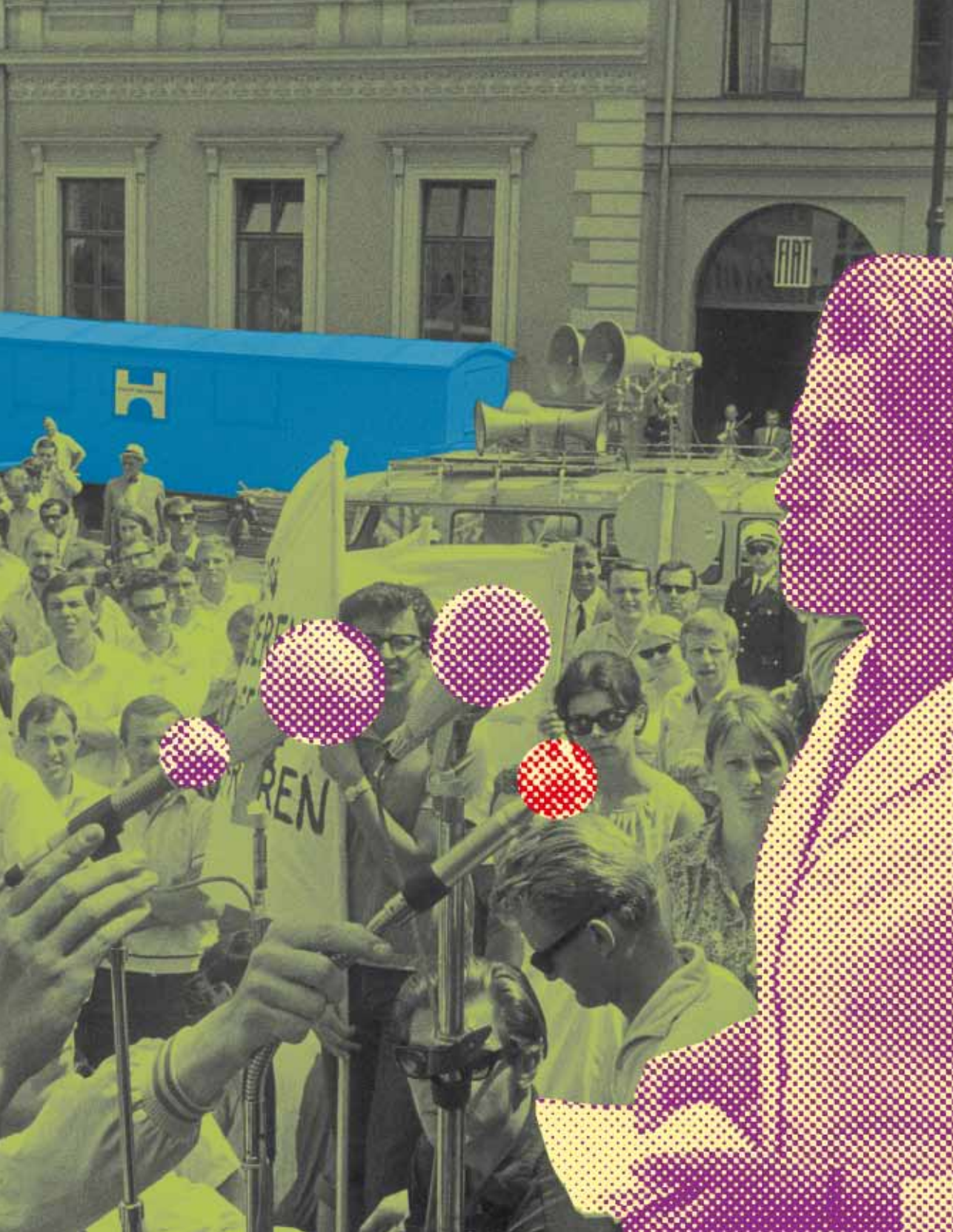
Es geht mir nun aber nicht nur um Bildung und Lernen im Allgemeinen, sondern um eine sozialdemokratische Erzählung. Was stellen sich die Kinder unter sozialdemokratischen Werten wie Gemeinschaft oder Gerechtigkeit vor? Was bedeutet gemeinsam?

Oskar: „Gemeinsam bauen."
Anton: „Zusammen Fußball spielen."
Maximilian: „Zusammen in der Sandkiste graben."
Lissy: „Zusammen Musik machen."
Mariam: „Zusammen ins Planschbecken gehen."
Jule: „Zusammen Pferdeleine spielen."
Mathilda: „Wenn man Freunde hat, dann bleibt man immer zusammen."
Lilly: „Wenn man was zusammen macht."
Till: „Wenn einer stirbt, und ganz viele Leute da sind, das ist die Gemeinschaft."
Ben: „Gemeinsam ist, dass ein Mensch tot ist."

Und was ist gerecht?

Mariam: „Treten."
Till: „Kämpfen ist gerecht, gegen die Bösen!"
Ben: „Schießen."
Till: „Und mit Schwertern kämpfen."
Lilly: „Wenn man sich streitet, dass man sich dann auch wieder entschuldigt."
Ben: „Streiten ist gerecht."

Und dann erhalte ich noch diese Antwort. „Gerecht ist", weiß Mathilda, „wenn alle alles richtig machen."


FIAT
REN

Rainald Manthe

BETEILIGUNG SCHAFFT INNOVATIVITÄT

Ein Anliegen

Deutschland verändert sich. Waren bis vor kurzem noch demografischer Wandel und wirtschaftliche Globalisierung Großthemen, steht heute der Zustrom von Menschen aus aller Welt nach Europa im Zentrum vieler Debatten. Das stellt die Gesellschaft vor Herausforderungen. Da alle Bürger_innen im Verlauf ihres Lebens mit dem Bildungssystem in Kontakt kommen, ist Bildungspolitik immer auch Demokratiepolitik.

Eine stärkere Beteiligung Bildungsbetroffener an der Gestaltung des Bildungssystems macht dieses nicht nur demokratischer, sondern auch innovativer. Diese Innovativität braucht es, um gesellschaftlichen Herausforderungen zu begegnen.

Beteiligung ist ein sozialdemokratisches Thema. Die Geschichte der Sozialdemokratie ist eine der Einbeziehung immer weiterer Gruppen in die Demokratie: Sozialdemokrat_innen haben sich früh für das Frauenwahlrecht eingesetzt. Die Inklusion von Arbeiter_innen stand seit jeher im Mittelpunkt ihrer Politik und bereits in den 1960er und 1970er Jahren machte sich die Sozialdemokratie für eine stärkere Bildungsbeteiligung von Arbeiter_innen stark.

DIE DEFIZITE DES DEUTSCHEN BILDUNGSSYSTEMS

Das deutsche Bildungssystem hat viele Mängel. Es leidet an einem Leistungsdefizit, d.h. es schafft es nicht in ausreichendem Maße, grundlegende Kompetenzen zu vermitteln. Das Bildungssystem ist aber auch massiv ungerecht: Herkunft und einmal getroffene Bildungsentscheidungen bestimmen den Lebensverlauf von Menschen maßgeblich. Das Bildungssystem ist kaum durchlässig, vom meritokratischen Ideal weit entfernt. Daneben ist es wenig innovativ.

Trotz lange bekannter Defizite und der Tatsache, dass Bildung Deutschlands wichtigster Rohstoff ist, hat es sich vergleichbar wenig gewandelt.

Während diese drei Defizite von den meisten Bildungsinteressierten gesehen werden, wird ein Beteiligungsdefizit nur von einigen Akteur_innen ausgemacht. Obschon vor allem junge Menschen in den Genuss institutioneller Bildung gelangen, werden sie kaum bis gar nicht gefragt, wie sie sich ihre Bildung vorstellen. Bildungspolitik wird von anderen gemacht. Dabei sind es gerade sie, deren Leben oft maßgeblich von Institutionen der Bildung bestimmt werden.

In mehreren Projekten, etwa einem Film mit jungen Stimmen zu Ganztagsschulen, dem Jungen Bildungskongress oder der Kooperationsveranstaltung „Ausbildung und Mitbestimmung" mit der Friedrich-Ebert-Stiftung hat *Was bildet ihr uns ein? e.V.* gezeigt, dass junge Menschen sehr wohl reflektieren, wie Bildung sie beeinflusst. Mehr noch: Sie haben oft sehr konkrete Vorstellungen davon, was gut läuft und was verändert werden sollte und Ideen, wie die Veränderungen konkret aussehen könnten.

Diesen Schatz an Ideen nicht zu heben, indem junge Menschen systematisch nicht an Bildungsentscheidungen beteiligt werden, ist Verschwendung. Diese fühlen sich nicht ernst genommen. Das muss sich ändern: Bildungsbetroffene müssen durchweg an der Ausgestaltung von Bildung beteiligt werden.

DER BILDUNGSRAT IST EIN ANFANG

Beteiligung sollte bis ins Klassenzimmer und den Hörsaal hinein umgesetzt werden. Bis dahin ist es ein langer Weg. Neben institutionellen Veränderungen ist vor allem ein Kulturwandel notwendig.

Wo also beginnen? Ein Anfang könnte ein nationaler Bildungsrat sein. Diese Idee ist nicht neu, bereits in den 1970er Jahren gab es ein solches Gremium und auch heute wird es – etwa von der Robert-Bosch-Stiftung – gefordert.

Doch Deutschland braucht nicht einfach ein weiteres Beratungsgremium etablierter Stimmen, sondern eines, das systematisch junge Stimmen berücksichtigt. Ein mindestens paritätisch mit Bildungsbetroffenen besetzter Bildungsrat mit einem besonderen Fokus auf Schüler_innen kann frische Impulse für die deutsche Bildungspolitik liefern. Der Bildungsrat sollte Regie-

rungen, Parlamente und Ministerien sowohl befragen als auch beraten und öffentlich Impulse setzen, etwa durch Stellungnahmen und Konzeptpapiere. Diese letzte Funktion scheint mir sogar wichtiger zu sein als die Beratung: So kann der Bildungsrat zu einem Impulsgeber werden, der Debatten anstößt und aus bestehenden Grabenkämpfen herausführt.

Die jungen Mitglieder werden schon durch ihre Funktion im Bildungsrat in der Öffentlichkeit ernster genommen und können neue Ideen in den Dialog einbringen. Gewiss darf es nicht dabei bleiben, dass wenige, handverlesene Menschen sich in die Bildungspolitik einmischen dürfen, während der Großteil ungehört bleibt. Dabei darf der Bildungsrat nicht zu einer Alibiveranstaltung werden. Er kann nur ein Anfang sein.

MEHR BETEILIGUNG HILFT DER GANZEN GESELLSCHAFT

Die Beteiligung Bildungsbetroffener an ihrer Bildung verändert unsere Demokratie: Zuallererst, indem sie Bildung besser macht. Sie macht Lösungen realitätsnäher, Reaktionen schneller. Werden junge Menschen ernst genommen und vor Ort sowie in größeren Zusammenhängen beteiligt, kommen Probleme schneller zur Sprache – oft gemeinsam mit möglichen Lösungen. Das frühe Lernen von Beteiligung hat noch einen weiteren, wichtigen Effekt: Es stellt das Erlernen von Demokratie von der Pike auf dar – inklusive aller Aushandlungsnotwendigkeiten, Frustrationen und der Unzufriedenheit mit gefundenen Lösungen.

Es ist Zeit für eine stärkere Beteiligung Bildungsbetroffener an der Ausgestaltung ihrer Bildung. Denn unsere Demokratie hat sich weiterentwickelt: Neben der formalen Beteiligung an Wahlen und den Bürgerrechten für breitere Bevölkerungsschichten gibt es immer mehr Initiativen direkter Demokratie. Die Sozialdemokratie täte gut daran, sich dem nicht zu verschließen.

Ein paritätisch besetzter Bildungsrat ist nur ein Beispiel, wie Beteiligung Bildungsbetroffener verwirklicht werden kann. Er kann ein Anfang sein, um einen langfristigen Kulturwandel herbeizuführen, hin zu einer Gesellschaft, in der jede Stimme gleich wichtig ist – ob jung oder alt, hier geboren oder zugewandert, Muslim_a, Christ_in oder Atheist_in. Dass dies der Sozialdemokratie ein Anliegen sein muss, wusste niemand besser als Friedrich Ebert: „Demokratie braucht Demokraten“, sagte er, und man mag ergänzen: Und sie muss diese immer wieder hervorbringen.

Guido Pollak

„WER ERZIEHT DIE ERZIEHER" – ODER: LEHRERBILDUNG FÜR WELCHE SCHULE?

Eine Reflexion

Kaum ein gesellschaftlicher Bereich wird so notorisch mit der Forderung nach Reformen konfrontiert wie das Bildungssystem. Dies gilt in Deutschland nicht erst seit PISA – das Thema „Bildungsreformen" begleitet Deutschland auf seinem Weg in die Moderne: Friedrich Nietzsches Kritik des Bildungsphilistertums, der Kampf der Arbeiter- und Frauenbewegung um demokratische Teilhabe an Bildung und Ausbildung, die Schulfrage der Weimarer Republik, die föderale Neugestaltung des Bildungswesens nach der menschenvernichtend-totalitären NS-Pädagogik, die antiautoritären Bewegungen der 68er, welche bis zur Forderung einer „Entschulung der Gesellschaft" gingen, Willy Brandts auch für das Bildungssystem geltende Regierungsmotto „Mehr Demokratie wagen", welches – verwandt mit Dahrendorfs „Bildung als Bürgerrecht" – einen auch für bildungsferne Schichten öffnenden Weg aus der Jahre zuvor schon proklamierten „Bildungskatastrophe" wies, alle diese Entwicklungsstationen des bundesdeutschen Bildungssystems waren von Forderungen nach Bildungsreformen begleitet.

Nach PISA wurden solche Forderungen notorisch. Als einen Gemeinplatz beinhalten jetzt Forderungen – nicht nur in bildungspolitischen Sonntagsreden – die als Begründung fungierende Behauptung, Bildung sichere „unsere Zukunft". Abgesehen von der keineswegs polemischen Frage, wessen Zukunft damit konkret gemeint ist, denn „die Zukunft" der *global player* eines entgrenzten Kapitalismus benötigt wohl eine andere Bildung als „die Zukunft" von vor Krieg, Folter und Genozid in die Sicherheit demokratischer Staaten fliehenden Immigranten – fällt in den gegenwärtigen Diskursen um Bildungsreform eines auf: Die an das Bildungssystem gerichteten Forderungen werden dominiert von Zielformeln wie Marktorientierung, Learning-Outcomes, messbaren Kompetenzen, Effizienzsteigerung, Bildungsrendite u.a.m.

So unterschiedlich die Diskursteilnehmer sind – sie reichen von Spitzenverbänden der Wirtschaft über Eltern- und Lehrerverbände bis zur empirischen Bildungsforschung, deren Studien neuerdings den neopositivistischen Geist von Erziehungs- und Unterrichtstechnologien in sich tragen – einig sind sie sich zumeist in einem: Die zu reformierenden Strukturen des Bildungssystems, die curricularen Inhalte und didaktisch-methodischen Szenarios sollen den neuen Menschen des neoliberalen Marktsubjekts formen. Seit Sloterdijks „Regeln für den Menschenpark" arbeiten Neuro- und Biowissenschaften sowie die Algorithmen des „Lernen mit BigData" und jüngst Entwürfe des „transhumanen Menschen" an der Optimierung des neoliberalen Marktsubjekts.

Nun ist es eine Binsenwahrheit, dass Schule – wie jede pädagogische Einrichtung – nur so gut sein kann, wie die in ihr arbeitenden Lehrer_innen. Ist damit das neoliberale Marktsubjekt das Maß für Lehrerbildung? Müssen die Säulen der Lehrerbildung – die fachwissenschaftlichen, die fachdidaktischen, die pädagogisch-psychologischen und die schulpraktischen Studien bei Lehrkräften nur solche Kompetenzen vermitteln, welche sie befähigen, Schüler_innen zu auf gegenwärtigen und zukünftigen Arbeitsmärkten brauchbarem Humankapital zu „machen"? Nicht nur Forderungen aus der Wirtschaft verlangen dies, – selbst sozialdemokratische – Bildungspolitik und die Mainstream-Bildungsforschung verfolgen zunehmend dieses Paradigma. Aber gerade sozialdemokratische Bildungspolitik sollte daran erinnert werden, was Karl Marx 1845 in der dritten der „Thesen über Feuerbach" sagte:

> „Die materialistische Lehre von der Veränderung der Umstände und der Erziehung vergißt, daß die Umstände von den Menschen verändert und der Erzieher selbst erzogen werden muß." (Marx 1845)

Unterstellt, sozialdemokratische Bildungspolitik zielt auf eine Schule, deren Lern- und Erziehungsziele sich einem Bildungsverständnis verdanken, welches Maß nimmt am Menschenbild der Französischen Revolution, der Anthropologie Kants und der Bildungstheorie von Wilhelm von Humboldt, dann beginnt jede Reform von Schule, deren institutionelle Strukturen, Unterrichtsinhalte und -methoden nicht auf Humankapital, sondern auf Bildungsgerechtigkeit zielen, bei einer an diesem genuin sozialdemokratischem Wert ausgerichteten Lehrerbildung.

Bildungsgerechtigkeit erfordert zweifelsohne eine Schule, die weniger selektiv

in ihren Strukturen, ihrem Leistungsbegriff und ihrer Leistungsbewertung ist, sich also nicht versteht – wie die heutige Schule dies tut – als Vor-Schule des Einübens und Einfügens in soziale Ungleichheit. Dazu notwendige Reformen wären über die von Marx sogenannte „Veränderung der Verhältnisse" anzustreben. Aber eine bildungsgerechte Schule erfordert ebenso Lehrer_innen, die ihr unterrichtliches Handeln an diesem Ziel orientieren. Zwar ist Fachkompetenz Kern jeglichen Unterrichts, aber Kern einer bildungsgerechten Haltung gegenüber Schüler_innen sind wesenhaft andere Kompetenzen: Achtung und Anerkennung von deren Eigenart und Eigenwilligkeit, denen Lehrer_innen in der Organisation von Unterricht „Freiheit" gewähren müssen.

Denn „Freiheit" ist die „unerläßliche Bedingung" von Bildung, wie Wilhelm von Humboldt 1772 in der kanonischen Definition von „Bildung" 1792 schreibt:

> „Der wahre Zweck des Menschen – nicht der, welchen die wechselnde Neigung, sondern welchen die ewig unveränderliche Vernunft ihm vorschreibt – ist die höchste und proportionierlichste Bildung seiner Kräfte zu einem Ganzen. Zu dieser Bildung ist Freiheit die erste und unerlässliche Bedingung." (Humboldt 2002: 22)

Wer eine bildungsgerechte Schule fordert, muss Freiheit für alle „Kräfte" gewähren und zugleich Voraussetzungen und Folgen von deren Höherbildung anerkennen. Und eben nicht sanktionieren, wenn sie affirmativen Normen widerstehen und widersprechen. Damit wird Autonomie zum konstitutiven Prinzip von Bildungsgerechtigkeit und infolge zum Leitbild für Lehrerbildung. Bildungsgerechtigkeit achtet die Autonomie je individueller Bildungsvoraussetzungen, Bildungserwartungen und Bildungsverläufe von Schüler_innen. Sie ist pädagogisch-ethisches Prinzip von Professionalität – nicht lediglich Unterrichtsprinzip (vgl. Pollak 2013).

Sich für die Voraussetzungen von Autonomie auf der Ebene von Institutionen und Strukturen des Bildungssystems einzusetzen, weil nur in einer autonomen Schule sowohl die Autonomie des Lehrerhandelns wie die darin wachsende Autonomie der Bildungsprozesse von Schüler_innen sich ereignen können, erfordert von Lehrer_innen deshalb politisches Denken: Lehrerbildung ist wie jede Bildung Politische Bildung – mit einem Verständnis des Politischen, das – jenseits jeglicher Verkürzung auf Partei(en)politik – Hannah Arendt der „Vita

activa“ (Arendt 1960) und Oskar Negt der „Demokratie als Lebensform“ (Negt 20112) zugrunde legt.

Schließlich: In seinem 1966 publizierten Rundfunkvortrag „Erziehung nach Auschwitz“ stellt Adorno lapidar fest:

> „Die Forderung an Erziehung, daß Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung.“ (Adorno 1972: 88)

Das wohl einzig geeignete pädagogische Mittel sieht Adorno in „Autonomie“:

> „Die einzig wahrhafte Kraft gegen das Prinzip von Auschwitz wäre Autonomie, wenn ich den Kantischen Ausdruck verwenden darf; die Kraft zur Reflexion, zur Selbstbestimmung, zum Nicht-Mitmachen.“ (Adorno 1972: 93)

Eine aktuellere Forderung an Lehrerbildung lässt sich schwerlich finden.

LITERATUR

Adorno, Theodor W. (1972): Erziehung nach Auschwitz, in: ders.: Erziehung zur Mündigkeit. Hrsg. von Gerd Kadelbach, 88–104. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Arendt, Hannah (1960): Vita activa oder Vom tätigen Leben. Stuttgart: Kohlhammer.

Humboldt, Wilhelm von (2002): Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen (1792). Stuttgart: Reclam.

Marx, Karl (1845/1888): Marx über Feuerbach, in: Engels, Friedrich (1888): Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, 69–72. Stuttgart: J.H.W. Dietz.

Negt, Oskar (20112): Der Politische Mensch. Demokratie als Lebensform. 2. Auflage. Göttingen: Steidl.

Pollak, Guido (2013): Professionalisierung (in) der Lehrer_innenbildung – Vielzahl und Vielfalt eines offenen Konzepts, in: Schenz, Christina, Schenz, Axel & Pollak, Guido (Hrsg.): Perspektiven der (Grund)Schule. Auf dem Weg zu einer demokratisch-offenen Schule, 75–99. Münster: LIT Verlag.

Karl-Heinz Reith im Gespräch mit **Ulla Burchardt**

JEDE ZEIT BRAUCHT IHRE EIGENEN ANTWORTEN

Ein Rollentausch

Konstitutives Element der Geschichte der Sozialdemokratie war der Kampf um Bildung als Voraussetzung für Emanzipation des Einzelnen und die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe. Hat sich diese historische Mission erfüllt angesichts der über 50 Prozent Abiturient_innen sowie der Mehrheit weiblicher Studierenden?

Es gibt in der Tat große Erfolge, die Anerkennung verdienen. Die Beteiligung an Bildung in der Gesellschaft ist insgesamt gestiegen. Es gibt heute deutlich mehr Abiturient_innen und mehr Studierende. Das gegliederte Schulsystem ist ein wenig durchlässiger geworden, integrative Schulsysteme mit längerem gemeinsamem Lernen behaupten sich aller konservativer Anfeindungen zum Trotz. Der Trend bei den Eltern geht weiter in Richtung Ganztagsschule. Niemand bestreitet mehr den Wert frühkindlicher Bildung – anders noch als Anfang der 70er Jahre. CDU-geführte Landesregierungen, die Studiengebühren einführten, wurden abgewählt und auch in Bayern lenkte die CSU unter dem politischen Druck ein. Das BAföG sichert weiterhin vielen bedürftigen Studierenden den Lebensunterhalt – trotz mehrfacher konservativer ‚Kahlschlag'-Versuche.

Also hatte die SPD im besten Sinne von Willy Brandts Ratschlag gelernt, dass jede Zeit ihre eigenen Antworten erfordert und der auf der Höhe ist, der sie geben kann? Und war Angela Merkels „Bildungsrepublik" der geschickte Versuch, die sozialdemokratischen Erfolge zu kapern?

Die Erfolge der SPD-Bildungspolitik haben im konservativem Lager zum Teil ein Umdenken ausgelöst: Die Ganztagsschule ist heute weitgehend akzeptiert, auf dem Land rufen immer mehr CDU-Bürgermeister nach integrativen Schulformen, um wohnortnah eine breite Palette von Schulabschlüssen anzubieten. Der

alte Schlachtruf von Unionspolitikern: „Schick Du Dein Kind wieder zur Hauptschule" ist verstummt. Und die in den 1980er und 1990er Jahren immer wieder zu hörenden Klagen über zu viele Studierende und einer zu befürchtenden „Akademikerschwemme" sind fast verstummt. Das von Konservativen immer wieder gern genutzte Schreckgespenst des „taxifahrenden Dr. Arbeitslos" blieb eine Stammtischfiktion.

Bekanntlich kann man ja auch aus Fehlern lernen – welche gravierenden hat die Sozialdemokratie gemacht, wo lagen die Schwächen? Oder waren es die Umstände, die mehr Reformpolitik nicht zuließen?

Es ist leider so, dass der SPD bisweilen bei der Umsetzung ihrer mutigen Ideen letztlich die Courage fehlte, eine gewollte Reform konsequent zu realisieren. Ja, manchmal war auch eine gewisse ‚Hasenfüßigkeit' zu beobachten. Bereits im Vorfeld wurden häufig zu viele Kompromisse gemacht. Bestes Lernbeispiel aus der Vergangenheit ist für mich das von der CDU Ende der 1970er Jahre in Nordrhein-Westfalen erfolgreich initiierte Volksbegehren gegen die Kooperative Schule („Koop"). Statt den eingeschlagenen Gesamtschulweg im Land behutsam, aber konsequent weiter zu verfolgen, legte die SPD-Landesregierung ein unreifes Modell einer schulformbezogenen Orientierungsstufe vor. Doch bei der Durchsetzung solch halbherziger Kompromisse fehlt der SPD vor Ort dann häufig die nötige Unterstützung der eigenen Basis, der Gewerkschaften wie auch der anderen enttäuschten Reformkräfte.

Der von der CDU erfolgreich geführte „Kulturkampf" um die „Koop-Schule" ist im Rückblick sicherlich mit Abstand das spektakulärste Beispiel und der größte erfolgreiche konservative ‚Gegenschlag' in der Bildungsreform der vergangenen fünf Jahrzehnte gewesen.

Was empfindet der langjährige kritische wie empathische Beobachter und Wegbegleiter als größten politischen Fehler?

Als besonders tragisch empfand ich das Scheitern einer großen BAföG-Reform: Für die nach dem überwältigenden SPD-Wahlsieg von 1998 angestrebte große Reform der Ausbildungsförderung fehlte Rot-Grün die Kraft. Im Wahlkampf großspurig versprochen, dann in den ersten Regierungsjahren immer wieder aufgeschoben – und letztlich mit einem „Basta" von Gerhard Schröder peinlich ‚beerdigt'.

Welches Fazit lässt sich für eine Politik ziehen, die ihren Gestaltungsanspruch auch einlösen will?

Zu einer erfolgreichen Politik gehören natürlich Kompromisse – und vor allem Akzeptanz bei den Betroffenen. Wer aber zunächst verbal hohe Erwartungen weckt, dann nur halbherzig an die Realisierung geht, verprellt die Unterstützung der ‚eigenen Truppen', die aber bei der konkreten Umsetzung von schwierigen Reformen vor Ort unentbehrlich sind. Leider gibt es dazu Beispiele nicht nur aus der Bildungspolitik.

Beim Stichwort Akzeptanz drängt sich das Thema Kooperationsverbot auf: Wie glaubwürdig ist die SPD hier und wie notwendig wäre eine bundesweite Bildungsstrategie, die mehr als eine Geldverteilaktion ist?

Das Kooperationsverbot ist 2006 auf Wunsch auch der SPD-geführten Bundesländer ins Grundgesetz aufgenommen worden. Die jetzt nur für den Wissenschaftsbereich vorgenommene Rücknahme ist aus meiner Sicht halbherzig. Wenn es um mehr gehen soll als um eine reine Geldverteilung, dann brauchen wir eine ähnliche Regelung auch für die Schulen und zugleich die Wiederaufnahme einer echten gemeinsamen Bund-Länder-Bildungsplanung – wie Anfang der 1970er Jahre. Ich hoffe, dass die SPD auch in den Länder die Kraft dazu aufbringt.

Jede Zeit braucht ihre eigenen Antworten: Was sind die großen Herausforderungen, denen sich die Sozialdemokratie heute stellen und die sie in den Mittelpunkt einer aktuellen Bildungsreformpolitik rücken sollte?

Das größte deutsche Bildungsproblem bleibt die enge Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft. Ich traue den Beteuerungen der Kultusministerkonferenz wie der von ihr beauftragten Schulforscher_innen nicht, dass es hier in den vergangenen Jahren deutliche Verbesserungen gab. Man sollte nicht nur die offiziellen Pressemitteilungen, sondern sorgfältiger die Studien lesen.

Daneben gibt es noch viele andere offene, unvollendete Reformbaustellen. Ich nenne nur einige aus dem Hochschulbereich: Die inhaltliche Studienreform beim Bachelor muss weitergehen. Wir werden ein erhebliches Numerus-clausus-Problem beim Zugang zum Masterstudium bekommen. Und an einer großen, grundlegenden BAföG-Reform führt auf Dauer kein Weg vorbei.

Lisa Rosa

DIE SCHLÜSSEL DORT FINDEN, WO SIE LIEGEN

Eine Botschaft aus der Lehrerbildung

Seit der Pichtschen Entdeckung der „Bildungskatastrophe" (Picht 1965) vor 50 Jahren wird die Bildung in Deutschland kontinuierlich reformiert. Sie ist ein ständiges öffentliches wie privates Debattenthema. Keine andere Nation hat eine so lange Tradition der Schulreformen und so viele unterschiedliche Reformschulkonzepte und Alternativschulen. Trotzdem traf uns die „PISA-Katastrophe", und nachdem bereits die ersten eineinhalb Jahrzehnte des neuen Jahrhunderts vorüber sind, bildet das deutsche Bildungssystem außerdem noch immer die Nachhut des globalen Übergangs ins digitale Zeitalter (vgl. dazu Spiewak 2014).

An einem quantitativen Mangel an Reformversuchen kann es offensichtlich nicht liegen. Die Vergeblichkeit der Reformbemühungen um eine adäquate Anpassung an historische Erfordernisse hat ihre Ursache stattdessen darin, auf welche Weise die Probleme des Bildungssystems von der Politik aufgefasst werden und welche Art von Lösungen favorisiert wird. Offen gesagt: Das Problemverständnis ist meist nicht realitätsadäquat und die Art der Lösung zusätzlich häufig von sachfremden Erwägungen bestimmt, die eine funktionsfähige Lösung konterkarieren. Statt also wie der Betrunkene zu handeln, der auf dem Heimweg aus der Kneipe seine verlorenen Hausschlüssel unter der Straßenlaterne sucht, „weil er dort besser sehen kann", sollte die Bildungspolitik beginnen, ihre Schlüssel dort zu finden, wo sie liegen.

DIE ANFORDERUNGEN AN EIN ZEITGEMÄSSES BILDUNGSSYSTEM ERKENNEN

Nicht Utopismus, sondern Realitätsbewusstsein ist nötig, um zu erkennen, dass wir uns inmitten eines globalen gesamtgesellschaftlichen Umbruchs

befinden, auf den das Bildungssystem endlich entsprechend reagieren muss. Andere Fähigkeiten als bisher werden vom Individuum nicht nur zu dessen eigenem Überleben verlangt, sondern auch dazu, die neuartigen Probleme der Gesellschaft gemeinsam mit anderen lösen zu können.

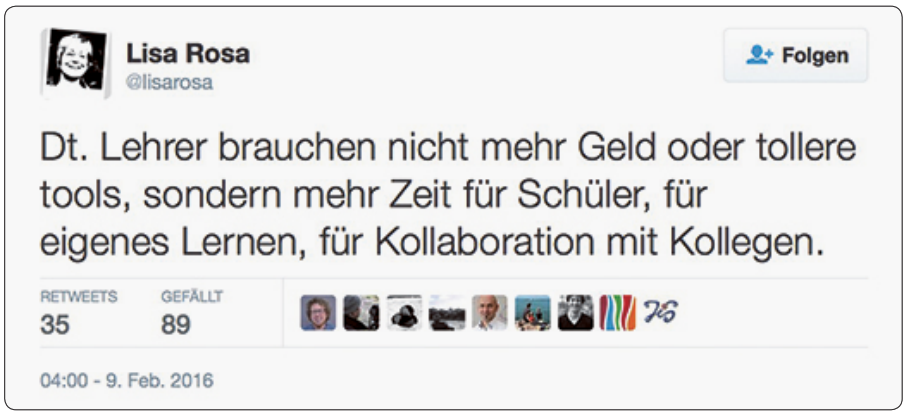
Eine zutreffende ausführliche Beschreibung dieser erforderlichen Fähigkeiten findet man in den Publikationen Andreas Schleichers (2012), der sie auf vier Begriffe zusammenfasst, die sogenannten 4K: Kreativität, Kritisches Denken, Kommunikation und Kollaboration. Richtig verstanden und radikal ernst genommen bedeuten diese Fähigkeiten eine Rekonstruktion von allem, was schulisches Lernen bisher ist und zukünftig sein soll. Nicht nur, weil in zunehmend heterogeneren Klassen immer unterschiedlichere Schüler_innen beschult werden müssen, brauchen wir eine Individualisierung des Unterrichts, sondern weil das Erlernen eben dieser Fähigkeiten nur unter Beachtung einer konsequenten Personalisierung des Lernens gelingen kann (vgl. hierzu die grundsätzliche Diskussion in Rosa 2009).

Eine solche echte Individualisierung ist nicht mit einer Binnendifferenzierung dreier Niveaus (gut-mittel-schlecht) zu verwechseln. Jeder weiß, dass es nahezu unmöglich ist, im traditionellen Klassenunterricht jedem Schüler, jeder Schülerin eine spezielle Aufgabe vorzulegen und ihn oder sie bei der Bearbeitung zu betreuen. Und drittens ist bekannt, dass selbstständiges (= kritisches) Denken nicht durch Paraphrasieren von bereits Vorgedachtem erlernbar ist. Sowohl die Tätigkeit des Lernens als auch die Tätigkeit, Lernen anzuleiten, werden also deutlich anders als sie es bisher waren.

Was es heißt, lernen nicht mehr als „Aufnehmen und Behalten" von Informationen, sondern als Informationsverarbeitung und Wissensproduktion zu verstehen, ist eine der größten und noch nicht ansatzweise bewältigten Lernaufgaben für die Lehrenden und ihre Tätigkeitssysteme und Institutionen. Nicht nur Schüler_innen müssen anders lernen lernen, sondern auch Schulsysteme müssen lernen, Lernen anders zu konzipieren und zu organisieren, und Lehrkräfte müssen lernen, anders zu lernen und zu lehren. Es ist die Aufgabe der Bildungspolitik, diese umfassende Lernaufgabe mit der entsprechenden Kontextsteuerung zu ermöglichen.

ZWEI SCHLÜSSEL

Alle meine Erfahrungen als Lehrerin und Lehrerfortbildnerin zeigen, dass es zwei Schlüssel gibt, um die bestehenden Widerstände und notorischen Bremsen dieser notwendigen Erneuerungen und Transformationen zu beseitigen.



Der erste Schlüssel ist Zeit (Tweet 9.2.2016). Lernen braucht Zeit. Umlernen sogar mehr. Es gibt keine Abkürzung. Aber in Deutschland ist die Pflichtzahl an Unterrichtsstunden eine der höchsten aller OECD-Länder. Und in faktorisierenden Arbeitszeitmodellen wie in Hamburg sind keine Zeiten für Zusammenarbeit mit Kollegen oder für die Betreuung einzelner Schüler_innen eingerechnet. Die Zeiten für formelle Fortbildung sind außerdem zu knapp, von Zeiten für informelles Lernen und selbstorganisiertes „Workplace-Learning" in professionellen Teams oder persönlichen Lernnetzwerken (vgl. Jarche 2016) ganz zu schweigen. Hier liegt die Schlüsselstelle für eine alternative Bildungspolitik, und sie ist einfach zu verstehen: Mehr Personal einstellen. Alle Eltern wissen: Ist die Mutter gestresst, geht es auch dem Kind schlecht. Das gilt für Lehrkräfte und Erzieher_innen natürlich genauso.

Der zweite Schlüssel ist eine Erweiterung der Autonomie für alle Lehrkräfte und eine Ermutigung zur Entwicklung von und zum Experimentieren mit neuen Ideen der Unterrichtsgestaltung. Insbesondere das Problemlösende Lernen erfordert dabei die Möglichkeit zur Umgestaltung von Zeitplänen, zur Neudefinition von Rollen im Lehr-Lernprozess und die Möglichkeit auch spontaner

Nutzung außerschulischer Lernorte sowie die freie Nutzung des Internet. Es gibt inzwischen weltweit viele funktionierende Konzepte und gute innovative Praxis. Sie im eigenen Unterricht umzusetzen, erfordert jedoch jedes Mal neu eine Eigenerfindung zur Anpassung an die Lerngruppe und nicht selten offenbar erheblichen Mut zur Abweichung von der üblichen Praxis am Arbeitsplatz.

Genügend Zeit, Autonomie und Ermutigung für die Lehrkräfte sind nicht alles – aber ohne sie ist wahrscheinlich jeder neue Reformversuch zum Scheitern verurteilt. Ob die deutsche Sozialdemokratie diese Schlüssel aufnehmen möchte, weiß ich nicht. Aber die überraschenden Entwicklungen in Großbritannien (Jeremy Corbyn) und in den USA (Bernie Sanders) sollten zu denken geben: Die große Gruppe potenzieller Wähler sich erneuernder sozialdemokratischer Parteien wartet nur darauf, dass jemand die bisher übersehenen Schlüssel findet, aufnimmt und benutzt.

LITERATUR

Jarche, Harold (2016): Weblog Harold Jarche. Adapting to Perpetual Beta. Unter: http://jarche.com/

Picht, Georg (1965): Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation, 2. Auflage, München.

Rosa, Lisa (2009): Gedanken zum „individualisierten Unterrichten". Unter: https://shiftingschool.wordpress.com/2009/02/19/gedanken-zum-individualisierten-unterrichten/

Schleicher, Andreas (Hrsg.) (2012): Preparing Teachers and Developing School Leaders for the 21st Century: Lessons from around the World, OECD Publishing; zusammengefasst und ins Deutsche übersetzt unter https://shiftingschool.wordpress.com/2013/04/08/lernen-von-anderen-anstatt-das-rad-neu-erfinden/

Spiewak, Martin (2014): Peinliches Studienergebnis für Deutschland, in: Die Zeit online vom 20. November 2014. Unter: http://www.zeit.de/gesellschaft/schule/2014-11/digitale-medien-unterricht-schule

Tweet (9.2.2016): https://twitter.com/lisarosa/status/697027351151013888

Lehrstellenabbau und
für ein neues, dem
Aufschwung

Susanne Thurn

DIE SCHULE DER ZUKUNFT

Laborschule Bielefeld

Die Schule der Zukunft – so, wie ich sie mir vorstelle – gibt es bereits seit nunmehr 42 Jahren in Bielefeld. Die Laborschule dort ist Versuchsschule des Landes Nordrhein-Westfalen an der Universität. Sie hat den staatlichen Auftrag, neue Formen des Lehrens, Lernens und miteinander Lebens in der Schule zu entwickeln, zu erproben, zu evaluieren und so aufzuarbeiten, dass sie ihre Erfahrungen der Gesellschaft zur Verfügung stellen kann. Bei ihrer Gründung 1974 durch Hartmut von Hentig war sie ein sozialdemokratisch gewolltes Bildungsprojekt, das die pädagogischen Vorstellungen einer ersetzenden Gesamtschule für alle wenigstens an einem Beispiel verwirklichen sollte, nachdem der bildungspolitische Wind allzu stark gegen die ursprünglichen Ideen blies. Dafür wurde sie frei gesetzt von vielen Vorgaben, die das Regelschulwesen dirigierten.

Je mehr sich inzwischen die Widersprüche unseres vielgliedrigen Schulsystems offenbaren – bedenklicher Zusammenhang von Herkunft und Schulerfolg, unerfreuliche Leistungsbilanzen in den höchsten wie den niedrigen Kompetenzstufen, uneinlösbare Inklusionsziele im selektierenden System … – umso mehr rückt die Laborschule in den Mittelpunkt aufmerksamen Interesses.

Inzwischen gibt es in mehreren Bundesländern Schulen, die ähnlich arbeiten wollen wie die Laborschule. Für die Zukunft von Schule auf dem Weg zu einer für alle Kinder und Jugendlichen bringt die Laborschule langjährige Erfahrungen mit:

- Sie ist seit 1974 eine inklusive Schule für *alle* Kinder ungeachtet ihrer körperlichen, sinnesmäßigen, seelischen Beeinträchtigungen, ethnischen,

sozialen oder religiösen Herkünfte, sprachlichen Voraussetzungen, verstörenden Lebenserfahrungen, kriegs- und fluchtbedingten Traumata, also all ihrer besonderen Förderungsbedarfe.

- Sie nimmt die Kinder im Alter von fünf Jahren nach einem Aufnahmeschlüssel auf, der gewährleistet, dass ihre Zusammensetzung die soziale Struktur einer Großstadt spiegelt, und behält sie bei sich bis zum Ende ihrer Pflichtschulzeit.

- Sie sieht in der Verschiedenheit ihrer Kinder ihren Reichtum und setzt daher alle Lerngruppen so heterogen wie möglich zusammen, lässt sie ohne jegliche äußere Leistungsdifferenzierung miteinander lernen und gemeinsam leben, weil sie darin den Schlüssel ihres Erfolges sieht.

- Sie baut darauf, dass Kinder und Jugendliche vom ersten Tag an in ihrer Gemeinschaft mitbestimmen dürfen und sollen, übrigens auch bei Lerninhalten und Ergebnisbewertungen, sie also Demokratie als Beteiligung und Einstehen füreinander erlernen und als nützlich erleben.

- Sie verzichtet auf zielgleichen und gleichschrittigen Unterricht, bietet ihren Schüler_innen bis zum Ende ihrer Pflichtschulzeit hohe, aber möglichst passgenaue Herausforderungen, individuelle Lern- und Profilierungsmöglichkeiten, kontinuierliche Unterstützung auf dem Weg zum selbstbestimmten Lernen – so gesehen werden etwa 700 Schüler_innen „zieldifferent“ unterrichtet, nicht nur die etwa 70 mit nachweisbaren besonderen Förderbedürfnissen.

- Sie kommt ohne vergleichende Leistungsrückmeldungen aus, da individuelles Lernen und genormtes Testen einander widersprechen – sie stellt sich selbst den höchsten Leistungsanspruch: von jedem Kind oder Jugendlichen sein Bestmögliches einzufordern – sie macht Leistung durch direkte Vorlagen sichtbar und hat ermutigende Reflexionsformen für Leistungsergebnisse entwickelt.

- Sie kommt ohne entmutigendes Sitzenbleiben, Ab- oder Umschulen aus und vergibt am Ende der elfjährigen Schulzeit alle Abschlüsse, die das Regelsystem vergibt, einschließlich der Empfehlung, direkt in die Qualifikationsphase der Oberstufe einzusteigen.

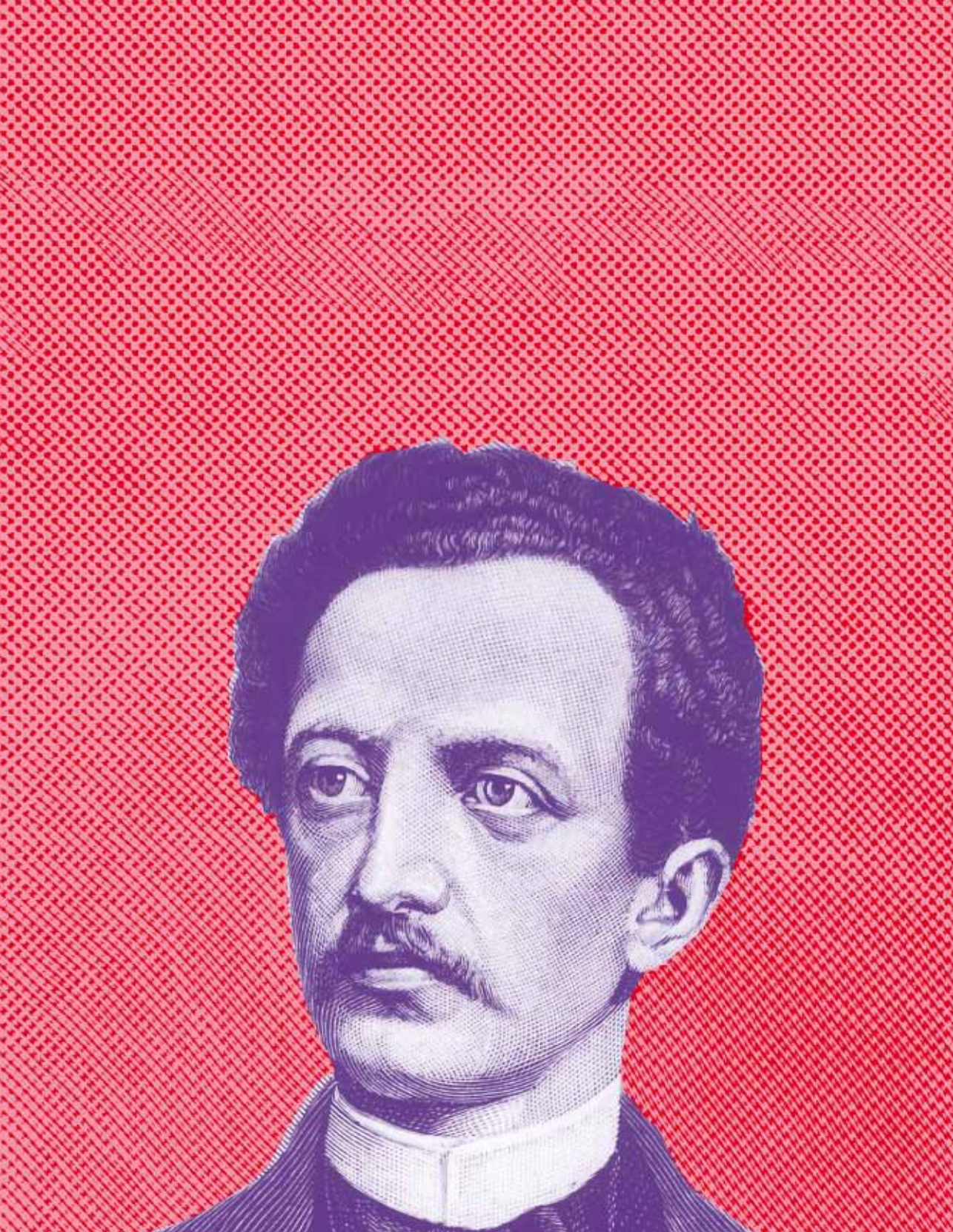
- Sie verfolgt kontinuierlich die Wege ihrer Absolvent_innen seit 1985, als der erste Jahrgang die Schule nach elf Jahren verlassen hat.

- Sie ist aufgrund ihrer pädagogischen Vorstellungen und Strukturen in der Lage, neue Herausforderungen zu meistern: Die geflüchteten Kinder werden sofort in Lerngruppen aufgenommen. Je jünger sie sind, umso müheloser gelingen die Einbindung und die sprachliche Verständigung. Gemeinsam haben sie möglichst einmal täglich in jahrgangsübergreifenden Gruppen gezielten Sprachunterricht. Was sie dort lernen, können sie in ihren Gruppen gleich anwenden. Hilfreich stehen ihnen pensionierte Lehrer_innen der Schule zur Seite.

- Sie ist eine Schule, die den eigenen Ansprüchen keineswegs immer gerecht wird, manchmal sogar an ihnen verzweifelt – eine Schule, die Fehler macht und machen darf – eine Schule, in der die Erwachsenen bisweilen zurückfallen in überholte Formen von Unterricht – eine Schule, die nach wie vor und immer wieder neu auf der Suche ist.

- Nicht zuletzt ist sie eine Schule, in der Besucher_innen eine erstaunlich gelassene, zugewandte, freundliche, angstfreie, offene Beziehung zwischen Erwachsenen und Nachwachsenden erleben und dies als etwas ganz Besonderes zurückmelden – in der sie spüren, dass die Laborschule ein guter Lebens- und Erfahrungsort für Kinder und Jugendliche, aber auch Erwachsene ist.

Um die Schule der Zukunft zu verwirklichen, brauchen wir in unserem Land viel Mut, sie neu zu denken und anders zu machen. Dafür müssen wir nach den Sternen greifen wollen, damit wir die erbärmlich kleinen Schritte und die mühselige Überzeugungsarbeit auf das große Ziel hin ertragen. Der Einsatz lohnt sich.



Katja Urbatsch

ALS ERSTER IN DER FAMILIE AN DIE HOCHSCHULE

Ein Interview

Die größte zivilgesellschaftliche Organisation für Studierende der ersten Generation, ArbeiterKind.de, bietet Unterstützung und Informationen für Ratsuchende über ein bundesweites Netzwerk von Ehrenamtlichen. Gründerin und Geschäftsführerin Katja Urbatsch war selbst die Erste in ihrer Familie, die studierte. Mit ihrer gemeinnützigen Initiative möchte sie erreichen, dass in Deutschland jedes Kind aus einer nichtakademischen Familie mit entsprechenden Fähigkeiten die Chance auf ein Studium hat.

Frau Urbatsch, welche Kritikpunkte haben Sie an der deutschen Bildungslandschaft?

Das deutsche Bildungssystem ist in den letzten Jahren viel Kritik, aber auch vielen Veränderungen ausgesetzt gewesen. Der PISA-Schock vom Dezember 2001 hat vor allem eines gezeigt: In Deutschland bestimmt stärker als in den meisten anderen OECD-Staaten die soziale Herkunft den späteren Bildungsweg. Ohne Vorbilder in der Familie, die dem jungen Menschen Perspektiven aufzeigen, ihn unterstützen und seine Begabungen und Neigungen fördern, ist es sehr schwer, einen Studienwunsch umzusetzen.

Heutzutage gibt es so viele Möglichkeiten der beruflichen Bildung wie nie zuvor. Da ist die Devise: Gut recherchieren und informieren, um dann die richtige Entscheidung für sich zu treffen. Ausbildung, Duales Studium oder Hochschule – für Kinder aus akademischen Familien ist häufig klar, wie ihr Weg aussieht. Sie werden unterstützt, nicht nur finanziell, auch ideell. Es ist geradezu selbstverständlich, dass sie an einer Hochschule studieren. Ohne akademisches Elternhaus entscheiden sich viele Kinder für eine Ausbildung, die Sicherheit verspricht. Die Wahl für ein Studium fällt schwer.

Was macht es für „Arbeiterkinder" besonders schwer, den Schritt an die Hochschule zu wagen?

Die finanzielle Situation ist oft schwierig, die Eltern können in der Regel nicht unterstützen. Finanzierungsinstrumente wie BAföG, Bildungskredit oder Stipendien sind unbekannt oder mit Vorurteilen behaftet. Schulden aufzunehmen ist in vielen Familien verpönt. Und Stipendien sind nur etwas für Einserkandidaten, da habe ich sowieso keine Chance, denken manche. Dass dabei, je nach Stipendium, andere Aspekte wie z. B. ehrenamtliches Engagement ausschlaggebend sein können, wissen viele nicht. Die größte Hürde ist jedoch das mangelnde Selbstbewusstsein: Schaffe ich ein Studium? Bin ich gut genug? Kann ich nebenher arbeiten, ohne das Ziel aus den Augen zu verlieren? Kann ich neben den anderen Studierenden bestehen?

Die Statistik zeigt, dass sich die Bildungssituation leider nicht gebessert hat. Laut der aktuellen Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW) nehmen von 100 Kindern aus Akademikerhaushalten 77 ein Studium auf, während es von 100 Kindern aus nicht-akademischen Haushalten nur 23 sind, obwohl doppelt so viele die Hochschulreife erlangen. Woran liegt das?

Nun, häufig sind Familien verunsichert durch ein Studium, legen ihren Kindern daher den vermeintlich sicheren Weg der Ausbildung nahe. Doch wenn ein Kind die Hochschulreife erlangt hat, dann ist es in der Lage, ein Studium zu bewältigen. Damit Kinder sich ein Studium zutrauen, brauchen sie Ermutigung und Unterstützung. Gerade auch die Eltern sollten mutiger werden und ihren Kindern helfen, Ratgeber_innen zu finden, wenn sie nicht auf einen eigenen Erfahrungsschatz zurückgreifen können. An der Hochschule gibt es viele Anlaufstellen, wenn Schwierigkeiten auftauchen. Schließlich können sich Ratsuchende an ArbeiterKind.de wenden und unbürokratisch ihre Fragen stellen.

Was ist das Erfolgsrezept von ArbeiterKind.de?

Unser Angebot ist niedrigschwellig, über die Homepage bzw. unser Infotelefon können Schüler_innen, Studierende, aber auch Eltern unkompliziert Fragen rund um Studium und Studienorganisation stellen. Im ArbeiterKind.de-Netzwerk engagieren sich über 6.000 Ehrenamtliche in bundesweit 75 lokalen Gruppen. Der in der deutschen Förderlandschaft einzigartige peer-to-peer-Ansatz, dementsprechend die Mehrzahl der Ehrenamtlichen selbst Studierende

der ersten Generation sind, wurde in wissenschaftlichen Untersuchungen als besonders effektiv erwiesen und wird im anglo-amerikanischen Raum schon länger mit Erfolg praktiziert.

Die Ehrenamtlichen sind Ansprechpartner_innen vor Ort, organisieren Stammtische und Sprechstunden, halten Schulvorträge oder informieren auf Bildungsmessen und Hochschulveranstaltungen. Sie werden in Workshops intensiv geschult und auf ihre unterstützende Tätigkeit vorbereitet. Viele sind selbst Erste ihrer Familie an der Uni, kennen die Probleme beispielsweise bei der Finanzierung. Das anfängliche Gefühl, fremd in der Hochschulwelt zu sein, weil der akademische Habitus fehlt, ist ihnen aus ihrer eigenen Studienzeit vertraut. Der Austausch und die Wissensvermittlung auf Augenhöhe stärkt das Vertrauen in sich selbst. Er zeigt: Meinem Gegenüber geht es genauso, was er geschafft hat, kann ich auch schaffen!

Was wünschen Sie sich für das deutsche Bildungssystem?

Mein größter Wunsch ist, dass jedes Kind aus einer nichtakademischen Familie mit entsprechenden Fähigkeiten die Chance auf ein Studium hat. Unser Ziel ist nicht, dass möglichst viele Menschen studieren. Wer für sich entscheidet, dass eine betriebliche Ausbildung der richtige Weg ist, sollte dies tun. Aber wenn jemand den Wunsch hat, ein Hochschulstudium aufzunehmen, um seinen Berufswunsch zu verwirklichen, dann darf das nicht an der sozialen Herkunft scheitern. Wenn Chancengleichheit und Durchlässigkeit gelingen, kann Deutschland insgesamt dem Fachkräftemangel begegnen und sich den Herausforderungen der Zukunft stellen.

Rolf Wernstedt

VERSTEHEN IST MACHT

Eine philosophische Betrachtung

Es gibt ein ganzes Wörterbuch von bildungspolitischen Begriffen, an denen man als Sozialdemokrat eine bildungspolitische Erzählung beginnen lassen kann. Als Beispiele seien genannt:

Chancengleichheit, Emanzipation, Gesamtschule, Bildungsplanung, Persönlichkeit, Fachlichkeit, Koedukation, Interkulturalität, Inklusion, Differenzierung, Curriculum, Schulreform, berufliche Bildung, Praxisorientierung, Motivation, Berufsfähigkeit, Studierfähigkeit, Abschlüsse, Bildungsideal, Bildungsziele, Exzellenz, Begabung, Hochschulzugang, Bildungskanon, Lernziele, Kompetenzen, Heterogenität, Schulversagen, Lernen, Schulstruktur, Selbstwirksamkeit, Weiterbildung, Gleichwertigkeit, PISA, Abhängigkeit der Bildung vom sozialen Status der Eltern, mediale Bildung.

Die mögliche Liste ist länger als der Raum, der hier zur Verfügung steht.

Ich will deswegen über etwas anderes reden, was der Bildungspolitik gleichsam vorgelagert ist, aber immer mitschwingt. Mich hat immer interessiert, was eigentlich ein gebildeter Mensch ist und was man dafür tun muss, um als ein solcher zu gelten.

Aufgewachsen bin ich auf einem Bauernhof in der DDR. In der Situation, ob mich meine Eltern auf die Oberschule schicken sollten oder ob ich das Müllerhandwerk lernen sollte, um die elterliche Mühle übernehmen zu können, antwortete ein weit entfernter Verwandter sinngemäß, meine Eltern hätten doch im Krieg gesehen, dass man einem alles wegnehmen könne – aber was man gelernt hat, das könne einem niemand mehr wegnehmen. Und der Junge könne lernen, und deswegen sollte er auf die Oberschule gehen.

Mir war Lernen immer wichtig, natürlich, um Abschlüsse zu erreichen und einen guten Beruf zu erlernen, aber auch, um die Möglichkeit zu erhalten, zu verstehen, was Geschichte, Kultur und Wissenschaft bieten können, um sich in der Welt zurechtzufinden. Mir erschien daher der Satz „Wissen ist Macht" selbstverständlich richtig zu sein. Er wurde von Wilhelm Liebknecht im Jahre 1872 in der jungen Sozialdemokratie popularisiert. Auch Lenins Ausspruch „Lernen, lernen und nochmals lernen" erschien mir trotz der Subsumierung unter dem autoritären Sozialismus nicht abwegig.

Aber das waren sozialdemokratische Erzählungen aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg, als die damals arbeitenden Menschen noch mit dem Hochmut der sogenannten Gebildeten konfrontiert waren, die Bildung mit Herrschaft gleichsetzten. Von Bildung wurden die Arbeiter und die Frauen fern gehalten. Dies zu verändern ist der Grundton sozialdemokratischer Politik.

Bildung nur als Akkumulation von Wissen zu verstehen, um funktional agieren zu können, sei es in Berufen oder im Small Talk, war mir immer zu wenig. Deswegen empfinde ich bis heute die folgende Definition von Bildung am interessantesten:

„Gebildet ist der Mensch, der auch versteht, was er sagt."

Das ist nur vordergründig simpel, hintergründig sehr philosophisch-anthropologisch.

An diesem Gedanken gefällt mir, dass er nicht von inhaltlichen Definitionen, sondern vom jeweils vorfindlichen Menschen und seiner Äußerungsfähigkeit ausgeht. Es steckt der Gedanke darin, dass der Mensch ein denkendes, ein vernünftiges Wesen ist, das dies bewusst leben kann (soll). Dieser Satz macht es möglich, alle fachlichen und sozialen, wissenschaftlichen oder praktischen Aspekte menschlichen Lebens einzuschließen. Und dennoch drückt er keine Allerweltsweisheit aus, sondern zwingt zur doppelten Reflexion, über sich und über den Gegenstand, über den geredet wird. Er setzt die Anerkennung eines Menschen voraus, knüpft sie aber nicht einfach an sein Dasein, sondern an seine Haltung und sein Verhältnis zur Welt und seiner sozialen Umwelt. Da jeder Mensch unabhängig von Abschlüssen und Beruf dazu gezwungen ist, sich

mit der Umwelt, der gegenständlichen und sozial-kulturellen, auseinanderzusetzen, muss er, will er diesen Satz erfüllen, lernen und Leistung erbringen.

Viele im sozialdemokratischen Kontext haben den Leistungsbegriff immer im konservativen Instrumentenschrank verortet. Es gibt aber im Orientierungsrahmen 1985, jenem auf dem SPD-Bundesparteitag im November 1975 verabschiedeten Grundsatzpapier, eine von Peter von Oertzen formulierte Passage über Leistung, die ich als vorbildliche sozialdemokratische Erzählung über Bildung verstehe.

Es heißt dort:

> „Die menschliche Persönlichkeit verwirklicht sich auch in ihren Leistungen. Es kommt jedoch entscheidend darauf an, welcher Leistungsbegriff in Wirtschaft und Gesellschaft vorherrscht. Auch eine sich in Richtung des demokratischen Sozialismus entwickelnde Gesellschaft muß – besonders im Wirtschaftsleben – an ihre Mitglieder bestimmte und nicht geringe Leistungsanforderungen stellen, auf ihre Erfüllung achten und die jungen Menschen in diesem Sinne erziehen.
>
> Die gegenwärtige, weit verbreitete Rede von der ‚Leistungsgesellschaft' dient jedoch nicht selten dazu, soziale Ungerechtigkeiten zu verschleiern oder sogar zu rechtfertigen. Die Behauptung, Macht, Prestige und Einkommen würden in unserer Gesellschaft leistungsgerecht verteilt, ist weitgehend unzutreffend. Es gibt in erheblichem Umfang leistungsloses Einkommen; große Unterschiede in Einkommen oder Status werden unberechtigterweise und ohne kritische Prüfung mit angeblichen Leistungsunterschieden begründet. Der herkömmliche Leistungsbegriff selbst ist zu eng:
>
> - Der herkömmliche Leistungsbegriff orientiert sich fast ausschließlich an Intelligenzleistung, technischer Fertigkeit und sozialem Durchsetzungsvermögen. Menschlich wertvolle und gesellschaftlich wichtige Fähigkeiten wie Phantasie, Originalität, gesellschaftlich-politisches Verantwortungsgefühl, Kooperationsfähigkeit, moralische und soziale Empfindsamkeit werden zuwenig oder gar nicht berücksichtigt.

- Der herkömmliche Leistungsbegriff vernachlässigt fast vollständig den sozialen Zusammenhang menschlicher Tätigkeit. Er bewertet vorwiegend die individuelle Leistung, die lediglich an anderen individuellen Leistungen gemessen wird. Es ist Ausdruck eines auf die Spitze getriebenen Konkurrenzprinzips, d. h. des Kampfes aller gegen alle. Das Bedürfnis der Gesellschaft und der in ihr lebenden einzelnen nach Zusammenarbeit und gegenseitiger Hilfe bleibt unbefriedigt.

- Der herkömmliche Leistungsbegriff engt die Möglichkeiten menschlicher Selbstverwirklichung und Lebenserfüllung ein. Er berücksichtigt ausschließlich ziel- und zweckgerichtetes Verhalten, insbesondere das Streben nach sozialem Aufstieg. Mehr Macht, mehr Prestige oder mehr Geld allein verbürgen aber weder ein sinnvolles Leben des einzelnen noch der Gesellschaft insgesamt.

- Materielle Sicherheit ist zwar die notwendige Voraussetzung eines menschenwürdigen Daseins, aber nicht dieses selbst. Ohne Lebensgenuß und Bildung, ohne Freundschaft und Liebe, ohne das Streben nach Wahrheit und ohne jene innere Befriedigung, die aus Quellen wie der philosophischen Einsicht oder dem religiösen Glauben erwächst, ist menschliches Leben sinnlos.

Die Enge des herkömmlichen Leistungsbegriffs wirkt sich nicht nur im ökonomischen und politischen Bereich aus, sondern auch in der Erziehung und im geistig-kulturellen Leben. Einseitige und überspitzte Leistungsanforderungen können – gerade bei Kindern und Jugendlichen, einen seelischen Druck erzeugen, der die Leistungsfähigkeit eher mindert als fördert." (aus: Ökonomisch-politischer Orientierungsrahmen für die Jahre 1975-1985, Bonn 1975, Kapitel I,7)

Ich empfinde diese Passage als unübertroffen, weil sie neben der Auseinandersetzung mit dem Leistungsverständnis zugleich Aspekte eines positiv verstandenen Lebens und seiner Voraussetzungen enthält.

Heute, 40 Jahre später, müsste man fragen, ob die Veränderungen, die die neuen Medien für den Umgang mit Wissen, Wissenserwerb und sozialem

Umgang mit sich bringen, die sozialdemokratischen Grundannahmen für ein selbstbestimmtes und an gesellschaftlich-politischer Verantwortung orientiertes Leben erleichtern oder erschweren.

Die Fähigkeit, sein Leben selbstständig zu organisieren, wird nicht durch die perfekte habituelle Nutzung des Smartphones erreicht, sondern durch den Willen, die Interessen selbst zu definieren und sich nicht in fremde Interessen zu begeben. Kritikfähigkeit und Selbstbestimmung erwirbt man nicht durch Apps, sondern allein durch reflektierte Argumentationsfähigkeit, die der technischen Handhabung vorausgeht. Dazu gehört das Vermögen, sich seiner selbst, seiner Geschichte und seiner Bedingtheiten zu vergewissern.

Wer, auch wenn er/sie sogenannte bessere Bildung erreicht hat, vergisst, dass es nicht allein um Wissen und davon abgeleitetes oberflächliches Prestige geht, sondern um Verantwortungs- und Distanzierungs-Fähigkeit, begibt sich in politische und geistige Abhängigkeit und verwirkt den Anspruch auf aufgeklärte Mündigkeit. Und dies ist der Oberton sozialdemokratischen Strebens.

STOPPT
die
AUSBILDUNGS-
KILLER!

Jürgen Zöllner

SCHWERPUNKTE EINER SOZIALDEMOKRATISCHEN BILDUNGS- UND WISSENSCHAFTSPOLITIK

Abschluss und Ausblick

ZUKÜNFTIGE ENTWICKLUNGEN

Unabhängig von unvorhersehbaren Einzelentwicklungen werden sich aus meiner Sicht weltweit zwei große Entwicklungslinien ergeben.

Dies sind erstens exponentiell zunehmende Globalisierungstendenzen: Die Zunahme des Austausches von Waren, Dienstleistungen, Wissen und auch von Menschen wird eine neue Qualität erreichen und damit den internationalen Wettbewerb immens verstärken.

Zweitens wird die Bedeutung der Wissensgesellschaft weiter zunehmen. Die großen Wertschöpfungssprünge werden verstärkt durch die Anwendung von durch Wissenschaft erzeugtem Wissen erreicht werden:

- Informations- und Kommunikationstechnologien: Alles das, was wir sehen, hören, lesen und möglicherweise tun, wird gespeichert werden und gezielt abrufbar sein.
- Lebenswissenschaften: Lebewesen, auch der Mensch, werden prinzipiell gezielt veränderbar sein (vom Objekt über das Subjekt zum Projekt).
- Neurobiologie: Wir werden den Basismechanismus von Bewusstsein und des Denkens verstehen (nach der Entschlüsselung des angeborenen Informationsspeichers, der Gene, die Entschlüsselung des passageren Informationsspeichers, des Gehirns) – mit nicht vorhersehbaren Konsequenzen der Anwendung.
- Nanotechnologien: Durch sie ergeben sich für Umwelt- und Energieprobleme ganz andere Ansatzpunkte.

> Insgesamt wird dadurch das Expertenwissen für die Gesellschaft und den Einzelnen noch bedeutender sein als heute, und es wird sich nur in Kompetenzzentren voll entfalten können.

In Deutschland wie in vielen entwickelten Staaten werden zwei zusätzliche Entwicklungen die Gesellschaften prägen. Zum einen der demografische Wandel, denn egal wie sich die Geburtenrate und die Einwanderungsentwicklung gestalten werden, werden wir spürbar weniger Menschen in dem heutigen Lebensarbeitszeitabschnitt haben. Zum anderen erfordert die mit Sicherheit zunehmende (aus meiner Sicht notwendige und gewünschte) Zuwanderung vor allem im Weiterbildungsbereich zur erfolgreichen und umfassenden Integration eine entschlossene neue Schwerpunktsetzung.

Was bedeutet das für eine sozialdemokratische Bildungs- und Wissenschaftspolitik?

Messlatte, insbesondere für die Sozialdemokratie ist, Wohlergehen, Chancengleichheit und Teilhabe möglichst für die gesamte Bevölkerung herzustellen und Solidarität zu sichern.

> Dieses Ziel wird nur erreichbar sein, wenn die Volkswirtschaft insgesamt wettbewerbsfähig ist und alle tatsächlich daran teilhaben können und keine Spaltung der Bevölkerung auftritt, was wiederum eine Voraussetzung zum Erreichen des ersten Zieles ist.

Die Sozialdemokratie sollte mehr Mut zur Ehrlichkeit wagen. Das bedeutet:
- Man kann nur Geld ausgeben, wenn man es vorher verdient hat.
- Fördern und Fordern ist eine leere Phrase, wenn die Betroffenen nicht auch negative Konsequenzen zu tragen haben.
- Es ist extrem unsozial, keine Vokabeln zu lernen und so einen Platz in der Sprachlernanlage zu blockieren, wenn andere so keinen Studienplatz bekommen.

Wenn man die skizzierten Ziele erreichen will, ergeben sich aus meiner Sicht sieben neue Schwerpunkte für eine zukunftsgerichtete, sozialdemokratische Bildungs- und Wissenschaftspolitik.

SCHULE

1. Bundeseinheitliche Qualitätssicherung: Verfassungsänderung

> Verpflichtende Bildungsstandards und deren Kontrolle durch zentral vorgegebene Abschlüsse. Dazu ist eine punktuelle Grundgesetzänderung wohl notwendig und meines Erachtens auch möglich. Die nationalen Bildungsstandards, die von der KMK verabschiedet wurden, sind nur als Rahmenstandards für die einzelnen Bundesländer zu verstehen. In den 16 Bundesländern entstehen jeweils eigene Texte. Verbindliche Kontrolle, die Rückkoppelung fehlt.

Verbindlichkeit wäre durch einen Staatsvertrag zu erreichen. Dass es dazu kommen wird, bezweifle ich vor dem Hintergrund der föderalen Länderzuständigkeit in Schulfragen. Selbst wenn ein solcher Vertrag zustande kommen sollte, die KMK kann, da sie kein Verfassungsorgan ist, die notwendige Einheitlichkeit bei den Standards und deren konsequente Kontrolle im Konfliktfalle nicht durchsetzen. Deshalb muss ein Weg gefunden werden, Einheitlichkeit und Verbindlichkeit zu sichern. Nach meinen Erfahrungen ist dies nur unter Beteiligung des Bundes, zum Beispiel wie im Wissenschaftsbereich, dort über die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz, zu erreichen. Dazu ist eine kleine Verfassungsänderung notwendig. Sie würde weder soweit gehen wie die diskutierte pauschale Aufhebung des Kooperationsverbots noch würde sie solche Einflussnahmen des Bundes ermöglichen wie sie vor der Verfassungsänderung 2006 bestanden. Schon damals stellte aber niemand die primäre Zuständigkeit der Länder für die Bildungspolitik in Frage.

Artikel 91b Absatz 1 GG 1. Satz hieße dann neu formuliert:

> „Bund und Länder können auf Grund von Vereinbarungen in Fällen überregionaler Bedeutung bei der Setzung von Bildungsstandards sowie deren laufender Überprüfung und der Förderung von Wissenschaft, Forschung und Lehre zusammenwirken."

2. Begabtenförderung

Schon in der Primärausbildung (Schule) muss eine gezielte Förderung auch der besonders Begabten stattfinden, mindestens mit dem gleichen Engagement, mit dem bisher Bildungsbenachteiligte gefördert werden. Nur so kann eine optimal leistungsfähige Gesellschaft entstehen, nur so kann auch begabten Kindern aus nicht reichen Schichten der Bevölkerung der Zugang zu verantwortlichen Positionen ermöglicht werden.

WEITERBILDUNG

Seit mehr als 30 Jahren ist die Weiterbildung ein intransparenter, weitgehend unkontrollierter, unsystematischer Markt, in dem zurzeit mehr als 30 Milliarden Euro pro Jahr umgesetzt werden – damit ist dieser Markt größer als der Hochschulbereich. In einer immer stärker vom globalisierten Wettbewerb geprägten Wissenschaftsgesellschaft ist ein optimales Weiterbildungssystem

- die entscheidende Voraussetzung für allgemeines und persönliches Wohlergehen und
- die Verwirklichung des zentralen Anliegens der Sozialdemokratie, der Chancengleichheit, sowie
- der Schlüssel zur beruflichen und kulturellen Integration der Zuwanderer.

3. Weiterbildung als dritte Säule des Systems

Der Aufbau eines transparenten, systematischen, aufeinander aufbauenden Systems unter staatlicher Verantwortung (wie der Schulbereich) und dessen Qualitätssicherung ist notwendig. Stichworte: Mischung aus Input- und Output-Kontrolle, Akkreditierung, Zertifizierung.

4. Sicherung der Finanzierung von Weiterbildung

Veranstaltungskosten
Zentraler Ansatz sollte die Schaffung eines (Weiter-)Bildungskontos sein, aus dem die staatliche Finanzierung erfolgt. Nach und nach könnten so alle Bildungsangebote (Schule, Hochschule, Weiterbildung) finanziert werden:

- Politische Weiterbildung, Integrations- und Alphabetisierungsmaßnahmen und
- Qualifizierungs-Weiterbildung (Nachholen von Schul- und Hochschulabschlüssen) werden ganz öffentlich finanziert,
- allgemeine Weiterbildung und Aufstiegs- und betriebliche Fortbildung ganz privat bzw. durch betriebliche Zuschüsse.

Lebenshaltungskosten
Die staatliche Unterstützung im Bereich Lebenshaltungskosten könnte grundsätzlich über ein Darlehenssystem, in dem durch Zuschüsse bzw. Teilerlasse soziale oder Leistungskomponenten eingebaut werden, erfolgen. Dabei sind die Möglichkeiten des Bildungssparens von Beginn an einzubeziehen.

5. Weiterentwicklung des sonstigen staatlichen Bildungssystems, um lebenslanges Lernen zu ermöglichen

Schule, Hochschule, Berufsbildungssystem: Die Primärausbildung ist auf Weiterbildung auszurichten, auf das Lernen-lernen, die Lerninhalte sind bausteinartig konzipiert. Der Staat sollte zudem selbst systematisch als Anbieter für Weiterbildung auftreten.

WISSENSCHAFTSPOLITIK

*6. Wissenschaftsförderung muss Breite **und** Spitze gleichermaßen im Auge haben*

Nur im jetzt möglichen Zusammenwirken zwischen Bund und Ländern kann nach Auslaufen des Hochschulpaktes eine ausreichende Finanzierung des Wissenschaftssystems gewährleistet werden. Hier müssen die Lehre und die Hochschulen in ihrer Breite im Fokus stehen. Naheliegend ist die Übernahme der echten Ausbildungskosten für Studierende aus Entwicklungsländern. Die Mittel sollten direkt an die Hochschulen gehen. Neben der finanziellen Entlastung ist dies das beste vorstellbare Programm zu Qualitätssteigerung in der Lehre.

In Lehre und Forschung muss die Sozialdemokratie bewusst neben der speziellen Förderung der Breite ihr Engagement für das zweite Standbein der Spitzenförderung verstärken, da nur wenige echtes neues, unter Umständen verwertbares Wissen erzeugen und dies nur in solchen Strukturen wie Kompetenzzentren wirksam werden kann. Ein dauerndes Zusammenwirken zwischen Bund und Ländern in einem offenen Exzellenzpakt ist notwendig.

7. Neue Qualität der Qualitätssicherung in den Wissenschaften

Es geht nicht um Plagiate. Dies ist letztlich ein wissenschaftsinternes Problem. Es besteht die Gefahr einer Glaubwürdigkeitskrise der Wissenschaft insgesamt. So werden z. B. nach soliden Schätzungen allein in der Medizin derzeit ca. 200 Milliarden Euro pro Jahr weltweit für qualitativ unzureichende Forschung ausgegeben. Ein Drittel der Wissenschaftler_innen in den Lebenswissenschaften geben zu, Ergebnisse zu schönen und unterstellen zwei Drittel ihrer Kolleg_innen, dass diese es tun. Wenn die Wissenschaft sich dieses Problems nicht annimmt, sind staatliche Vorgaben für öffentlich finanzierte Forschung notwendig. Diese könnten den Gebrauch fälschungssicherer Laborbücher oder die Möglichkeit der Einsicht in Orginaldaten im Internet bei Veröffentlichung umfassen.

SCHLUSSBEMERKUNG

Wenn die Sozialdemokratie diese Schwerpunkte sachlich und konsequent in Angriff nimmt, sich von der in unserer Gesellschaft inzwischen üblichen Übertreibungs- und Aufregungs(un)kultur nicht beirren lässt und noch dazu die Schulen selbst zu lernfähigen Organisationseinheiten werden, indem für jede einzelne Schule vergleichbare Ausstattungs- und Leistungsdaten öffentlich zugänglich sind, dann ist es mir um die Bildungs- und Wissenschaftsrepublik Deutschland nicht bange.

ÜBER DIE AUTOR_INNEN

Matthias Anbuhl ist Leiter der Abteilung Bildungspolitik und Bildungsarbeit beim Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Luise B. Berger promoviert über betriebliche Weiterbildung an der Freien Universität Berlin und engagiert sich ehrenamtlich u.a. in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

Wolfgang Böttcher ist Professor und geschäftsführender Direktor am Institut für Erziehungswissenschaft an der Universität Münster und Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft.

Edelgard Bulmahn ist Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages und ehemalige Bundesministerin für Bildung und Forschung. Zudem ist sie u.a. Kuratoriumsmitglied der TU Berlin und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung.

Ulla Burchardt ist Strategieberaterin und u.a. stellvertretende Vorsitzende des Kuratoriums der TU Berlin. Sie war von 1990 bis 2013 Abgeordnete im Deutschen Bundestag und langjährige Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung.

Lukas Daubner war einige Monate im Bereich Bildungs- und Hochschulpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung tätig. Derzeit ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Bielefeld und Mitglied der Initiative Was bildet ihr uns ein? e.V.

Marianne Demmer war bis 2013 Leiterin des Vorstandsbereichs Schule und stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Seit 2012 ist sie Mitglied des Hochschulrats der Universität Siegen.

Dieter Dohmen ist Gründer und Direktor des Forschungsinstituts für Bildungs- und Sozialökonomie und ist zudem als Wissenschaftler und Berater tätig.

Benjamin Edelstein ist Promotionsstipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung im Projekt Dossier Zukunft Bildung. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Institutionenanalyse und Schulpolitikforschung.

Ute Erdsiek-Rave ist ehemalige Bildungsministerin des Landes Schleswig-Holstein. Sie war von 2012-2015 Moderatorin des Netzwerk Bildung. Heute ist sie u.a. Vorsitzende des Expertenkreises Inklusive Bildung der Deutschen UNESCO-Kommission.

Lukas Graf ist Postdoktorand im Politikwissenschaftlichen Departement der Universität St. Gallen.

Cordula Heckmann ist ehemalige Lehrerin und heutige Schulleiterin der Berliner Gemeinschaftsschule auf dem Campus Rütli sowie Teil des Projektes Ein Quadratkilometer Bildung.

Burkhard Jungkamp war von 2005 bis 2014 Staatssekretär im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport in Brandenburg. Er ist derzeit Lehrbeauftragter im Fachbereich Erziehungswissenschaft und Sozialwissenschaften der Universität Münster sowie seit 2016 Moderator des Netzwerk Bildung.

Oliver Kaczmarek ist Mitglied des Deutschen Bundestags und des Landesvorstands der SPD in Nordrhein-Westfalen. Weiterhin ist er Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und leitet das Projekt #NeueChancen der SPD-Bundestagsfraktion.

Bernd Käpplinger ist der Leiter der Professur für Weiterbildung an der Justus-Liebig-Universität Gießen und Herausgeber der Reihe „Studien zur Pädagogik, Andragogik und Gerontagogik" beim Peter-Lang-Verlag.

Valerie Lange ist diplomierte Sozialwissenschaftlerin. Sie arbeitet als freiberufliche Lektorin für Sach- und Fachbücher.

Rainald Manthe promoviert aktuell an der Universität Bielefeld. Er ist Soziologe, Mitglied im Sprecher_innenteam der bildungspolitischen Initiative Was bildet ihr uns ein? e.V. und Kuratoriumsmitglied der Stiftung Bildung.

Guido Pollak ist Inhaber des Lehrstuhls für Allgemeine Pädagogik der Universität Passau und Vertrauensdozent für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Er ist Fellow im DFG-Graduiertenkolleg „Privatheit" (Uni Passau) und im Graduiertenkolleg „Waldorfpädagogik und Erziehungswissenschaft" (Bonn/Alfter).

Karl-Heinz Reith ist Diplom-Pädagoge, Journalist und Fachautor. Er war bis Ende 2014 tätig als Politischer Korrespondent der Deutschen Presse-Agentur dpa, u.a. mit den Schwerpunkten Bildungs- und Forschungspolitik.

Lisa Rosa ist Mitarbeiterin des Landesinstituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung Hamburg und war 20 Jahre lang als Lehrerin in Berlin und Hamburg tätig.

Kerstin Rothe ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Humboldt-Universität zu Berlin und promoviert an der LMU München am Institut für Philosophie. Ihre Forschungsschwerpunkte sind u.a. Demokratietheorien, Parteien- und Bildungspolitikforschung.

Susanne Thurn ist ehemalige Lehrerin und Schulleiterin der Laborschule Bielefeld. Heute ist sie tätig als Honorarprofessorin der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg sowie Mitglied der Redaktion der PÄDAGOGIK.

Katja Urbatsch ist Gründerin und Geschäftsführerin der Initiative Arbeiterkind.de. Derzeit promoviert sie am International Graduate Centre for the Study of Culture der Justus-Liebig-Universität Gießen.

Rolf Wernstedt ist ehemaliger Kultusminister sowie ehemaliger Präsident des niedersächsischen Landtages. Zudem war er von 2004 bis 2011 als Moderator des Netzwerk Bildung der Friedrich-Ebert-Stiftung tätig und war bis 2015 Präsident der Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Gesellschaft.

Jürgen Zöllner ist ehemaliger Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung in Berlin. Heute ist er Vorstand der Stiftung Charité und u.a. Vorsitzender des Kuratoriums der Freien Universität Berlin sowie des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung.

In der Schriftenreihe des **Netzwerk Bildung** sind bisher folgende Titel erschienen:

#36 Hrsg: Burkhard Jungkamp, Marei John Ohnesorg: **Mehr Daten - mehr Qualität** (2015)

#35 Hrsg: Ute Erdsiek-Rave, Marei John-Ohnesorg: **Demokratie lernen – Eine Aufgabe für die Schule?** (2015)

#34 Hrsg: Ute Erdsiek-Rave, Marei John-Ohnesorg: **Inklusion in der beruflichen Ausbildung** (2015)

#33 Hrsg: Ute Erdsiek-Rave, Marei John-Ohnesorg: **Schöne neue Welt? Open Educational Resources an Schulen** (2014)

#32 Hrsg: Ute Erdsiek-Rave, Marei John-Ohnesorg: **Individuell Fördern mit multiprofessionellen Teams** (2014)

#31 Christian Fischer: **Individuelle Förderung als schulische Herausforderung** (2014)

#30.2 Hrsg: Ute Erdsiek-Rave, Marei John-Ohnesorg: **Lehrerbildung im Spannungsfeld von Schulreformen und Inklusion** (2013)

#30.1 Hrsg: Ute Erdsiek-Rave, Marei John-Ohnesorg: **Gute Ganztagsschulen** (2013)

#29 Hrsg: Ute Erdsiek-Rave, Marei John-Ohnesorg: **Frühkindliche Bildung – Das reinste Kinderspiel?!** (2013)

#28 Hrsg: Ute Erdsiek-Rave, Marei John-Ohnesorg: **Für ein Recht auf Ausbildung** (2013)

#27 Hrsg: Ute Erdsiek-Rave, Marei John-Ohnesorg: **Nationale Bildungsstrategie** (2012)

Im **Netzwerk Bildung** treffen sich bildungspolitische Akteure der Landes- und Bundesebene sowie ausgewiesene Bildungsexperten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Anliegen des Netzwerks ist der offene und konstruktive Dialog mit dem Ziel, zu einem gemeinsamen Vorgehen in der Bildungspolitik beizutragen.

Die Publikationen können Sie per e-mail nachbestellen bei: marion.stichler@fes.de
Weitere Informationen erhalten Sie unter
http://www.fes.de/themen/bildungspolitik

ISBN: 978-3-95861-472-7

So ein bisschen Bildung ziert den ganzen Menschen. Heinrich Heine

EFQM
Committed to excellence

Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist im Qualitätsmanagement zertifiziert nach EFQM (European Foundation for Quality Management): Committed to Excellence